

ZWEITER THEIL

DIE WIRKLICHE LAGE IN RUSSLAND

ZUR EINFÜHRUNG

IN SEINER REDE AUF DEM LETZTEN PARTEIKONGREß, dem er beiwohnte, sagte Lenin: „Wir haben hier ein Jahr lang die Staatsgewalt in unsern Händen gehabt — hat sich nun das neue wirtschaftliche System nach unserm Ziel hin entwickelt? Nein. Es ist nicht angenehm, das zuzugeben, aber es war wirklich nicht der Fall. Wie hat es sich denn entwickelt? Die Staatsmaschine geht nicht dahin, wohin wir sie lenken, sondern wohin sie irgendwelche heimliche, ungesetzliche und Gott weiß woher stammende Spekulanten oder privatkapitalistische Geschäftsmenschen lenken. Eine Maschine geht nicht immer genau ihren Weg, sie geht manchmal einen ganz anderen Weg, als sich der einbildet, der am Steuer sitzt.“

In diesen Worten ist uns der Prüfstein gegeben worden, mit dem wir die Grundprobleme unserer Politik beurteilen sollten. In welcher Richtung geht die Maschine? geht der Staat? geht die Macht? Gehen sie in der Richtung, wie wir, die Kommunisten, die die Interessen und den Willen der Arbeiter und der gewaltigen Masse der Bauern zum Ausdruck bringen, es wünschen? Oder gehn sie nicht in dieser Richtung? Oder nicht „ganz genau“ in dieser Richtung?

In diesen Jahren seit dem Tode Lenins haben wir mehr als einmal versucht, die Aufmerksamkeit der zentralen Organe unserer Partei und später der gesamten Partei auf die Tatsache zu lenken, daß dank einer falschen Führerschaft die Gefahr, auf die Lenin hingewiesen, sich beträchtlich vergrößert hat. Die Maschine geht nicht in der Richtung, wie sie die Interessen der Arbeiter und Bauern verlangen. Am Vorabend des neuen Kongresses halten wir es für unsere Pflicht, trotz aller Verfolgungen, die wir erlitten haben, mit erneuter Energie die Aufmerksamkeit der Partei auf diese Tatsache zu lenken. Denn wir sind sicher, daß die Lage geändert werden kann. Sie kann geändert werden durch die Partei selbst.

Als Lenin sagte, die Maschine ginge öfters so, wie sie von uns feindlich gesinnten Mächten gelenkt würde, richtete er unsere Aufmerksamkeit auf zwei Tatsachen von höchster Bedeutung. Zunächst darauf, daß in unserer Gesellschaft solche, unserer Sache feindlichen Mächte existieren: die Kulaken, die wohlhabenden Bauern — die Nepleute, die neuen Privatkapitalisten — und schließlich die Bürokraten—, die sich unsere Untätigkeit und unsere politischen Fehler zunutze machen und auf die Unterstützung des internationalen Kapitalismus rechnen. Zweitens auf die Tatsache, daß diese Mächte stark genug sind, unsere Regierungs- und Wirtschaftsmaschine nach der falschen Richtung zu drängen und schließlich sogar zu versuchen — zunächst in versteckter Weise — das Steuer der Maschine zu ergreifen.

Lenins Worte haben uns allen die folgenden Verpflichtungen auferlegt:

1. Sorgfältig das Anwachsen dieser feindlichen Mächte der Kulaken, der Nepleute und der Bürokraten zu beobachten.

2. Daran zu denken, daß mit dem allgemeinen Wiederaufblühen des Landes diese Mächte danach streben werden, auch ihre eigenen Ansprüche zu vergrößern und unter einem stets wachsenden Druck auf unsere Politik ihre persönlichen Interessen durch unser System zu befriedigen.

3. Alle nur möglichen Maßnahmen zu ergreifen, das Anwachsen, das Zusammenarbeiten und den Druck dieser feindlichen Mächte zu schwächen und sie an der Durchführung eines unsichtbaren, aber tatsächlich vorhandenen Zweikräftesystems, auf das sie hinarbeiten, zu hindern.

4. Die volle Wahrheit über diese Vorgänge allen arbeitenden Massen offen mitzuteilen. Hierin nämlich liegt die Hauptaufgabe gegenüber einer thermidoristischen Gefahr und dem gegen sie gerichteten Kampf.

Seit Lenin seine Warnung ausgesprochen hat, haben sich viele Dinge gebessert, viele aber auch verschlechtert. Der Einfluß des staatlichen Beamtenapparates wächst an, aber damit auch die Bedrückung der Arbeiter durch die Bürokratie. Das absolute und relative Anwachsen des Kapitalismus auf dem Lande und sein absolutes Anwachsen in den Städten beginnen bei den bürgerlichen Elementen unseres Landes ein politisches Selbstbewußtsein hervorzurufen. Diese Elemente versuchen — nicht immer ohne Erfolg — die Kommunisten, mit denen sie bei der Arbeit oder auch gesellschaftlich in Kontakt kommen, zu zermürben. Die Parole, die Stalin auf dem vierzehnten Parteikongreß ausgegeben hat, „Gefahr von links!“ kann nur die Union der rechtsstehenden Elemente in der Partei mit den bürgerlich gesinnten Elementen im Lande fördern.

Die Frage: „Wer siegt?“ wird durch einen unaufhörlichen Klassenkampf auf allen Frontabschnitten des ökonomischen, politischen und kulturellen Lebens entschieden werden — durch einen Kampf um einen sozialistischen oder kapitalistischen Entwicklungsgang und eine Verteilung des nationalen Einkommens je nach dem Siege der einen oder der anderen Entwicklung. In einem Lande mit kleinen oder ganz kleinen Bauern und Eigentümern entwickeln sich die wichtigsten Dinge häufig in zusammenhangloser und versteckter Weise und brechen dann „unerwartet“ an die Oberfläche empor.

Das Auftreten von kapitalistischen Elementen zeigt sich zunächst in der Bildung von Klassenunterschieden auf dem Lande und in einer Vermehrung der Privatkapitalisten in der Stadt. Die oberen Kreise auf dem Lande und die bürgerlichen Elemente in der Stadt verweben sich immer dichter mit den verschiedenen Zweigen unseres staatswirtschaftlichen Systems. Und dieses System ist nicht selten der neuen Bourgeoisie behilflich, unter einem statistischen Nebel ihre erfolgreichen Bemühungen um eine

Vergrößerung des Anteils am Nationaleinkommen zu verschleiern.

Das staatliche, genossenschaftliche und private Handelssystem verschlingt einen enormen Teil unseres Nationaleinkommens, mehr als ein Zehntel der Gesamtproduktion. Auf der andern Seite hat das Privatkapital als Handelsvermittler in den letzten Jahren beträchtlich mehr als ein Fünftel des gesamten Handels in seinen Händen gehabt — in absoluten Zahlen, mehr als fünf Billionen im Jahr. Bis heute hat der einfache Verbraucher mehr als 50 Prozent der von ihm benötigten Produkte durch die privatkapitalistischen Vermittler bezogen. Für die Privatkapitalisten ist das eine Hauptquelle des Profits und der Akkumulation. Die Ungleichheit zwischen den Preisen für ländliche und industrielle Erzeugnisse, zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen, der Unterschied zwischen den Preisen in den einzelnen Zweigen der Landwirtschaft je nach den Gegenden und Jahreszeiten, und schließlich der Unterschied zwischen den einheimischen und den Weltpreisen (Schmuggel), sind ständige Quellen privater Bereicherung.

Das Privatkapital erhebt wucherische Zinsen durch Darlehen und verdient Geld an den Staatspapieren.

Die Rolle, die das private Kapital in der Industrie spielt, ist also eine recht beträchtliche. Selbst wenn es in der letzten Zeit relativ abgenommen hat, so hat es sich doch absolut vermehrt. Die eingetragene privatkapitalistische Industrie zeigt eine Gesamtproduktion von 400 Millionen im Jahr. Kleine, im Heim und mit der Hand betriebene Industrien zeigen mehr als 1800 Millionen. Im ganzen macht die Produktion der nicht staatlichen Betriebe mehr als ein Fünftel der gesamten Güterproduktion aus und liefert etwa 40 Prozent der auf den Markt kommenden Waren. Die überwiegende Menge dieser Erzeugung ist auf einem oder anderem Wege an privates Kapital gebunden. Die verschiedenartigen, offenen oder verhüllten Formen

der Ausbeutung von Handarbeitern durch Handels- und Heimarbeitskapital ist ganz bedeutend und bildet, was noch wichtiger ist, eine immer stärker werdende Quelle für das Wachstum der neuen Bourgeoisie.

Steuern, Löhne, Preise und Kredit sind die Hauptmittel der Verteilung des nationalen Einkommens, für die Stärkung bestimmter Klassen und die Schwächung anderer.

Die ländliche Steuer im Dorf wird in der Regel in einer verkehrten Progression auferlegt: schwer auf die Schwachen, leichter auf die Starken und die Kulaken, die reichen Bauern. Nach annähernden Berechnungen haben 34 Prozent von den armen Landbesitzern der Sowjetunion (selbst unter Fortlassung von Provinzen mit hoher Entwicklung der Klassenunterschiede, wie es die Ukraine, der nördliche Kaukasus und Sibirien sind) 18 Prozent des gesamten Einkommens. Genau dasselbe Totaleinkommen, 18 Prozent, hat die höchste Gruppe, die nur aus 7,5 Prozent der Besitzer besteht. Trotzdem bezahlen beide Gruppen annähernd denselben Betrag, 20 Prozent der gesamten Steuersumme. Aus diesen Zahlen geht einleuchtend hervor, daß auf jedes einzelnen armen Mannes Eigentum die Steuer viel schwerer lastet, als auf dem des Kulaken oder des wohlhabenden Besitzers im allgemeinen. Im Gegensatz zu dem, was die Führer des vierzehnten Kongresses befürchtet haben, hat unsere Steuerpolitik durchaus nicht den Kulak „ausgeplündert“. Sie hindert ihn nicht im geringsten, unaufhörlich größere Mengen von Geld und Gütern anzusammeln.

Die Rolle, die die indirekten Steuern in unserm Budget spielen, wächst in beunruhigendem Maße auf Kosten der direkten Steuern. Dadurch allein wird die Last der Steuern automatisch von den stärkeren Schultern auf die schwächeren abgewälzt. Die Besteuerung der Arbeiter in den Jahren 1925—1926 war zweimal so hoch als in dem vorhergehenden Jahr, während sich die Besteuerung der übrigen städtischen Bevölkerung um 6 Prozent vermin-

derte. Die Brantweinsteuer fällt mit mehr oder weniger unerträglicher Schwere ganz auf die industriellen Bezirke. Die Vermehrung des Einkommens für 1926, verglichen mit 1925, betrug pro Person nach bestimmten, annähernden Berechnungen bei den Bauern 19 Prozent, bei den Arbeitern 26 Prozent, bei den Kaufleuten und Industriellen 46 Prozent. Wenn man die Bauern in drei Hauptgruppen einteilt, wird es zweifellos klar werden, daß sich das Einkommen des wohlhabenden Bauern unverhältnismäßig mehr als das des Arbeiters vermehrt hat. Das Einkommen der Kaufleute und Industriellen ist unzweifelhaft größer, als es nach den Steuerangaben erscheint. Aber auch diese etwas gefärbten Zahlen beweisen klar das Anwachsen von Klassenunterschieden.

Die „Scheren“, die die Ungleichheit der ländlichen und industriellen Preise darstellen, sind in den letzten andert-halb Jahren noch weiter auseinandergegangen. Der Bauer erhielt für sein Produkt nicht mehr als das Einundein-viertelfache des Vorkriegspreises, und er bezahlte für In-dustrieprodukte nicht weniger als zweiundzweizehntelmal soviel als vor dem Kriege. Diese Mehrbezahlung durch die Bauern, die auch wieder vorwiegend durch die unteren Bauernklassen getragen wurde, ergab im vergangenen Jahr eine Summe von etwa einer Billion Rubel, und sie vermehrt nicht nur den Konflikt zwischen Landwirtschaft und Industrie, sie verschärft auch in starkem Maße die Klassenunterschiede auf dem Lande.

An den Unterschieden zwischen Erzeuger- und Ver-braucherpreisen verlieren sowohl die Staatsindustrie wie die Verbraucher, was das Bestehen einer dritten Partei be-weist, die daran verdient. Diese gewinnende Partei ist der Privatkapitalist und damit der Kapitalismus überhaupt.

Die wirklichen Löhne standen im Jahre 1927 im besten Falle auf derselben Höhe wie im Herbst 1925. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß während der beiden da-zwischen liegenden Jahre das Land reicher geworden ist,

daß sich das allgemeine Nationaleinkommen vermehrt hat. Die Kulakkreise auf dem Lande haben ihre Lager mit riesiger Geschwindigkeit vergrößert. Die Bereicherung der Privatkapitalisten, der Kaufleute und Spekulanten wuchs sprunghaft. Es ist klar, daß der Anteil der arbeitenden Klasse an dem Gesamteinkommen des Landes gefallen ist, daß sich in derselben Zeit der Anteil der anderen Klassen vergrößert hat. Diese Tatsache ist von größter Wichtigkeit bei der Abschätzung unserer ganzen Lage.

Nur ein Mensch, der im Grunde seines Herzens glaubt, unsere Arbeiterklasse und unsere Partei seien überhaupt nicht fähig, die ihnen entgegenstehenden Schwierigkeiten und Gefahren zu überwinden, darf ein offenes Aufzeigen dieser Widersprüche in unserer Entwicklung und des Anwachsens dieser feindlichen Kräfte als „Panik“ oder „Pessimismus“ bezeichnen. Wir teilen diese Ansicht nicht. Wir zeigen sie so wie sie sind, um gegen sie in der richtigen Weise zu kämpfen und sie zu überwinden.

Ein gewisses Anwachsen der feindlichen Kräfte, der Kulaken, der Nepleute und der Bürokraten, ist unvermeidlich unter der neuen Wirtschaftspolitik. Man kann diese Kräfte nicht einfach durch Verwaltungsbefehle oder durch wirtschaftlichen Druck zerstören. Indem wir die neue Privatwirtschaft, die Nep, schufen und ausbauten, ermöglichten wir einen gewissen Platz für kapitalistische Beziehungen in unserm Lande, und für eine lange, vor uns liegende Periode müssen wir diese als unvermeidlich ansehen. Lenin erinnerte uns einfach an eine nackte Wahrheit, die die Arbeiter wissen sollen, als er sagte: „Solange wir fortfahren, ein Kleinbauernland zu sein, ist in Rußland eine festere Basis für Kapitalismus als für Kommunismus. Daran müssen wir denken . . . Wir haben den Kapitalismus nicht bei den Wurzeln ausgerissen, und das Fundament und den Grundbau des inneren Feindes haben wir nicht unterminiert.“

Die unendlich wichtige soziale Tatsache, auf die hier

Lenin hinweist, kann, wie wir schon gesagt haben, nicht einfach aus der Welt geschafft werden. Aber wir können sie überwinden, wir können sie bekämpfen durch eine richtige, wohlüberlegte und systematische Politik der Arbeiterklasse, die sich auf die Kleinbauern stützt und mit den Mittelbauern zusammengeht. Eine solche Politik ist organisch verbunden mit einer Stärkung der sozialen Positionen des Proletariats in der ganzen Welt, mit einer möglichst schnellen Höherentwicklung der führenden Zentren des Sozialismus, die an der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Weltrevolution arbeiten.

Eine richtige leninistische Politik schließt auch ein gewisses geschicktes Manövrieren ein. Im Kampf gegen die kapitalistischen Kräfte wandte Lenin oftmals den Kunstgriff an, in einzelnen Teilen nachzugeben, um den Feind zu überlisten oder sich zeitweilig zurückzuziehen, um nachher um so erfolgreicher vorwärts zu schreiten. Manövrieren ist auch heute notwendig. Aber im Ausweichen und Manövrieren vor einem Feind, der nicht durch direkten Angriff überwältigt werden konnte, blieb Lenin doch immer auf der Linie der proletarischen Revolution. Unter seiner Leitung kannte die Partei die Gründe jedes Manövers, wußte seine Bedeutung, sein Ziel, die Grenze, über die es nicht hinausgehen durfte, und die Stellung, bei welcher der proletarische Vormarsch wieder beginnen sollte. In jenen Tagen unter Lenin nannte man einen Rückzug einen Rückzug — ein Nachgeben ein Nachgeben. Infolgedessen bewahrte die manövrierende proletarische Armee immer ihre Einigkeit, ihren Kampfgeist, ihr klares Erkennen des Ziels.

In der jüngsten Periode sind unsere Führer entschieden von diesem leninistischen Verfahren abgerückt. Von der Stalingruppe wird die Partei mit verbundenen Augen geführt. Indem diese Gruppe die Kräfte des Feindes verbirgt und überall und in jeder Sache einen offiziellen Schein

von Erfolg verbreitet, gibt sie dem Proletariat keine Übersicht über die Lage, oder, was noch schlimmer ist, eine falsche Übersicht. Sie bewegt sich in Zickzacklinien, paßt sich feindlichen Elementen an und schmeichelt sich sogar bei ihnen ein. Sie schwächt und verwirrt die Kräfte der proletarischen Armee, sie fördert das Anwachsen von Untätigkeit, von Mißtrauen gegen die Führerschaft und ertötet die Zuversicht auf die Macht der Revolution. Sie vertuscht, immer mit Berufung auf das Manöverieren Lenins, ihr grundloses Hin- und Herschwanken, das von niemand verstanden wird und daher nur die Kräfte der Partei schwächt. Das einzige Ergebnis ist, daß der Feind dabei Zeit gewinnt und vorwärts kommt. Die „klassischen“ Beispiele dieser Art des Manöverierens haben Stalin, Bucharin und Rykow auf internationalem Gebiete in ihrer Chinesenpolitik und in ihren Verhandlungen im anglo-russischen Komitee geliefert, und im Inlande in ihrem Verhalten gegenüber dem Kulak. In allen diesen Fragen fanden Partei und Arbeiterklasse die Wahrheit oder einen Teil der Wahrheit heraus, aber erst nachdem die schweren Folgen einer bis in den Grund hinein falschen Politik über ihren Köpfen zusammengeschlagen waren.

Am Ende dieser zwei Jahre, in denen die Stalingruppe wirklich die Politik unserer Partei bestimmt hat, können wir es als erwiesen erachten, daß diese Gruppe folgende Dinge nicht verhindern konnte:

1. Ein übermäßiges Anwachsen jener Kräfte, die die Entwicklung unseres Landes in die kapitalistischen Kanäle zu leiten suchen.
2. Eine Schwächung der Lage der arbeitenden Klasse und der ärmsten Bauern gegenüber der wachsenden Macht des Kulaken, des Nepmanns und des Bürokraten.
3. Eine Schwächung der allgemeinen Lage des Arbeiterstaates im Kampf mit dem Weltkapitalismus, eine Herabsetzung der internationalen Position der Sowjetunion.

Der direkte Fehler der Stalingruppe ist der, daß sie, anstatt der Partei, der arbeitenden Klasse und den Bauern die volle Wahrheit über die Lage zu sagen, Tatsachen verheimlicht, das Anwachsen der feindlichen Kräfte verkleinert und denen den Mund verschlossen hat, die die Wahrheit verlangten und sie aussprechen wollten.

Die Parole, „Gefahr von links!“, zu einer Zeit, da die ganze Lage auf eine Gefahr von rechts hinweist, die grobe, mechanische Unterdrückung jeder Kritik, die doch nur ein berechtigter Weckruf an das Proletariat wegen des Schicksals der proletarischen Revolution ist, die stillschweigende, offene Duldung einer Schwenkung nach rechts, die Untergrabung des Einflusses des proletarischen und altbolschewistischen Kerns in der Partei — alles dieses schwächt und entwaffnet die Arbeiterklasse in einem Augenblick, der mehr als je Aktivität des Proletariats, Wachsamkeit und Einigkeit in der Partei und treues Festhalten an der wirklichen Erbschaft des Lenismus verlangt.

Die Parteiführer verdrehen Lenin, reden sich auf ihn heraus und geben ihm Zusätze, gerade so, wie es ihnen nötig erscheint, um ihre fortwährenden Fehler zu verstecken. Seit Lenins Tod hat man eine ganze Reihe von neuen Theorien erfunden, und zwar nur zu dem Zweck, dem Abgleiten der Stalingruppe von dem Wege der internationalen proletarischen Revolution eine theoretische Rechtfertigung zu geben. Die Menschewisten und die kapitalistische Presse, sie sehen und begrüßen in der Politik und in den neuen Theorien der Stalin, Bucharin, Martynow eine Bewegung „fort von Lenin“ (Ustrialow), „staatsmännisches Denken“, „Realismus“, eine Absage an die „Utopien“ des revolutionären Bolschewismus. In dem Entfernen einer Truppe von Bolschewisten — den Kampfgenossen Lenins — aus der Parteileitung sehen und begrüßen sie offen einen tatsächlichen Schritt vorwärts zu einem grundsätzlichen Wechsel im Kurs der Partei.

Inzwischen bereiten die inneren Vorgänge in der Gruppe der Nepleute, der neuen Privatkapitalisten, da sie durch keine feste Klassenpolitik zurückgehalten und geregelt werden, weitere Gefahren der gleichen Art vor.

Fünfundzwanzig Millionen kleiner Bauernbesitze bilden die Hauptquelle für die kapitalistischen Bestrebungen in Rußland. Die aus dieser Masse allmählich sich herausbildende Kulakkaste wiederholt den Prozeß einer primitiven Kapitalansammlung und untergräbt die sozialistische Position mit einem breiten Minengang. Das weitere Schicksal dieses Vorgangs hängt letzten Endes von dem Verhältnis des Anwachsens der Staatsbetriebe zu dem der privaten Betriebe ab. Die langsame Entwicklung unserer Industrien verstärkt gewaltig das Tempo der Bildung von Klassenunterschieden bei den Bauern, und daraus kommen die politischen Gefahren.

„In der Geschichte anderer Länder“, schrieb Lenin, „haben die Kulaken mehr als einmal die Macht der Landherren, der Zaren, Priester und Kapitalisten wieder hergestellt. Es ist so bei allen früheren europäischen Revolutionen gewesen, wo es infolge der Schwäche der Arbeiter den Kulaken gelang, von einer Republik zur Monarchie, von der Herrschaft der arbeitenden Massen zur Allmacht der Ausbeuter, der Reichen, der Parasiten zurückzukehren . . . Man kann den Kulak mit dem Großgrundbesitzer, mit dem Zaren und dem Priester leicht genug versöhnen, selbst wenn sie miteinander einen Streit gehabt haben, aber niemals mit der Arbeiterklasse.“

Wer dies nicht versteht, wer an „die Entwicklung der Kulaken zum Sozialismus“ glaubt, der taugt nur dazu, die Revolution an einem Riff zerschellen zu lassen.

Es gibt in unserem Lande zwei sich gegenseitig ausschließende, wesentliche Positionen. Die eine ist die Position des den Sozialismus aufbauenden Proletariats, die andere die Position der Bourgeoisie, die danach strebt, unsere Entwicklung auf die kapitalistischen Geleise umzurangieren.

Das Lager der Bourgeoisie und der ihr nachziehenden Ableger aus dem Kleinbürgertum setzt alle seine Hoffnung auf den privaten Unternehmungsgeist und die Einzelinteressen der Gewerbetreibenden. Es setzt seine Hoffnung auf den wohlhabenden Bauern und strebt danach, die Genossenschaften, die Industrien und unseren auswärtigen Handel in den Intressendienst dieses Bauern zu stellen. Dieses Lager glaubt, daß die sozialistische Industrie im Staatshaushalt von keinem Wert sei, daß sie sich nicht schnell genug entwickeln könne, um die Interessen des kapitalistischen Bauern zu schädigen. In dem Kampf um eine größere Produktivität der Arbeit sieht der erstarkende Kleinbürger nur ein Anspannen von Muskeln und Nerven der Arbeiter. In dem Kampf um niedrige Preise sieht er ein Beschneiden der auswachsenden sozialistischen Industrien im Interesse des kapitalistischen Handels, und in dem Kampf mit der Bureaukratie eine Zerrüttung der Industrie, eine Schwächung der Organisationszentren. Er sieht darin ein Zurückdrängen der Großindustrie — also wieder eine Umwandlung zugunsten des wohlhabenden Bauern, mit der nahen Aussicht auf Aufhebung des Monopols für den auswärtigen Handel. Das Ziel dieses ganzen Kurses ist der Kapitalismus im staatlichen Verteilungsplan. Eine starke Tendenz dahin herrscht in unserm Lande, und sie übt auch ihren Einfluß auf gewisse Kreise unserer Partei aus.

Den proletarischen Kurs hat Lenin in den folgenden Worten beschrieben:

„Wir dürfen den Sieg des Sozialismus und seine Dauer nur dann für gesichert halten, wenn die proletarische Staatsgewalt, nachdem sie endgültig den Widerstand der Ausbeuter unterdrückt und sich ihrer völligen Unterwerfung und Zuverlässigkeit versichert hat, die gesamte Industrie auf der Grundlage einer im großen Maßstabe angelegten Kollektivproduktion und der neuesten, auf Elektrisierung der ganzen Wirtschaft beruhenden Tech-

nik neu organisiert. Nur auf diese Weise werden die Städte imstande sein, dem rückständigen und undifferenzierten Lande eine so starke, technische und soziale Hilfe zu leisten, daß damit die materielle Grundlage für ein ungeheures Anwachsen der Produktivität der agrarischen und kleinbäuerlichen Arbeit geschaffen wird, und die Macht des Beispiels und das eigene Interesse den kleinen Landbesitzer veranlassen, zu einem großzügigen, kollektiven und maschinellen Ackerbau überzugehen.“

Die ganze Politik unserer Partei — Etat, Steuern, Industrie, Ackerbau, Innen- und Außenhandel und alles — sollten auf dieser Grundlage aufgebaut werden. Dies ist der grundsätzliche Standpunkt der Opposition. Dies ist der Weg zum Sozialismus.

Zwischen diesen beiden Positionen — mit jedem Tage treiben wir mehr nach der ersten hin — marschieren die Stalinisten in einer Linie, die aus kurzen Zickzackbewegungen nach links und großen nach rechts besteht. Der leninistische Kurs ist eine sozialistische Entwicklung der produktiven Kräfte in einem steten Kampf mit dem kapitalistischen Element. Der versteckte neubürgerliche Kurs ist eine Entwicklung der produktiven Kräfte auf kapitalistischer Grundlage durch ein allmähliches Aufzehren der Oktobererrungenschaften. Der Stalinkurs führt in der tatsächlichen Wirklichkeit zu einer Verlangsamung der Entwicklung der produktiven Kräfte, zu einer Senkung des relativen Einflusses des sozialistischen Elements, und bereitet so den schließlichen Sieg des neubürgerlichen Kurses vor. Der Stalinkurs ist um so gefährlicher und vernichtender, weil er ein wirkliches Abweichen vom Sozialismus unter der Maske gewohnter sozialistischer Worte und Phrasen verbirgt. Ein Zuendeführen unseres Wiederaufbauprozesses würde alle grundsätzlichen Fragen unserer wirtschaftlichen Entwicklung aufhellen und die Politik Stalins untergraben, die in keiner Hinsicht den großen Problemen gewachsen ist — weder dem der chine-

sischen Revolution, noch dem der Neuschaffung von arbeitendem Kapital in der Sowjetunion.

Trotz der durch die groben Fehler der gegenwärtigen Führerschaft unendlich gespannten Lage kann alles in Ordnung gebracht werden. Aber es ist notwendig, den Kurs der Parteiführung zu ändern, ihn scharf nach der Richtung, wie sie Lenin vorgezeichnet hat, umzubiegen.

DIE LAGE DER ARBEITERKLASSE UND DIE GEWERKSCHAFTEN

DIE OKTOBERREVOLUTION HAT ZUM ERSTEN Male in der Geschichte ein Proletariat zur herrschenden Klasse eines riesigen Staates gemacht. Unsere Verstaatlichung der Produktionsmittel war ein entschiedener Schritt in der Richtung auf die sozialistische Umwandlung jenes ganzen sozialen Systems, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen begründet war. Unsere Einführung des Achtsturentages war der erste Schritt zu einer gewaltigen Hebung der materiellen und kulturellen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse. Trotz der Armut des Landes gaben unsere Arbeitsgesetze den Arbeitern — selbst den rückständigsten, die früher jeder Gruppenverteidigung beraubt waren — gesetzliche Garantien, wie sie die reichsten kapitalistischen Staaten niemals gaben und niemals geben werden. Die Gewerkschaften, die jetzt zu unendlich wichtigen Werkzeugen in der Hand einer regierenden Klasse geworden waren, erhielten die Möglichkeit, Massen zu organisieren, die ihnen unter andern Umständen völlig unzugänglich geblieben wären, und zugleich direkt den gesamten politischen Kurs des Arbeiterstaates zu beeinflussen.

Es ist die Aufgabe der Partei, die weitere Entwicklung dieser größten geschichtlichen Eroberungen zu sichern — das heißt, sie mit einem echten sozialistischen Geist zu erfüllen. Unser Erfolg auf diesem Wege wird durch die tatsächlichen nationalen und internationalen Verhältnisse, durch die richtige Art unseres Vorgehens und die praktischen Fähigkeiten unserer Führerschaft entschieden werden.

Der entscheidende Faktor bei der Abschätzung der Vorwärtsbewegung unseres Landes auf dem Wege zum Sozialismus muß neben dem Anwachsen unserer Produktivkräfte und der Herrschaft der sozialistischen Elemente über die Kapitalisten vor allem eine entschiedene Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse sein.

Diese Verbesserung müßte sich zeigen auf materiellem Gebiete (Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, Steigerung der realen Löhne, Charakter des Arbeiterbudgets, Lebensbedingungen, ärztliche Hilfe usw.), auf politischem Gebiete (Partei, Gewerkschaften, Sowjets, kommunistische Jugendorganisationen) und schließlich auf kulturellem Gebiete (Schulen, Bücher, Zeitungen, Theater). Die Bemühung, die wirklichen konkreten Interessen der Arbeiter in den Hintergrund zu schieben und sie unter dem verächtlichen Namen eines „Gildensozialismus“ dem allgemeinen historischen Interesse der Arbeiterklasse gegenüberzustellen, ist theoretisch falsch und politisch gefährlich.

Die Einziehung des Mehrwerts durch einen Arbeiterstaat ist natürlich keine Ausbeutung. Aber zunächst haben wir einen Arbeiterstaat in bürokratischer Verzerrung. Der angeschwollene und privilegierte Verwaltungsapparat verschlingt einen ganz beträchtlichen Teil unseres Mehrwerts. Zweitens ist es die anwachsende Bourgeoisie, die durch den Zwischenhandel und das Spekulieren mit den unnormalen Preisunterschieden einen großen Teil des von unserer Staatsindustrie geschaffenen Mehrwerts einsteckt.

Im allgemeinen haben während dieser Umwandlungsperiode die Zahl der Arbeiter und ihre Existenzbedingungen sich nicht nur absolut, sondern auch relativ — das heißt im Verhältnis zum Anwachsen der andern Klassen — gehoben. Aber in der jüngsten Zeit ist da ein scharfer Umschwung eingetreten. Das zahlenmäßige Anwachsen der Arbeiterklasse und die Verbesserung ihrer Lage haben fast aufgehört, während das Anwachsen ihrer Feinde andauert und sogar ein beschleunigtes Tempo annimmt. Dies führt unvermeidlich nicht nur zu einer Herabsetzung der relativen Bedeutung des Proletariats in der Sowjetgesellschaft.

Die Menschewisten, die Spione der Bourgeoisie unter den Arbeitern, weisen triumphierend auf das materielle

Elend unter unsern Arbeitern hin. Sie versuchen, das Proletariat gegen den Sowjetstaat aufzuwiegeln und unsere Arbeiter dahin zu bringen, die bürgerlich-menschewistische Parole „Zurück zum Kapitalismus“ anzunehmen. Der selbstzufriedene Staatsbeamte, der in der Forderung der Opposition, die materielle Lage der Arbeiter zu verbessern, „Menschewismus“ sieht, leistet damit dem Menschewismus den bestmöglichen Dienst. Er treibt die Arbeiter unter dessen gelbes Banner.

Um Schwierigkeiten zu überwinden, ist es notwendig, sie zu kennen. Es ist notwendig, gerecht und ehrlich unsere Erfolge und Fehlschläge an der wirklichen Lage der arbeitenden Klasse zu prüfen.

Die Lage der Arbeiter

Unsere Periode des Wiederaufbaus brachte bis zum Herbst 1925 ein genügend schnelles Anwachsen der Löhne. Aber die beträchtliche Abnahme der Reallöhne, die 1926 begann, wurde erst mit Beginn des Jahres 1927 überwunden. Die Monatslöhne in den ersten zwei Quartalen des Fiskaljahres 1926—1927 betrugen im Durchschnitt in der großen Industrie in Moskauer Rubeln: 30 Rubel 67 Kopeken und 30 Rubel 33 Kopeken — gegen 29 Rubel 68 Kopeken im Herbst 1925. Im dritten Quartal betrug — nach einstweiligen Berechnungen — der Lohn 31 Rubel 62 Kopeken. Es sind also die Reallöhne im gegenwärtigen Jahr ungefähr auf der Höhe vom Herbst 1925 stehen geblieben.

Natürlich sind die Löhne und die allgemeine materielle Lage von besonderen Arbeiterkategorien und in besonderen Bezirken — vor allem in Moskau und Leningrad — zweifellos höher als dieser Durchschnitt. Dafür bleibt aber die materielle Lage anderer, sehr ausgedehnter Arbeiterschichten beträchtlich unter diesen Durchschnittszahlen.

Überdies bezeugen alle Statistiken, daß das Anwachsen der Löhne hinter der zunehmenden Produktivität der Arbeit zurückbleibt. Die Intensität der Arbeit vermehrt sich — die schlechten Arbeitsbedingungen bleiben die gleichen.

Die Erhöhung von Löhnen wird mehr und mehr an die Bedingung einer stärkeren Intensität der Arbeit geknüpft. Diese neue Tendenz, die unvereinbar mit einem sozialistischen Entwicklungsgang ist, hat der Zentralauschuß noch durch seine bekannte Resolution über Rationalisierung verstärkt. Der vierte Kongreß der Sowjets nahm ebenfalls diese Resolution an. Eine solche Politik bedeutet aber nichts anderes, als daß ein durch technische Entwicklung herbeigeführter Wohlstand (vergrößerte Produktivität der Arbeit) nicht von selbst auch zu einer Erhöhung der Löhne führt.

Das geringe numerische Anwachsen der Arbeiter bedeutet eine Abnahme der Zahl der arbeitenden Glieder jeder Familie. In wirklichen Rubeln hat sich das Ausgabenbudget der Arbeiterfamilie seit 1924—1925 gesenkt. Das Anwachsen der Kosten für Wohnungen hat den Arbeiter gezwungen, einen Teil seiner Wohnung zu vermieten. Die Arbeitslosen belasten direkt oder indirekt den Etat der Arbeiter. Das schnelle Anwachsen des Verbrauchs von alkoholischen Getränken belastet seinen Etat. In der Gesamtsumme haben wir eine ersichtliche Senkung seiner Lebenshaltung. Die Rationalisierung der Produktion, die jetzt eingeführt worden ist, wird unvermeidlich die Lage der Arbeiterklasse noch mehr herabbringen, wenn sie nicht von einer Ausdehnung der Industrie und des Handels begleitet ist, die die entlassenen Arbeiter aufnimmt. In der Praxis kommt „Rationalisierung“ oft auf das „Hinauswerfen“ von Arbeitern und auf eine Verschlechterung der materiellen Lage der andern hinaus. Dieses erfüllt unvermeidlich die Masse der Arbeiter mit einem Mißtrauen gegen die Rationalisierung selbst.

Bei einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist es immer die schwächste Gruppe, die am meisten leidet: die der ungelerten Arbeiter, der Saisonarbeiter, der Frauen und der Jugendlichen.

Im Jahre 1926 gab es eine ersichtliche Senkung der Löhne der Frauen, verglichen mit denen der Männer, und zwar in fast allen Zweigen der Industrie. Unter den ungelerten Arbeitern in drei verschiedenen Zweigen der Industrie betrug das Einkommen der Frauen im März 1926 nur 51,8 Prozent, 61,7 Prozent und 83 Prozent des Einkommens der Männer. Notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Frauen in solchen Zweigen wie die Torfindustrie, das Verladen und Ausladen usw. sind nicht ausgeführt worden. Die Durchschnittslöhne von Jugendlichen sind im Verhältnis zu den allgemeinen Arbeiterlöhnen in einer ständigen Senkung begriffen. Im Jahre 1923 betrugen sie 47,1 Prozent, 1924 45 Prozent, 1925 43,4 Prozent, 1926 40,5 Prozent, 1927 39,5 Prozent.

Im März 1926 erhielten 49,5 Prozent der Jugendlichen weniger als 20 Rubel. Die Aufhebung der Bestimmung, daß in jedem Industriebetrieb auf eine gewisse Anzahl von Arbeitern eine bestimmte Zahl von Jugendlichen eingestellt werden mußte, war ein schwerer Schlag für die arbeitende Jugend und die Arbeiterfamilien. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist in starkem Anwachsen begriffen.

Landarbeit

Von den annähernd dreiundeinhalb Millionen Lohnarbeitern auf dem Lande sind 1600000 ländliche Hilfsarbeiter, Männer und Frauen. Nur 20 Prozent von diesen Hilfsarbeitern sind in Gewerkschaften organisiert. Die staatliche Eintragung der Lohnkontrakte, die oft so niedrig sind, daß sie praktisch Sklaverei bedeuten, hat kaum begonnen. Die Löhne der Landarbeiter befinden sich ge-

wöhnlich unter dem gesetzlichen Minimum — und dies oftmals sogar auf den Sowjetgütern. Die realen Löhne erheben sich im Durchschnitt nicht über 63 Prozent des Vorkriegsstandes. Der Arbeitstag dauert selten weniger als zehn Stunden. In der Mehrzahl der Fälle ist er tatsächlich unbegrenzt. Löhne werden unregelmäßig bezahlt, oft erst nach unerträglichem Zögern. Diese elende Lage der Lohnarbeiter ist nicht nur eine Folge der Schwierigkeiten, wie sie der Aufbau des Sozialismus in einem rückständigen, bäuerlichen Lande ergibt. Sie ist auch ohne jeden Zweifel eine Folge des falschen Kurses, der in seiner wirklichen Betätigung hauptsächlich auf die oberen Schichten und nicht auf die unteren Schichten des Dorfes achtet. Wir müssen einen allseitigen, systematischen Schutz der Lohnarbeiter, nicht nur gegen den Kulak, den reichen Bauern, sondern auch gegen den sogenannten wohlhabenden Mittelbauern, einrichten.

Die Wohnfrage

Der normale Wohnraum für die Arbeiter ist in der Regel beträchtlich kleiner als der durchschnittliche Raum der gesamten städtischen Bevölkerung. Die Arbeiter in den großen Industriestädten sind in dieser Hinsicht der am ungünstigsten gestellte Teil der Bevölkerung. Die Verteilung des Raumes zum Wohnen ergab in einer Reihe von daraufhin untersuchten Städten für einzelne soziale Gruppen folgendes:

Für den Industriearbeiter 5,6 Quadratmeter, für den geistigen Arbeiter 6,9, für den Künstler 7,6, für den gelernten Arbeiter 10,9 und für das nicht arbeitende Element 7,1 Quadratmeter. Die Arbeiter nehmen den letzten Platz ein. Überdies vermindert sich die Ausdehnung der Arbeiterwohnungen von Jahr zu Jahr, die der nicht proletarischen Elemente vergrößern sich. Die allgemeine Lage auf dem Gebiete des Wohnungsbaues bedroht die

Weiterentwicklung der Industrie. Trotz dieser Tatsache gibt der Fünfjahresplan der Kommission für Staatsunternehmungen einen Voranschlag über den Bau von Wohnhäusern, wonach die Wohnungsverhältnisse am Ende dieser fünf Jahre schlimmer sein werden, als sie jetzt sind. Die Kommission gibt dieses selber zu. Von 11,3 Quadratarschins Ende des Jahres 1926 wird sich der übliche Durchschnitt nach dem Fünfjahresplan bis Ende 1931 auf 10,6 gesenkt haben.

Arbeitslosigkeit

Die langsame Entwicklung der Industrie gibt nirgendwo ein so ungesundes Bild wie in der Arbeitslosigkeit, die die festesten Reihen des Industrieproletariats angegriffen hat. Die amtliche Zahl der eingetragenen Arbeitslosen war im April 1927 1 478 000. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen war etwa 2 Millionen. Die Zahl der Arbeitslosen wächst unvergleichlich schneller als die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter. Nach dem Fünfjahresplan der Kommission für Staatsunternehmungen werden unsere Industrien die ganzen fünf Jahre hindurch etwas über 400 000 ständig beschäftigte Arbeiter benötigen. Dies bedeutet bei dem ständigen Zustrom von Arbeitern aus dem Lande, daß Ende 1931 die Zahl der Arbeitslosen auf nicht weniger als 3 Millionen Männer und Frauen gestiegen sein wird. Die Folge eines solchen Zustandes wird eine wachsende Zahl von obdachlosen Kindern, von Bettlern und Prostituierten sein. Die geringe Entschädigung, die man den Arbeitslosen bezahlt, erregt berechtigten Unwillen. Sie erhalten im Durchschnitt 11,9 Rubel, das heißt 5 Vorkriegsrubel. Die Gewerkschaften zahlen eine Arbeitslosenrente von durchschnittlich 6,5 bis 7 Rubel. Diese Renten erhalten aber nur etwa 20 Prozent von arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern.

Das Arbeitsgesetzbuch ist durch viele erklärende Zu-

sätze zwar stark vergrößert, aber auch verschlechtert worden. Manche Fürsorgemaßnahmen sind durch solche Zusätze und Auslegungen wieder aufgehoben worden. Besonders ist der gesetzliche Schutz der vorübergehend und saisonweise beschäftigten Arbeiter niedergerissen worden.

Der jüngste Feldzug des staatlichen Handels war durch eine fast allgemeine Lockerung der gesetzlichen Beschränkungen und ein Herabdrücken der Lebenshaltung und der Löhne charakterisiert. Indem man der wirtschaftlichen Leitung die Rechte einer Zwangsentscheidung gab, hob man den gemeinsamen Vertrag einfach auf, indem man ihn aus einer beiderseitigen Übereinkunft in eine behördliche Anordnung verwandelte. Die Unfallentschädigungen der Arbeiter durch die Industrie sind völlig unzureichend. Nach den Angaben des Volkskommissariats für Arbeit gab es 1925—1926 für jedes Tausend von Arbeitern 97,6 Unfälle, die Arbeitsunfähigkeit herbeiführten. Jeder zehnte Arbeiter erleidet jährlich einen Unfall.

Die vergangenen Jahre waren charakterisiert durch eine scharfe Zunahme von Arbeitskonflikten, die meist durch Zwangsmaßregeln, statt durch Einigung beseitigt wurden.

Die Leitung der Betriebe hat sich verschlechtert. Die behördlichen Organe streben immer mehr danach, ihre unbegrenzte Herrschaft zur Geltung zu bringen. Das Einstellen und Entlassen von Arbeitern befindet sich völlig und allein in den Händen der Behörden. Eine vorrevolutionäre Art von Verhältnis zwischen Meister und Arbeiter ist gar nicht selten.

Die Betriebsbesprechungen haben allmählich jede Bedeutung verloren. Die Mehrzahl der von den Arbeitern angenommenen praktischen Vorschläge wird niemals ausgeführt. Bei vielen Arbeitern wird auch eine Abneigung gegen die Betriebsbesprechungen dadurch erzeugt, daß

die von ihnen durchgesetzten Verbesserungen oft nur zu einer Verringerung der Arbeiterzahl führt. Infolge davon werden die Betriebsversammlungen nur spärlich besucht.

Auf kulturellem Gebiete ist es notwendig, das Schulproblem besonders zu betonen. Es wird dem Arbeiter immer schwerer, seinen Kindern selbst nur eine elementare Erziehung zu geben, ganz abgesehen von einer Ausbildung ihrer besonderen Fähigkeiten. In fast allen Bezirken mit Arbeiterbevölkerung fehlt es an Schulen, und die Zuschüsse, die in den besseren Schulen verlangt werden, machen es den Eltern unmöglich, so für die Kinder zu sorgen, wie sie es gerne möchten. Der Mangel an Schulen und die unzureichende Versorgung der Kindergärten treibt einen großen Teil der Arbeiterkinder auf die Straßen

Die Gewerkschaften und die Arbeiter

Der Streit um die Arbeitsbedingungen in den Betrieben, den eine Resolution des elften Parteikongresses erwähnt, ist in den letzten Jahren beträchtlich angewachsen. Trotzdem hat die ganze neuerliche Parteipolitik in bezug auf die Gewerkschaftsbewegung im Verein mit den Ränken der Gewerkschaftsführer dahin geführt, daß der vierzehnte Kongreß bekennt: „Die Gewerkschaften konnten oft ihre Aufgaben nicht erfüllen, da sie ihre erste und wichtigste Aufgabe in den Hintergrund schoben — die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der von ihnen geleiteten Massen und die möglichste Hebung ihrer materiellen und kulturellen Lage.“ Die Verhältnisse wurden nach dem vierzehnten Kongreß nicht besser, sondern schlechter. Die Bürokratisierung der Gewerkschaften ging weiter vorwärts.

Im Stab der gewählten Vollziehungsbeamten der Gewerkschaften ist der Prozentsatz der Betriebsarbeiter und

der nicht zur Partei gehörigen Arbeiter außerordentlich gering (12—13 Prozent). Die ungeheure Mehrzahl der Delegierten auf den Gewerkschaftskonferenzen sind Leute ohne jede Beziehung zur Industrie. Niemals vorher standen die Gewerkschaften und die arbeitenden Massen so weit entfernt von der Leitung der staatlichen Industrie wie jetzt. Die Selbstbetätigung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen ist ersetzt worden durch Verhandlungen zwischen den lokalen Sekretären, den Betriebsdirektoren und den Vorsitzenden der Fabrik- und Betriebsausschüsse (dem „Dreieck“). Die Haltung der Arbeiter den Fabrik- und Betriebsausschüssen gegenüber zeigt Mißtrauen. Die Teilnahme an den allgemeinen Versammlungen ist gering.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter, die in den Gewerkschaften keinen Ausdruck findet, breitet sich unterirdisch aus. „Man darf nicht zu sehr hervortreten. Wenn du dein bißchen Brot behalten willst, dann rede nicht so viel!“ Solche Worte sind sehr häufig, und man versteht, warum die Arbeiter es vorziehen, ihre Lage durch Tätigkeit außerhalb der Gewerkschaftsorganisation zu verbessern. Dies allein verlangt gebieterisch einen völligen Wechsel in der augenblicklichen Gewerkschaftspolitik.

Die wichtigsten praktischen Vorschläge

A. Auf dem Gebiete der materiellen Bedingungen

1. Schneidet jede Neigung zu einer Verlängerung des Achtstundentages mit der Wurzel ab. Gestattet Überarbeit nur, wenn sie absolut notwendig ist. Erlaubt keinen Mißbrauch der Beschäftigung von Aushilfsarbeitern, keine Behandlung von dauernd Beschäftigten als Saisonarbeiter. Schafft jede neuerdings eingeführte Verlängerung des Arbeitstages in gesundheitsschädlichen Betrieben wieder ab.

2. Das allerdringlichste Problem ist die Erhöhung der Löhne wenigstens in dem Maße, wie sich die Produktivität der Arbeit gehoben hat. In der Zukunft sollte mit jedem Anwachsen des Ertrags der Arbeit grundsätzlich eine Erhöhung der realen Löhne verbunden sein. Notwendig ist auch der Versuch einer Angleichung der Löhne der verschiedenen Arbeitergruppen, und zwar durch systematische Aufbesserung der niedriger bezahlten Gruppen; in keinem Fall aber durch Verschlechterung der höher bezahlten.

3. Wir müssen jeden bürokratischen Mißbrauch der Rationalisierungsmaßnahmen beseitigen. Diese dürften nur in inniger Verbindung mit einer entsprechenden Entwicklung der Industrie stattfinden, mit einer planvollen Verteilung der Arbeitsmacht und einem Kampf gegen die Vergeudung der produktiven Kräfte der arbeitenden Klasse — besonders der der gelernten Arbeiter.

4. Um die übeln Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu lindern, müssen die Arbeitslosenrenten dem durchschnittlichen Lohn in einer bestimmten Gegend angepaßt werden. Die Rentenperiode bei Arbeitslosigkeit muß von einem Jahr auf anderthalb Jahre ausgedehnt werden. Eine weitere Herabsetzung der Bezüge in der Sozialversicherung darf nicht geduldet, und es muß ein ernster Kampf gegen die gebräuchliche Nichtauszahlung derselben begonnen werden. Die Verwendung von angesammelten Versicherungsgeldern für Maßnahmen der öffentlichen Gesundheitspflege muß aufhören. Wir müssen alle Bestimmungen aufheben, die unter verschiedenen Vorwänden wirkliche Arbeitslose ihrer Rechte auf Renten und auf Eintragung in die Beschäftigungslisten berauben. Es muß auf eine Erhöhung der Arbeitslosenrenten, zunächst bei den Industriearbeitern, hingearbeitet werden. Wir müssen großzügige und auf lange Zeiten angelegte Pläne für soziale Unternehmungen ausarbeiten, um die Arbeitslosen vorteilhaft für das wirtschaftliche und kulturelle Aufblühen des Landes zu verwenden.

5. Eine systematische Verbesserung der Lebensbedingungen für die Arbeiter. Feste Durchführung einer klassengemäßen Politik in allen Wohnungsangelegenheiten. Keine Verbesserung der Wohnungsbedingungen des nicht-proletarischen Elements auf Kosten der Arbeiter. Keine Austreibung von entlassenen Arbeitern und von Arbeitern mit verkürzter Arbeitszeit.

Energische Maßregeln müssen ergriffen werden für eine gesündere Entwicklung der Genossenschaftsbauten. Sie müssen den niedriger bezahlten Arbeitern zugänglich gemacht werden. Den oberen Schichten der geistigen Arbeiter darf nicht erlaubt sein, sich die für Industriearbeiter bestimmten Wohnungen zu sichern.

Der Wohnbauplan der Kommission für staatliche Unternehmungen sollte als unvereinbar mit jeder sozialistischen Politik verworfen werden. Geschäftliche Unternehmungen müssen gezwungen werden, ihre Ausgaben für den Wohnungsbau, ihre für diesen Zweck ausgesetzten Landparzellen und den zugehörigen Kredit so zu vergeben, daß in den nächsten fünf Jahren eine entschiedene Verbesserung der Arbeiterwohnungsverhältnisse zu sehen ist.

6. Kollektivverträge sollten nach wirklichen und nicht nach vorgetäuschten Besprechungen auf den Versammlungen der Arbeiter festgelegt werden. Der kommende Parteikongreß sollte die Entscheidung des vierzehnten Kongresses aufheben, der den Fabrikleitungen das Recht einer Zwangsentscheidung gab. Das Arbeitsgesetz muß als das Minimum, nicht als das Maximum der Rechte betrachtet werden, auf die Anspruch erhoben werden kann. Kollektivverträge müssen Garantien enthalten gegen das Herabsetzen der Zahl der Arbeiter und Angestellten während der Dauer des Vertrags (erlaubte Ausnahmen müssen ausdrücklich begründet werden). Die Höhe der Arbeitsleistung muß nach den Durchschnittsleistungen eines Arbeiters und für die Dauer des ganzen Arbeitsvertrags berechnet werden. In jedem Falle sollten alle

Veränderungen in den Verträgen, die die Lohnstufe des Arbeiters im Verhältnis zu früheren Abmachungen heruntersetzen, verboten sein.

7. Das Bureau für Löhne und Lohnnormen muß mehr unter die wirksame Kontrolle der Arbeiter und der Gewerkschaften gebracht, und die fortwährende Verschlechterung der Löhne und Lohnnormen muß verhindert werden.

8. Die Ausgaben für Sicherheitsvorrichtungen und bessere Fabrikzustände müssen vermehrt werden. Höhere Strafen müssen die Übertreter der Schutzvorschriften für die Arbeiter treffen.

9. Alle Auslegungen des Arbeitsgesetzbuches müssen überprüft und diejenigen, welche eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Folge haben, beseitigt werden.

10. Für die weiblichen Arbeiter soll die Vorschrift gelten: „Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.“ Dementsprechend muß eine höhere Einschätzung der Frauenarbeit im allgemeinen stattfinden.

11. Unbezahlte Lehrlingsarbeit muß verboten werden; ebenso der Versuch, die Löhne der Jugendlichen herabzusetzen. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

12. Das Sparsystem darf in keinem Falle auf Kosten der Lebensinteressen der Arbeiter durchgeführt werden. Wir müssen den Arbeitern die „kleinen Vergünstigungen“, die wir ihnen genommen haben (Kinderheime, Freifahrtkarten, längere Ferien usw.), wieder zurückgeben.

13. Die Gewerkschaften müssen unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit auf das Problem der Saisonbeschäftigung richten.

14. Die ärztliche Hilfe für Arbeiter muß in den Betrieben verbessert werden (Krankenwagen, Stationen für erste Hilfe, Krankenhäuser usw.).

15. Die Schulen für Kinder müssen in den Bezirken der Arbeiterklasse vermehrt werden.

16. Eine Reihe von staatlichen Maßnahmen muß getroffen werden, um die Arbeitergenossenschaften zu stärken.

B. In den Gewerkschaften

1. Die Tätigkeit der Gewerkschaften sollte in erster Linie danach beurteilt werden, in welchem Maße sie die ökonomischen und kulturellen Interessen der Arbeiter verteidigt.

2. Die Parteiorganisationen, die Maßnahmen zum Schutze der ökonomischen und kulturellen Arbeiterinteressen treffen wollen, müssen dabei ernstlich die Ansichten der kommunistischen Gruppen in den Gewerkschaften in Erwägung ziehen.

3. Richtige Wahlen, Öffentlichkeit, Rechenschaftsablegung vor den Mitgliedern müssen die Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeit sein.

4. Alle Verwaltungsorgane sollten in wirklicher, nicht in vorgetäuschter Übereinstimmung mit den entsprechenden Gewerkschaftsorganen gebildet werden.

5. Auf jedem Gewerkschaftskongreß und in allen Wahlausschüssen der Gewerkschaften muß die Majorität aus wirklich in der Industrie beschäftigten Arbeitern bestehen. Der Prozentsatz der nicht in der Partei organisierten Arbeiter muß in diesen Ausschüssen auf mindestens ein Drittel erhöht werden.

In regelmäßigen Zwischenräumen muß eine bestimmte Anzahl von Beamten des Gewerkschaftsapparates wieder zur Fabrikarbeit bestimmt werden.

Eine stärkere Heranziehung von freiwilliger Arbeit in der gewerkschaftlichen Betätigung, mehr Ermutigung der Arbeiter in den Betrieben, sich daran zu beteiligen.

6. Die Entfernung einmal gewählter kommunistischer Gewerkschaftsmitglieder wegen innerparteilicher Zwistigkeiten soll nicht gestattet sein.

7. Die vollständige Unabhängigkeit der Betriebs- und Lokalausschüsse von den leitenden Organen muß gesichert sein. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern oder die Versetzung von Arbeitern von einer Arbeitsart zur andern für Perioden, die zwei Wochen übersteigen — alles dies darf nur nach vorheriger Benachrichtigung des Betriebsausschusses geschehen. Ein Betriebsausschuß, der gegen Mißbräuche auf diesem Gebiete ankämpft, soll von seinem Recht Gebrauch machen, gegen die Entscheidungen der Leitung an die entsprechende Gewerkschaft und den Beschwerdeausschuß zu appellieren.

8. Die Rechte der Korrespondenten der Arbeiterpresse müssen geschützt werden, und diejenigen, die Korrespondenten wegen ihrer Veröffentlichungen verfolgen, sollten streng bestraft werden.

Durch einen besonderen Artikel im Strafgesetzbuch sollte jede offene oder geheime Verfolgung eines Arbeiters wegen einer Kritik, wegen eines Abänderungsvorschlags, oder wegen seines Wählens als ein schweres Verbrechen gegen den Staat bestraft werden.

9. Die Aufgaben der Kontrollkommission der Produktionsausschüsse müssen auf eine Überwachung der Durchführung ihrer Beschlüsse und auf eine Prüfung, wie weit dabei die Interessen der Arbeiter gewahrt wurden, ausgedehnt werden.

10. In der Frage von Streiks in den Staatsindustrien bleibt die unter Lenin angenommene Entscheidung des elften Parteikongresses in Kraft.

Im Falle von Streiks in den Konzessionsindustrien sollen diese als Privatindustrien angesehen werden.

11. Es müßte eine Überprüfung des ganzen Systems der Arbeitsstatistik stattfinden, da sie in ihrer gegenwärtigen

Form ein falsches und offensichtlich gefärbtes Bild der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Arbeiterklasse gibt und so jede Besserung auf diesen Gebieten in starkem Maße hindert.

Die schlechte Lage der Arbeiterklasse jetzt am zehnten Jahrestage der Oktoberrevolution erklärt sich natürlich durch die Armut des Landes, durch Intervention und Blockade und die unausgesetzte Bekämpfung des ersten proletarischen Staates seitens seiner kapitalistischen Umgebung. Diese Lage kann nicht auf einen Schlag geändert werden. Aber sie kann und muß geändert werden durch eine richtige Politik. Die Aufgabe der Bolschewisten ist es dabei aber nicht, schöngefärbte Bilder von ihren Bemühungen zu geben — diese Bemühungen waren natürlich ernsthaft genug —, sondern klar und bestimmt die Frage aufzuwerfen, was zu tun bleibt, was getan werden muß, und was mit Hilfe einer richtigen Politik getan werden kann.

DIE AGRARFRAGE UND IHRE SOZIALISTISCHE AUSLEGUNG

PRODUKTION IM KLEINEN MASZSTAB ERZEUGT, wie Lenin sagt, fortwährend, täglich, stündlich, unwiderstehlich und in riesigem Umfang Kapitalismus und Bourgeoisie. Entweder gelingt es dem proletarischen Staat, gestützt auf eine hohe Entwicklung und auf die Elektrisierung der Industrie, die technische Rückständigkeit von Millionen kleiner und winziger Industrien zu überwinden und sie auf der Grundlage ausgedehnter Verbände und des Kollektivismus aufzubauen, oder der aus dem Lande seine Kraft schöpfende Kapitalismus wird die Grundlage des Sozialismus in den Städten unterminieren.

Vom Gesichtspunkte des Leninismus aus ist das Bauerntum — das heißt die große bäuerliche Masse, die keine Arbeit ausbeutet — jener Verbündete, der, wenn er richtig mit uns zusammenarbeitet, die Sicherheit der proletarischen Diktatur und so das Schicksal der sozialistischen Revolution gewährleistet. Für die Etappe, die wir jetzt durchleben, hat Lenin ganz genau unsere Aufgaben gegenüber den Bauern mit folgenden Worten formuliert: „Es muß uns gelingen, ein Bündnis mit den Mittelbauern einzugehen, ohne nur einen Augenblick dem Kampfe gegen den Kulak zu entsagen, und ohne dabei die feste Stütze durch den armen Bauern zu verlieren.“

Die Abweichung von Lenins Standpunkt in der Bauernfrage, wie sie die Stalin-Bucharin-Gruppe durchgeführt hat, kann in den folgenden acht Hauptpunkten gekennzeichnet werden:

1. Vernachlässigung des Hauptgrundsatzes des Marxismus, daß nur eine starke, sozialisierte Industrie den Bauern helfen kann, die Landwirtschaft in eine kollektivistische Form zu überführen.

2. Unterschätzung der Lohnarbeiter und der armen Bauern als sozialer Grundlage in den ländlichen Bezirken des proletarischen Staates.

3. Hoffnung auf den wohlhabenden Bauern in der Frage der landwirtschaftlichen Industrie, das heißt in allem Wesentlichen Hoffnung auf den Kulak.

4. Ignorieren oder offenes Ableugnen des kleinbürgerlichen Charakters des bäuerlichen Eigentums und der bäuerlichen Tätigkeit — ein Hinübergehen vom marxistischen Standpunkt zu den Theorien der Sozialrevolutionäre.

5. Unterschätzung der kapitalistischen Elemente in der gegenwärtigen Entwicklung des Landes und Vertuschung der bäuerlichen Klassenunterschiede.

6. Erzeugung von zersetzenden Theorien, die, um ein Wort Bucharins zu zitieren, die Ansicht verfechten: „Der Kulak und die Kulakenorganisationen haben überhaupt keine Aussicht, weil der Rahmen der allgemeinen Entwicklung in unserem Lande durch die Struktur der proletarischen Diktatur bestimmt wird.“

7. Ermutigung der „Überführung erster Anfänge von Kulakgenossenschaften in unser System“. „Das Problem kann so formuliert werden, daß es notwendig ist, den wirtschaftlichen Möglichkeiten des wohlhabenden Bauern, den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Kulak freien Weg zu geben.“

8. Der Versuch, Lenins „genossenschaftlichen Plan“ seinem Plan der Elektrisierung entgegenzustellen. Nach Lenins eigener Ansicht könnte nur eine Verbindung dieser beiden Pläne die Durchführung des Sozialismus garantieren.

Gestützt auf diese revisionistischen Tendenzen der regierenden Gruppe haben die Repräsentanten der neuen Bourgeoisie sich mit gewissen Gliedern unseres staatlichen Betriebes verbunden und versuchen offen, unsere ganze Politik auf dem Lande auf die kapitalistischen Geleise hinüberzulenken. Dabei verstecken natürlich die Kulaken und ihre ideologischen Verteidiger ihre Bestrebungen un-

ter dem Vorwande einer Besorgnis um die Entwicklung der produktiven Kräfte, um das Anwachsen der Warenproduktion „im allgemeinen“ usw. In Wirklichkeit unterdrückt und hemmt eine Kulakentwicklung die Entwicklung der produktiven Kräfte der gesamten übrigen Masse der bäuerlichen Wirtschaft.

Trotz unseres verhältnismäßig schnellen Wiederaufbauprozesses in der Landwirtschaft ist die Warenproduktion der bäuerlichen Wirtschaft sehr gering. 1925 bis 1926 war die Gesamtmenge der auf den Markt gebrachten Güter 64 Prozent des Vorkriegsstandes, die exportierte Menge nur 24 Prozent des Exports von 1913. Die Ursache davon liegt, abgesehen von der Zunahme des allgemeinen Verbrauchs im Dorfe selbst, in der Verschiedenheit der landwirtschaftlichen und industriellen Preise und in der rapiden Anhäufung von Nahrungsstoffen durch die Kulaken. Selbst der Fünfjahresplan muß zugeben, daß „der Mangel an Industrieprodukten im allgemeinen dem Austausch von gleichwertigen Gütern zwischen Stadt und Land eine bestimmte Grenze setzt und die Menge der landwirtschaftlichen Produkte, die auf den Markt gebracht werden könnte, vermindert“. So hemmt die Rückständigkeit der Industrie das Anwachsen des Ackerbaues und besonders das Anwachsen der ländlichen Warenproduktion. Sie untergräbt das Zusammenwirken von Stadt und Land und führt zu einer schnellen Klassendifferenzierung unter den Bauern.

Die Ansichten der Opposition in den Debatten über die Fragen der Bauernpolitik sind voll und ganz bestätigt worden. Die einzelnen Verbesserungen in unserem allgemeinen Vorgehen, die unter dem Druck der scharfen Oppositionskritik erfolgt sind, haben das fortgesetzte Abweichen der regierenden Gruppe nach der Seite der wohlhabenden Bauern nicht gehemmt. Als Beweis dafür genügt es, sich daran zu erinnern, daß der vierzehnte Kongreß der Sowjets nach dem Bericht Kalinins nicht ein

einziges Wort über die Klassendifferenzierung auf dem Lande oder das Anwachsen des Kulak zu sagen hatte.

Eine solche Politik kann nur zu einem einzigen Resultat führen: wir werden die armen Bauern verlieren und die mittleren nicht gewinnen.

Klassendifferenzierung unter den Bauern

In den letzten Jahren hat in den ländlichen Bezirken eine starke kapitalistische Klassenentwicklung stattgefunden.

Die landlosen und landarmen Gruppen haben sich während der letzten vier Jahre um 35—45 Prozent vermindert. Die 6—10 Desjatinen (7—11 Hektar) besitzende Gruppe vermehrte sich in der gleichen Zeit um 100 bis 120 Prozent. Die Gruppe mit 10 Desjatinen und mehr vermehrte sich um 150—200 Prozent. Der abnehmende Prozentsatz der landlosen und landarmen Gruppen ist in weitem Maße auf ihren Ruin und ihre Auflösung zurückzuführen. So haben sich in Sibirien im Verlaufe eines Jahres 15,8 Prozent der landlosen Familien und 3,8 derjenigen mit weniger als 2 Desjatinen aufgelöst und sind verschwunden. Im nördlichen Kaukasus lösten sich 14,1 Prozent der landlosen und 3,8 Prozent derjenigen mit weniger als 2 Desjatinen auf.

Das Aufrücken der Besitzer von pferdelosen und gerätelosen Landgrundstücken zur Klasse der unteren Mittelbauern geht außerordentlich langsam vor sich. Im jetzigen Augenblick gibt es in der ganzen Union 30—40 Prozent von pferde- und gerätelosen Besitzungen, und die große Masse davon fällt unter die Gruppe der Landarmen.

Die Verteilung der wichtigen Produktionsmittel ist in dem nördlichen Kaukasus folgende: 15 Prozent der Produktionsmittel gehören etwa 50 Prozent der schwächsten Besitzer. Zu der Mittelgruppe, die sich aus 35 Prozent der Besitzer zusammensetzt, gehören 35 Prozent der

wichtigen Produktionsmittel. Und zu der höchsten Gruppe, die aus 15 Prozent der Besitzer besteht, gehören 50 Prozent der Produktionsmittel. Dasselbe Bild der Verteilung der Produktionsmittel zeigt sich in anderen Provinzen (in Sibirien, in der Ukraine usw.).

Dieser Rekord einer ungleichen Verteilung von Land und Produktionsmitteln wird verstärkt durch eine ungleiche Verteilung der Getreidereserven unter den verschiedenen Gruppen der bäuerlichen Besitzer. Am 1. April 1926 befanden sich 58 Prozent von allem überflüssigen Getreide des Landes in den Händen von 6 Prozent der bäuerlichen Besitzer.

Das Verpachten von Land nimmt mit jedem Jahr eine größere Ausdehnung an. Die verpachtenden Eigentümer sind meist große Landbesitzer, die die Produktionsmittel in den Händen haben. In der ungeheuren Mehrzahl aller Fälle wird die Tatsache, daß das Land verpachtet ist, verheimlicht, um die Bezahlung der Steuer zu vermeiden. Der landarme Besitzer, der weder Werkzeuge noch Tiere hat, bearbeitet das Land gewöhnlich mit gemieteten Werkzeugen und gemieteten Tieren. Die Verhältnisse, sowohl beim Landverpachten wie beim Vermieten von Werkzeugen und Tieren laufen fast auf Sklaverei hinaus. Mit dieser materiellen Sklaverei geht ein finanzieller Wucher Hand in Hand.

Die übliche Zerteilung von Bauerngütern schwächt den Prozeß der Klassendifferenzierung nicht, sondern befördert ihn. Die Maschinen und Kredithilfen fallen, anstatt der Sozialisierung des Ackerbaues zu dienen, dem Kulak und dem Wohlhabenden in die Hände und helfen so zur Ausbeutung der Landarbeiter, der armen Bauern und der schwächeren Mittelbauern.

Abgesehen davon, daß diese höchsten Gruppen das Land und die Instrumente in ihren Händen konzentrieren, beschäftigen sie auch in einem ständig anwachsenden Maße gemietete Arbeiter.

Auf der anderen Seite vermehren die unteren und zum Teil die mittleren Gruppen der bäuerlichen Besitzer, entweder infolge von vollständigem Ruin und Auflösung oder auch durch Abgeben einzelner Familienmitglieder, fortwährend die Zahl der ländlichen Arbeiter. Diese überzähligen Arbeiter geraten in die Knechtschaft des Kulak oder des wohlhabenden Mittelbauern, oder sie gehen auch wohl in die Städte, oder finden in zahlreichen Fällen überhaupt keine Beschäftigung.

Trotz dieser Prozesse, die schon sehr weit gegangen sind und zu einer Verminderung der relativen wirtschaftlichen Bedeutung des Mittelbauern führen, bildet dieser Mittelbauer der Zahl nach noch immer die größte ländliche Gruppe. Diesen Mittelbauern nun auf die Seite der sozialistischen Agrarpolitik zu bringen, ist eines der Hauptprobleme der proletarischen Diktatur. Wenn man aber seine Hoffnung auf den wohlhabenden Bauern setzt, verläßt man sich auf eine weitere Zersetzung dieser Mittelschicht.

Nur eine richtige Beachtung der Landarbeiter, nur eine Politik, die sich auf den armen Bauern und seine Union mit dem Mittelbauern stützt, nur ein entschiedener Kampf gegen den Kulak, nur eine Politik der Industrialisierung, nur eine Politik der Klassengenossenschaften und des Klassenkreditsystems auf dem Lande wird es ermöglichen, den Mittelbauern zur Arbeit an einem sozialistischen Aufbau der Landwirtschaft zu bewegen.

Praktische Vorschläge

In dem Klassenkampf, der jetzt in diesem Lande vor sich geht, muß die Partei, nicht in Worten, sondern in Taten, auf der Seite der Landarbeiter, der armen Bauern und der großen Masse der Mittelbauern stehen und sie gegen die ausbeutenden Bestrebungen des Kulak schützen.

Um die Klassenposition des ländlichen Proletariats —

das einen Teil der Arbeiterklasse bildet — zu stärken und wiederherzustellen, ist jene Reihe von Maßnahmen notwendig, die wir in dem Kapitel über die Lage der Arbeiterklasse aufgeführt haben.

Ländliche Kredite müssen aufhören, in den meisten Fällen ein Privileg der wohlhabenden Kreise des Dorfes zu sein. Wir müssen ein Ende machen mit den augenblicklichen Verhältnissen, die es ermöglichen, die schon so sehr gesunkenen Ersparnisse der Armen nicht für den beabsichtigten Zweck, sondern zum Besten der wohlhabenden und mittleren Gruppen zu verwenden.

Das Anwachsen des Privateigentums auf dem Lande muß durch eine schnellere Entwicklung der kollektiven Landwirtschaft wettgemacht werden. Es ist notwendig, die Bemühungen der armen Bauern, sich in Genossenschaften zu organisieren, planmäßig zu unterstützen.

Zur gleichen Zeit müssen wir den armen Eigentümern, die nicht zu den Kollektivbetrieben gehören, durch vollständige Befreiung von Steuern, durch eine entsprechende Landpolitik, durch Kredite für Ackerbaugeräte und durch Eingliederung in die bäuerlichen Genossenschaften in überlegter Weise helfen. Anstatt des Programms „Schafft außerhalb der Partei aktive Bauernzentren durch Neubelebung des Rätesystems“, also eines Programms ohne jeden Klasseninhalt, das in Wirklichkeit nur die beherrschende Rolle der oberen Schichten in den Dörfern stärken wird, müssen wir das folgende Programm annehmen: Schafft außerhalb der Partei aktive Zentren, die sich aus Lohnarbeitern, armen Bauern und ihnen nahestehenden Mittelbauern zusammensetzen.

Wir müssen eine wirklich planvolle, allgemeine und dauerhafte Organisation der Armen haben, die sich auf die augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Probleme des Lebens stützt, wie es Wahlen, Steuerkämpfe, Einfluß auf die Verteilung von Kredit, Maschinen usw.,

Landverteilung und Landbenutzung, Begründung von Genossenschaftsbetrieben, Bargeldanlegung des armen Mannes durch die Genossenschaftsbetriebe usw. sind.

Die Partei müßte unter allen Umständen die wirtschaftliche Entwicklung der mittleren Bauern fördern — durch eine kluge Preispolitik für Getreide, durch Krediterweiterung und Ausbau aller ihm zugänglichen Genossenschaften, durch eine wohlüberlegte und allmähliche Überführung dieser zahlreichsten Gruppe zu den Vorteilen des maschinellen und kollektiven Großbetriebes.

Die Aufgabe der Partei gegenüber dem Anwachsen der Kulakklasse müßte in einer allseitigen Begrenzung ihrer Ausbeutungsbestrebungen bestehen. Wir dürfen keine weiteren Abweichungen von dem Artikel unserer Verfassung, der den ausbeutenden Klassen alle Wahlrechte in den Sowjets versagt, dulden. Folgende Maßregeln sind notwendig: Ein scharf progressives Steuersystem; staatliche Gesetzesmaßnahmen zum Schutze der Lohnarbeit und zur Regelung der Löhne der Landarbeiter; eine richtige Klassenpolitik in der Angelegenheit der Landverteilung und Landbenutzung, und ebenso in der Angelegenheit der Belieferung des Landes mit Traktoren und andern Betriebsgeräten.

Das wachsende System der Landverpachtung unter den Bauern, die bestehende Art der Landbenutzung durch ländliche Gemeinden, die abseits von jeder Führerschaft und Kontrolle der Sowjets stehen und immer mehr unter den Einfluß des Kulak fallen, alles dieses untergräbt die Grundlagen der Verstaatlichung des Landes.

Eine der wichtigsten Maßnahmen zur Stärkung der Verstaatlichung des Landes ist die Unterordnung dieser ländlichen Gemeinden unter die örtlichen Staatsorgane und eine feste Kontrolle der von allen Kulakelementen gereinigten Ortssowjets in allen Fragen der Verteilung und Benutzung des Landes. Der Zweck dieser Kontrolle

sollte ein möglichst großer Schutz der Interessen der armen und schwachen Kleinbauern gegen die viel zu große Schar der Kulaken sein. Es ist notwendig, auf der Grundlage unserer gegenwärtigen Erfahrungen eine Reihe von Ergänzungsmaßnahmen auszuarbeiten, um ein übergroßes Verhältnis der Kulaken in den ländlichen Gemeinden zu verhindern. Es ist im besonderen notwendig, daß der Kulak als Landverpächter durchaus und in jeder Hinsicht, nicht nur in Worten, sondern tatsächlich, der Aufsicht und Kontrolle durch die Organe der ländlichen Sowjetmacht unterworfen sein sollte.

Die Partei müßte allen Tendenzen auf Aufhebung oder Untergrabung der ländlichen Verstaatlichung, die einer der Grundpfeiler der Diktatur des Proletariats sind, einen vernichtenden Widerstand entgegensetzen.

Das bestehende System einer allgemeinen ländlichen Steuer sollte dahin geändert werden, daß 40—50 Prozent der ärmsten Bauernfamilien ganz von der Steuer befreit werden, ohne daß aber dieser Ausfall durch eine höhere Besteuerung der großen Masse der Mittelbauern ausgeglichen wird. Die Daten der Steuereinsammlung sollten den Interessen der unteren Gruppen der Steuerzahler angepaßt werden.

Eine viel größere Summe sollte für die Schaffung von Sowjets und Kollektivgütern bewilligt werden. Höchste Schonung müßte den neugeschaffenen Kollektivgütern und anderen Formen des Kollektivismus gewährt werden. Leute, die der Wahlrechte beraubt sind, können nicht Mitglieder von Kollektivgütern sein. Die ganze genossenschaftliche Arbeit müßte erfüllt sein von einem Verständnis für das Problem, das System des Kleinbetriebs in das eines kollektivistischen Großbetriebs umzuwandeln. Eine feste Klassenpolitik müßte auf dem Gebiete der Maschinenbelieferung Platz greifen, und ein besonderer Kampf gegen die betrügerischen Maschinengesellschaften geführt werden.

Die Arbeit der Landverteilung muß ganz auf Kosten des Staates geschehen, und in erster Linie sollte man dabei auf die Kollektivländereien und auf die Ländereien der Armen durch eine möglichst große Berücksichtigung ihrer Interessen achten.

Die Preise für Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte sollten den armen Bauern und der Hauptmasse der Mittelbauern zum allermindesten die Möglichkeit gewähren, ihre wirtschaftliche Lage auf dem gegenwärtigen Stande zu erhalten und sie allmählich zu verbessern. Maßnahmen sollten getroffen werden, um die Ungleichheit zwischen den Herbst- und Frühjahrspreisen in Getreide zu beseitigen. Denn diese Ungleichheit drückt schwer auf die ländlichen Armen und gibt allen Vorteil den oberen Schichten.

Es ist notwendig, nicht nur die ausgesetzten Summen für die Armen beträchtlich zu vermehren, sondern auch die ganze Richtung unseres ländlichen Kreditwesens dahin zu verändern, daß den armen Bauern und den schwachen Mittelbauern billige und langfristige Kredite gesichert werden und daß das gegenwärtige System der Bürgschaften und Sicherheitsleistungen aufhört.

Genossenschaftswesen

Das Problem des sozialistischen Aufbaus auf dem Lande ist die Reform der Landwirtschaft auf der Grundlage des maschinellen, genossenschaftlichen Großbetriebs. Für die breite Masse der Bauern besteht der einfachste Weg dahin in Genossenschaftsbildung, wie es Lenin in seinem Werk „Über Genossenschaftsbildung“ beschrieben hat. Dies ist der enorme Vorteil, den die proletarische Diktatur und das Sowjetsystem dem Bauern geben. Nur eine wachsende Industrialisierung des Ackerbaus kann die breite Grundlage für dieses sozialistische Genossenschaftswesen, für diesen Kollektivismus geben. Ohne eine tech-

nische Revolution in der ganzen Art der Produktion — das heißt ohne landwirtschaftliche Maschinen, ohne Wechselwirtschaft der Fruchtarten, ohne künstliche Düngung usw. — ist kein erfolgreiches und umfassendes Arbeiten in der Richtung auf ein wirkliches Genossenschaftswesen im Ackerbau möglich.

Genossenschaftliches Einkaufen und Verkaufen wird aber nur dann ein Weg zum Sozialismus sein, wenn 1. dieser Vorgang unter dem unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Einfluß der sozialistischen Elemente, besonders der Großindustrien und der Gewerkschaften, Platz greift, und wenn 2. dieser Vorgang des genossenschaftlichen Kaufens und Verkaufens in der Landwirtschaft allmählich auch zu einem genossenschaftlichen Wirtschaften selbst führt. Der Klassencharakter der ländlichen Genossenschaften wird nicht nur durch das numerische Gewicht der verschiedenen Gruppen der zusammenarbeitenden Bauernschaft, sondern viel stärker durch das relative ökonomische Gewicht derselben bestimmt. Es ist die Aufgabe der Partei, darauf zu achten, daß ackerbauliches Genossenschaftswesen eine wirkliche Union der armen und der mittleren Bauerngruppen darstellt, und eine Waffe in dem Kampf dieser Elemente gegen die wachsende wirtschaftliche Macht des Kulaks ist. Wir müssen planvoll und beharrlich das ländliche Proletariat auf den Weg des Aufbaus der Genossenschaften hindrängen.

Ein erfolgreicher genossenschaftlicher Aufbau läßt sich überhaupt nur auf der Grundlage einer möglichst großen Unabhängigkeit der zusammenarbeitenden Bevölkerung denken. Eine wirkliche Union der Genossenschaften mit den großen Industrien und dem proletarischen Staat verlangt eine geregelte Leitung der genossenschaftlichen Organisationen unter Ausschluß aller bürokratischen Regierungsmethoden.

Durch das unverkennbare Abweichen der Parteileitung von dem echten bolschewistischen Kurs auf dem Lande

und ihr Bestreben, den wohlhabenden Bauern und den Kulak zu unterstützen, ist es mehr als jemals notwendig geworden, an die Worte unseres Parteiprogramms zu erinnern. Nach einer unzweideutigen Betonung der Wichtigkeit, die eine Union mit dem Mittelbauern für uns hat, stellt unser Programm klar und deutlich fest: „In ihrem ganzen Arbeiten auf dem Lande stützt sich die russische kommunistische Partei wie früher auf die proletarischen und halbproletarischen Bauernkräfte. Sie organisiert sie vor allem zu unabhängigen Kräften, indem sie Parteikerne in den Dörfern schafft, Organisationen der Armen, eine besondere Art von Gewerkschaften für die proletarischen und die halbproletarischen bürgerlichen Elemente usw.; indem sie sie durch alle nur möglichen Mittel mit dem städtischen Proletariat verbindet und sie dem Einfluß der bäuerlichen Bourgeoisie und der Kleinbesitzerinteressen entzieht.“

STAATSINDUSTRIE UND DER AUFBAU DES SOZIALISMUS

Das Tempo der industriellen Entwicklung „DIE EINZIGE MATERIELLE GRUNDLAGE FÜR den Sozialismus“, sagt Lenin, „ist eine ausgedehnte Maschinenindustrie, die imstande ist, den Ackerbau neu zu gestalten.“

Die Grundbedingung für eine sozialistische Entwicklung auf der gegenwärtigen, vorbereitenden Stufe und in der nun einmal vorliegenden geschichtlichen Situation — einer Umschließung durch kapitalistische Staaten und einer Verlangsamung der Weltrevolution — ist ein genügend schnelles Tempo der Industrialisierung, um in naher Zukunft die Lösung wenigstens der folgenden Probleme zu sichern:

1. Die materielle Lage des Proletariats muß absolut und relativ gebessert werden (Vergrößerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter, Herabsetzung der Zahl der Arbeitslosen, Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Klasse und besonders eine den sanitären Anforderungen genügende Vergrößerung ihres Wohnraumes).

2. Die Arbeit in der Industrie, im Transportwesen und auf den elektrischen Stationen muß zum mindesten im gleichen Maße mit den Bedürfnissen und den Hilfsquellen des ganzen Landes wachsen.

3. Die Landwirtschaft muß die Möglichkeit finden, allmählich zu einer höheren technischen Grundlage überzugehen und der Industrie einen wachsenden Zustrom von Rohmaterial zu sichern.

4. In der Entwicklung der produktiven Kräfte, in der Technik und in der Verbesserung der materiellen Bedingungen der Arbeiterklasse und der gedrückten Massen muß die Sowjetunion nicht mehr länger hinter den kapitalistischen Ländern zurückbleiben, sondern sie in naher Zukunft überflügeln.

5. Industrialisierung muß genügend stark sein, um die

Verteidigung des Landes und besonders ein entsprechendes Wachsen der Kriegin dustrien zu garantieren.

6. Die sozialistischen, staatlichen und genossenschaftlichen Elemente müssen geflissentlich vermehrt werden, um vorsozialistische wirtschaftliche Elemente hinauszudrängen, andere zu unterwerfen oder umzuformen (die Kapitalisten und Vorkapitalisten).

Trotz unseres beträchtlichen Erfolges auf den Gebieten der Industrie, des Transports und der Elek trisierung ist die Entwicklung unserer Industrie noch weit von dem entfernt, was notwendig und möglich ist. Das augenblickliche Tempo der Industrialisierung und das für die kommenden Jahre angegebene Tempo sind offensichtlich einander nicht entsprechend.

Es gibt keine Politik, und es kann natürlich keine geben, die alle unsere Schwierigkeiten auf einen Schlag beseitigt, oder es uns gestattet, eine längere Periode planmäßiger Entwicklung unserer Industrie und Kultur zu überspringen. Aber gerade unsere Rückständigkeit in Industrie und Kultur verlangt eine außergewöhnliche Anspannung von Kräften und Mitteln, eine wirkliche und rechtzeitige Flüssigmachung unseres gesamten Wohlstandes, um das Land so schnell wie möglich zu industrialisieren. Das chronische Zurückbleiben der Industrie und ebenso des Transportwesens, der Elek trisierung und des Bauwesens hinter den Anforderungen und Bedürfnissen der Bevölkerung hält den ganzen Geschäftskreislauf des Landes wie in einem Schraubstock fest. Es beschneidet eine wirksame Gütererzeugung in der Landwirtschaft und ihren Export. Es beschränkt den Import auf sehr enge Grenzen, treibt Preise und Kosten der Produktion empor, verursacht die Schwankungen unseres Geldes und verlangsamt die Entwicklung der produktiven Kräfte. Es hält alle Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats und der bäuerlichen Massen auf, führt zu einem beunruhigenden Anwachsen der Arbeitslosen und zu einer Verschlechterung

der Lebensbedingungen. Es untergräbt die Einheit von Industrie und Landwirtschaft und schwächt die Verteidigungsfähigkeit des Landes.

Das unzulängliche Entwicklungstempo der Industrie führt auch wieder zu einer Verlangsamung der landwirtschaftlichen Entwicklung. Zu gleicher Zeit ist aber keine Industrialisierung möglich ohne ein entschiedenes Anwachsen der produktiven Kräfte der Landwirtschaft und der Quantität ihrer Gütererzeugung.

Preise

Die notwendige Beschleunigung des Industriebaufbaus ist unmöglich ohne eine planmäßige und entschlossene Herabsetzung der Produktionskosten und der Groß- und Kleinhandelspreise der Industrieerzeugnisse und ohne ihre Angleichung an die Weltmarktpreise. Nur hierdurch kann eine wirkliche Entwicklung unserer Arbeit zu einer höheren technischen Basis und eine bessere Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Masse herbeigeführt werden.

Es ist Zeit, endlich dem sinnlosen und unanständigen Geschwätz, die Opposition wolle die Preise erhöhen, ein Ende zu machen. Die Partei ist völlig einmütig in dem Wunsche, die Preise zu erniedrigen. Aber der Wunsch allein genügt nicht. Politik muß nicht nach der Absicht, sondern nach dem Ergebnis beurteilt werden. Das Ergebnis unseres augenblicklichen Bemühens um eine Senkung der Preise hat selbst prominente Mitglieder der herrschenden Gruppe dazu gebracht, die Frage zu erheben: Verlieren wir mit dieser Politik nicht große Geldsummen? „Wohin ist die Billion gegangen?“ fragte Bucharin im Januar dieses Jahres. „Was geschieht mit der Differenz zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen?“ erkundigte sich Rudzutak, der nach ihm über das gleiche Thema sprach. Mit einem chronischen Warenmangel, mit einer vorübergehenden und ungeschickt bürokratischen Senkung der

Engrospreise, die in der Mehrzahl der Fälle gar nicht bis zum Arbeiter und Bauern hinabdringt, verbindet sich ein Verlust von Hunderten von Millionen Rubeln für die Staatsindustrie. Der daraus folgende Unterschied zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen ist, besonders im Privathandel, so gewaltig, daß er durchaus zu dem Plane berechtigt, einen Teil dieses Handelsgewinnes in den Händen der Staatsindustrie zurückzuhalten. Die unabweisliche Schlußfolgerung aus dem ganzen wirtschaftlichen Experiment der vergangenen Jahre ist die Forderung einer schnelleren Beseitigung dieser Mißverhältnisse, eine Vergrößerung der Menge der Industriewaren, eine Beschleunigung des Tempos der industriellen Entwicklung. Dies ist der einzige Weg zu einer wirklichen Senkung der Groß- und Kleinhandelspreise und vor allem zu einer Senkung der Produktionskosten, welche, wenigstens im letzten Jahre, eher eine Neigung nach oben als nach unten gezeigt haben.

Der Fünfjahresplan des Ausschusses für Staatsunternehmungen

(1926—1927 bis 1930—1931)

Die Frage des Fünfjahresplans der Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft, der dem kommenden fünfzehnten Parteikongreß vorliegt, sollte wirklich im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei stehen. Dieser Fünfjahresplan ist bis jetzt nicht offiziell anerkannt und wird auch schwerlich in der gegenwärtigen Form anerkannt werden. Trotzdem gibt er einen gründlichen Ausblick auf die Ideen unserer jetzigen wirtschaftlichen Führer.

Die Kapitalanlagen in der Industrie werden nach diesem Plan in den nächsten Jahren nur wenig anwachsen (von 1142 Millionen im nächsten Jahr auf 1205 Millionen im Jahre 1931). Und im Verhältnis zu der gesamten in der

nationalen Wirtschaft angelegten Summe werden sie von 36,4 Prozent auf 27,8 Prozent sinken. Die reinen Geldeinlagen in der Industrie des Staatshaushalts werden nach diesem Programm in den genannten Jahren von annähernd 200 Millionen auf 90 Millionen sinken. Von der Produktion wird angenommen, daß sie mit jedem Jahr um 4—9 Prozent über das vorhergehende Jahr ansteigt — ein Tempo des Anwachsens, wie es in kapitalistischen Ländern nur in Perioden starken Aufstiegs vorkommt. Die ungeheuern Vorteile, die in der Verstaatlichung des Bodens, der Produktionsmittel, der Banken und der zentralen Verwaltungsorgane liegen — also die ganzen aus der sozialistischen Revolution entspringenden Vorteile — finden im Fünfjahresplan kaum einen Ausdruck.

Der private Verbrauch von Industriegütern, der augenblicklich ganz armselig ist, soll während der fünf Jahre insgesamt nur um 12 Prozent steigen. Der Verbrauch von Baumwollfabrikaten, der im Jahre 1931 97 Prozent des Vorkriegsbetrages erreichen soll, wird dann noch fünfmal geringer als der Verbrauch in den Vereinigten Staaten im Jahre 1923 sein. Der Verbrauch in Kohlen wird siebenmal kleiner sein als der deutsche im Jahre 1926 und siebenzehnmal kleiner als der in den Vereinigten Staaten im Jahre 1923 sein. Der Verbrauch in Roheisen wird über viermal kleiner sein als der in Deutschland und elfundeinhalbmal kleiner als der in den Vereinigten Staaten. Die Herstellung von elektrischer Energie wird dreimal geringer als in Deutschland, siebenmal geringer als in den Vereinigten Staaten sein. Der Verbrauch an Papier wird am Ende der fünf Jahre 83 Prozent des Vorkriegsbestandes betragen. Alles dieses fünfzehn Jahre nach der Oktoberrevolution! Am Jahrestag der Oktoberrevolution einen solchen armseligen, durch und durch pessimistischen Plan einzubringen, das heißt wirklich gegen den Sozialismus arbeiten. Die durch den Fünfjahresplan vorgesehene Senkung der Kleinpreise um 17 Prozent wird, selbst wenn

man sie durchsetzt, kaum einen Einfluß auf das Verhältnis unserer Preise und der Weltpreise haben, die zweieinhalb- bis dreimal geringer sind als die unsrigen.

Aber selbst bei dieser unbedeutlichen Preissenkung (die dazu bis jetzt nur ein Projekt ist) rechnet der Fünfjahresplan darauf, daß die Industriewaren nicht imstande sein werden, den möglichen finanziellen Bedarf des Landes von 400 Millionen Rubel im Jahr zu decken. Wenn man bedenkt, daß die augenblicklichen ungeheuerlichen Engrospreise im Verlaufe von fünf Jahren um 22 Prozent gesenkt werden sollen — eine mehr als bescheidene Senkung —, so würde das allein ein Fehlen von Waren im Betrage von einer ganzen Billion verursachen. Das Mißverhältnis wird erst so recht erhalten bleiben und eine ständige Quelle des Anwachsens der Kleinverkaufspreise sein. Der Fünfjahresplan verspricht den Bauern für 1931 annähernd den Vorkriegsbetrag an Industriewaren zu einem eineinhalbmal höheren Preise. Dem Arbeiter in den großen Industrien verspricht er zum Ende der fünf Jahre eine Erhöhung der Nominallöhne um 33 Prozent, ohne die schlechtbegründete Hoffnung auf Senkung der Preise in Betracht zu ziehen. Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage soll nach dem Plane des staatswirtschaftlichen Ausschusses durch eine zweiundeinhalbfache Erhöhung der augenblicklich von den Arbeitern bezahlten Miete überwunden werden, was annähernd 400 Millionen Rubel im Jahr ausmachen würde. Indem die Beamten des wirtschaftlichen Ausschusses bei den bessergestellten Bevölkerungsschichten ein Übermaß an Kaufkraft bemerken, wollen sie diese Lage dadurch in Ordnung bringen, daß sie die realen Löhne der Arbeiter beschneiden. Es ist schwer zu glauben, daß eine solche Methode der Herstellung des Gleichgewichts auf dem Wirtschaftsmarkt von verantwortlichen Organen eines Arbeiterstaates vorgeschlagen wird! Diese ganze falsche Einstellung zwingt den Konsumenten mit Gewalt dazu, einen Ausweg in der

verhängnisvollen Richtung der Zerstörung des Monopols im ausländischen Handel zu suchen.

Die Anlage von sechs- bis siebentausend Werst neuer Schienenwege, die der Fünfjahresplan vorsieht — gegen vierzehntausend, um ein Beispiel zu nennen, die während der fünf Jahre von 1895—1900 errichtet wurden —, bedeutet eine gefährliche Verkürzung, nicht nur der Ausgaben für die sozialistische Industrialisierung, sondern auch der dringendsten wirtschaftlichen Bedürfnisse der Hauptprovinzen.

In dieser Weise, indem sie bald nach der einen, bald nach der andern Seite abweicht, sucht unsere Staatsverwaltung die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Dies ist das wirkliche Bild der politischen Richtung unserer gegenwärtigen Führerschaft.

Die Sowjetunion und die internationale kapitalistische Wirtschaft

In dem langen Kampf zwischen zwei unversöhnlichen, feindlichen Wirtschaftssystemen — dem Kapitalismus und dem Sozialismus — wird das Ergebnis in letzter Hinsicht durch das Verhältnis der Fruchtbarkeit der Arbeit unter den beiden Systemen bestimmt. Diese aber wird nach den Marktbedingungen durch das Verhältnis zwischen unseren einheimischen und den Weltpreisen beurteilt. An diese wesentliche Tatsache dachte Lenin, als er in einer seiner letzten Reden die Partei vor der kommenden „Probe“ warnte, „die uns durch den russischen Markt und den Weltmarkt auferlegt wird, der wir unterworfen und an die wir gebunden sind und von der wir uns nicht freimachen können“. Aus diesem Grunde ist die Idee Bucharins, daß wir uns in jedem Tempo, selbst in einem „Schildkröten-tempo“, nach dem Sozialismus hin entwickeln könnten, nichts als eine kleinbürgerliche Spielerei.

Wir können uns nicht vor der kapitalistischen Umgebung unter einer ausschließlich nationalen Wirtschaft verstecken. Gerade wegen ihrer Abschließung würde eine solche Wirtschaft sich nur in einem unendlich langsamen Tempo entwickeln können und infolgedessen nicht einem geschwächten, sondern einem verstärkten Druck sowohl der kapitalistischen Armeen und Flotten (der Intervention), als auch vor allem der billigen kapitalistischen Waren ausgesetzt sein.

Das Monopol des Auslandshandels ist eine notwendige Waffe für das Lebendigbleiben einer sozialistischen Entwicklung, solange die kapitalistischen Länder eine höhere Technik besitzen. Aber die jetzt in der Bildung begriffene sozialistische Wirtschaft kann dieses Monopol nur verteidigen, wenn sie sich ständig der Weltwirtschaft in der Technik, in den Produktionskosten, in der Qualität und den Preisen ihrer Produkte annähert. Das Ziel der wirtschaftlichen Führerschaft sollte nicht eine abgeschlossene sich selbst genügende Wirtschaft sein, die zu einer unvermeidlichen Senkung ihres Niveaus und ihres Entwicklungstempos kommen muß, sondern ganz im Gegenteil — ein allseitiges Anwachsen unserer relativen Bedeutung im Weltsystem, eingeleitet durch eine möglichst hohe Beschleunigung dieses Tempos.

Hierzu ist notwendig: 1. Die ungeheure Bedeutung unseres Exports zu verstehen, der jetzt in so gefährlicher Weise hinter unserer gesamten Industrieentwicklung zurückbleibt. (Der Anteil der Sowjetunion am gesamten Umsatz des Welthandels hat sich vermindert von 4,22 Prozent im Jahre 1913 auf 0,97 Prozent im Jahre 1926.) 2. Besonders unsere Politik dem Kulak gegenüber zu verändern, die es ihm ermöglicht, unseren sozialistischen Export durch ungesetzliches Anhäufen von Rohprodukten zu untergraben. 3. Unsere Verbindungen mit der Weltwirtschaft zu stärken durch eine umfassende Beschleunigung der Industrialisierung und der Stärkung der

sozialistischen Elemente gegenüber den kapitalistischen Elementen in unserer Wirtschaft; unsere begrenzten Kräfte allmählich und nach vollerwogenem Plane zu einer neuen Produktionsform hinzuleiten, die uns zunächst einmal einen Massenertrag der notwendigsten und nützlichsten Maschinen sichert.

Wenn wir unsere Hoffnung auf eine isolierte sozialistische Entwicklung und auf ein von der Weltwirtschaft unabhängiges Tempo setzen, so fälschen wir damit die ganze Perspektive. Unsere Wirtschaftsführung kommt damit aus dem richtigen Geleise und verliert die leitenden Fäden zu einer günstigen Regelung unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen. Wir können gar nicht mehr entscheiden, was wir selbst fabrizieren und was wir aus dem Auslande einführen sollen. Eine entschlossene Abkehr von der Theorie einer isolierten sozialistischen Wirtschaft führt im Verlauf weniger Jahre zu einer unvergleichlich schnelleren Ausnutzung unserer Hilfskräfte, zu einer schnelleren Industrieentwicklung, zu einem planvollen und starken Anwachsen unserer eigenen Maschinenerzeugung. Sie führt auch zu einer schnelleren Vermehrung der Zahl der beschäftigten Arbeiter und zu einer wirklichen Senkung der Preise — mit einem Wort, zu einer wahren Stärkung der Sowjetunion in der kapitalistischen Umgebung.

Wird aber das Anwachsen der Verbindungen mit dem Weltkapitalismus nicht zu einer Gefahr im Falle einer Blockade und eines Krieges führen? Die Antwort auf diese Frage geht aus allem bereits Gesagten hervor:

Die Vorbereitung zum Kriege verlangt natürlich die Schaffung einer Reserve an ausländischem Rohmaterial, soweit dies für uns und für die schnelle Entwicklung lebenswichtiger Industrien — wie z. B. der Produktion von Aluminium usw. — nötig ist. Aber die wichtigste Sache im Falle eines sich lange hinziehenden und ernsthaften Krieges ist doch der Besitz einer eigenen, möglichst hochent-

wickelten Industrie, die sowohl zur Massenproduktion wie zur schnellen Umstellung von einer Produktionsart in die andere befähigt ist. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß ein so hochentwickeltes Industrieland wie Deutschland, das mit tausend Fäden an den Weltmarkt gebunden war, eine riesenhafte Lebenskraft und Widerstandsfähigkeit entwickeln konnte, als Krieg und Blockade es auf einen Schlag von der ganzen Welt abschnitten.

Wenn wir, gestützt auf die unvergleichlichen Vorteile unserer wirtschaftlichen Struktur, jetzt den Weltmarkt dazu benutzen, um unsere industrielle Entwicklung zu beschleunigen, so werden wir einer späteren Blockade oder einer Intervention unvergleichlich besser vorbereitet und besser gewaffnet gegenüberstehen.

Keine innere Politik kann uns durch sich von der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gefahr der kapitalistischen Einkreisung befreien. Das innerpolitische Problem besteht darin, durch eine wirkliche Klassenpolitik, durch eine wirkliche Verbindung der Arbeiter und Bauern uns so stark zu machen, daß wir soweit wie möglich auf dem Wege zum sozialistischen Aufbau vorwärtsschreiten können. Die inneren Hilfsquellen der Sowjetunion sind gewaltig und machen dies durchaus möglich. Indem wir den weltkapitalistischen Markt zu diesem Zwecke benutzen, verbinden wir unsere grundlegenden historischen Berechnungen mit der kommenden Entwicklung der proletarischen Weltrevolution. Ihr Sieg in verschiedenen führenden Ländern wird den Ring der kapitalistischen Einkreisung zerbrechen und uns von unserer schweren militärischen Last befreien. Sie wird uns gewaltig auf dem Gebiete der Technik stärken, unsere ganze Entwicklung in der Stadt und auf dem Lande, in den Fabriken und Schulen beschleunigen. Sie wird uns die Möglichkeit geben, wirklichen Sozialismus zu schaffen — das heißt eine klassenfreie Gesellschaft, aufgebaut auf einer höchst entwickelten Technik und auf einer wirklichen Gleichheit

aller ihrer Mitglieder in der Arbeit und im Genuß der Arbeitsprodukte.

Wo finden wir die Mittel?

Auf die Frage, wo wir die Mittel finden sollen zu einer kühneren und mehr revolutionären Lösung des Problems einer wirklichen Industrialisierung und einer schnelleren Entwicklung der Kultur der Massen — zweier Fragen, von deren Lösung das Schicksal der sozialistischen Diktatur abhängt — antwortet die Opposition folgendes:

Das Hauptmittel findet sich in der Neuverteilung des nationalen Einkommens durch eine richtige Verwendung des Etats, des Kredits und der Preise. Ein weiteres Mittel findet sich in einer richtigen Ausnutzung unserer Verbindungen mit der Weltwirtschaft.

1. Nach dem Fünfjahresplan soll sich der staatliche und lokale Etat in fünf Jahren von 6 auf 8,9 Billionen Rubel steigern und 1931 16 Prozent des allgemeinen Einkommens betragen. Dieses wird ein kleinerer Teil des allgemeinen Einkommens sein, als in dem zaristischen Vorkriegsetat, wo er 18 Prozent betrug. Der Etat in einem Arbeiterstaate könnte nicht nur, sondern er sollte einen größeren Platz im allgemeinen Einkommen einnehmen, als ein bürgerlicher Etat. Natürlich setzt das voraus, daß er ein wirklich sozialistischer ist und neben wachsenden Ausgaben für Volkserziehung unvergleichlich größere Summen für die Industrialisierung des Landes auswirft. Allein für die Zwecke dieser Industrialisierung sollte der Etat im Verlaufe der bevorstehenden fünf Jahre auf 500 bis 1000 Millionen im Jahr kommen.

2. Das Steuersystem hält nicht Schritt mit der Vermögensansammlung in den oberen Schichten der Bauern und der neuen Bourgeoisie im allgemeinen. Es ist daher notwendig, alle Arten von übermäßigem Verdienst aus Privatunternehmungen mit einem Steuerbetrage von nicht

weniger als 150—200 Millionen Rubel, anstatt der gegenwärtigen 5 Millionen, zu belegen. Um unseren Export zu stärken, sollten bei den wohlhabenden Kulakschichten, die ungefähr 10 Prozent der bäuerlichen Besitzungen ausmachen, nicht weniger als 150 Millionen Pud Getreide gesammelt werden. Die Einsammlung sollte auf ihren Lagern, die 1926—1927 800—900 Millionen Pud enthielten und sich zum größten Teil in den Händen der oberen Bauernschichten befanden, in Form einer Anleihe vor sich gehen.

3. Es ist notwendig, wirklich eine entschiedene Politik wohldurchdachter und entschlossener Herabsetzung der Groß- und Kleinhandelspreise und einer Verminderung der Differenz zwischen ihnen durchzuführen. Und zwar muß dieses so geschehen, daß die Preisherabsetzung vor allem Objekte des ausgedehntesten Bedarfs unter den Arbeitern und Bauern trifft. (Es muß dies ohne die jetzt übliche Verschlechterung der Qualität, die schon schlimm genug ist, geschehen.) Diese Preissenkung sollte nicht die Staatsindustrie der notwendigen Reserven berauben, sondern sie sollte hauptsächlich dadurch ausgeführt werden, daß man die Warenmenge vergrößert, die Produktionskosten vermindert, die „unvorhergesehenen“ Ausgaben verringert und den bürokratischen Apparat beschneidet. Eine elastischere Politik der Preissenkung, die sich bis in Einzelheiten hinein mehr den Marktbedingungen anpaßt, würde in den Händen der Staatsindustrie riesige Summen zurückhalten, durch die jetzt Privatkapital und Handelsschmarotzertum im allgemeinen genährt werden.

4. Die Wirtschaftsleitung, die nach dem letzten Jahresmanifest Stalins und Rykows 300—400 Millionen Rubel im Jahr erzielen sollte, hat tatsächlich ganz unzulängliche Ergebnisse gezeitigt. Eine Wirtschaftsleitung ist eine Sache der Klassenpolitik und kann nur unter direktem Druck durch die Masse durchgeführt werden. Die Arbeiter müssen den Mut haben, diesen Druck auszuüben. Es ist

durchaus möglich, die nicht produktiven Ausgaben um 400 Millionen Rubel im Jahr zu senken.

5. Ein geschickter Gebrauch solcher Waffen, wie es das Monopol des ausländischen Handels, des ausländischen Kredits, der Konzessionen, der Verträge zur Beschaffung technischer Hilfe usw. sind, wird ergänzende Einnahmen liefern. Er wird auch in hohem Maße den Nutzen unserer eigenen Ausgaben vermehren, die ganze Art unserer Entwicklung mit einer neuen Technik befruchten und sie beschleunigen, um so unsere wirkliche sozialistische Unabhängigkeit gegenüber einer kapitalistischen Umgebung zu stärken.

6. Das Problem der Auswahl des Personals — und zwar von unten an bis zur höchsten Spitze — und ihrer Beziehungen zueinander ist bis zu einem gewissen Grade ein finanzielles Problem. Je schlechter das Personal ist, desto mehr Kapital verschlingt es. Eine bürokratische Leitung will von einem guten Personal und richtigen Verhältnissen darin nichts wissen.

7. Das bürokratische Aktensystem unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Leitung führt in der Praxis zum Verlust von vielen zehn Millionen. Es ist das der Preis, den wir für mangelnde Vorsorge, Uneinigkeit, kleinliche Engherzigkeit und ewiges Verschleppen bezahlen.

8. Steuereingänge allein können nicht die unaufhörlich wachsenden Anforderungen unserer öffentlichen Wirtschaft decken. Kredite müssen immer mehr ein wichtiger Hebel bei der Verteilung des öffentlichen Einkommens werden — natürlich in den Linien eines sozialistischen Aufbaues, der eine feste Valuta und einen gesunden Geldumlauf braucht.

9. Eine entschlossenerere Klassenpolitik in unserer Wirtschaft, die die Grenzen von Spekulation und Wucher einengt, würde es der Regierung und den Kreditbehörden leichter machen, private Güteransammlungen in Umlauf

zu bringen. Sie würde eine unvergleichlich weitergehende Finanzierung der Industrie durch langfristige Kredite ermöglichen.

10. Der staatliche Verkauf von Wodka wurde anfangs als ein Versuch und in der Absicht begonnen, das dadurch einkommende Geld in der Hauptsache zur Industrialisierung, und zwar zunächst für die Metallindustrie, zu verwenden. In Wirklichkeit hat die Industrialisierung durch den staatlichen Verkauf von Wodka nur an Boden verloren. Es ist notwendig, anzuerkennen, daß das Experiment vollständig versagt hat. Unter einer Sowjetverfassung ist der staatliche Wodkaverkauf nicht nur, wie unter dem Zarismus, ein Nachteil vom Standpunkte der Privatindustrie aus, sondern auch in der Hauptsache ein Nachteil vom Standpunkte der Staatsindustrie aus. Die Vermehrung von Tagen, an denen nicht gearbeitet wird, nachlässige Art der Arbeit, mangelhafte Erzeugnisse, zerbrochene Maschinen, häufigere Betriebsunfälle, Feuersbrünste, Schlägereien, Beleidigungen usw. — der Schaden aller solcher Dinge beträgt Hunderte von Millionen Rubel im Jahr. Die Staatsindustrie verliert durch den Wodka nicht weniger als der Etat durch ihn einnimmt, sie verliert aber unendlich viel mehr durch ihn, als sie in Wirklichkeit vom Etat bekommt. Die Abschaffung des staatlichen Wodkaverkaufs zu einem möglichst nahen Termin (in zwei bis drei Jahren) wird ganz von selbst die materiellen und geistigen Hilfsquellen der Industrieentwicklung vergrößern.

So lautet die Antwort auf die Frage: Wo finden wir die Mittel? Es ist nicht wahr, daß das langsame Tempo der Industrialisierung unmittelbar aus dem Mangel an Mitteln entspringt. Die Mittel sind gering, aber sie existieren. Das richtige ist, herauszufinden, was nottut.

Der Fünfjahresplan des Ausschusses für Staatsunternehmungen sollte mit aller Entschiedenheit abgelehnt und als durchaus unvereinbar mit dem Bestreben, „das Rußland der Privatindustrie, der Nep, in ein sozialistisches

Rußland umzuwandeln“, verworfen werden. Wir müssen zu einer tatsächlichen Neuverteilung der Steuerlasten auf die einzelnen Klassen kommen — indem wir sie dem Kulak und dem Nepmann, dem reichen Bauern und dem Privatkapitalisten, aufladen und die Arbeiter und Armen entlasten.

Wir müssen die relative Last der indirekten Steuern vermindern. Wir müssen in naher Zukunft den Wodkaverkauf beseitigen.

Wir müssen die Finanzen des Eisenbahntransportdienstes in Ordnung bringen.

Wir müssen die Finanzen der Staatsindustrie in Ordnung bringen.

Wir müssen die Verhältnisse in der vernachlässigten Forstindustrie, die eine Quelle eines immensen Einkommens werden könnte und sollte, zur Gesundung bringen.

Wir müssen die unbedingte Stabilität unserer Geldeinheit, des Tschervonetz, garantieren. Diese Stabilisierung verlangt auf der einen Seite eine Senkung der Preise und auf der anderen Seite einen Etat ohne Defizit. Die Ausgabe von Papiergeld, um ein Etatdefizit zu decken, darf nicht gestattet sein.

Wir müssen einen wirklich planmäßig ausgearbeiteten Etat haben, ohne Defizit, der streng und unbittlich alle Schönfärbereien und dergleichen ausschließt.

In dem Etatsjahre 1927—1928 müssen wir die Ausgaben für Landesverteidigung (zunächst für die Kriegsindustrie), für die Industrie im allgemeinen, für Elektrisierung, für Transportwesen, für Wohnungsbau, für Maßnahmen, die zur Genossenschaftsbildung in der Landwirtschaft führen, beträchtlich vermehren.

Wir müssen allen Versuchen, an dem Monopol für den auswärtigen Handel zu rütteln, entschieden Widerstand entgegensetzen.

Wir müssen einen festen Kurs einschlagen in der Richtung auf die Industrialisierung, Elektrisierung und Rationalisierung und uns dabei auf das Anwachsen der technischen Kräfte und auf eine Verbesserung der materiellen Lage der Massen stützen.

DIE SOWJETS

DER BUREAUKRATISCHE APPARAT JEDES BÜRGERLICHEN STAATES ERHEBT SICH ÜBER DIE BEVÖLKERUNG UND BEFESTIGT SEINE HERRSCHAFT, INDEM ER DER REGIERENDEN KLASSE IN IHREM GEGENSEITIGEN ZUSAMMENHALTEN HILFT UND DEN MASSES FURCHT UND UNTERTÄNIGKEIT GEGENÜBER DEN HERRSCHENDEN PREDIGT. ALS DIE OKTOBERREVOLUTION DIE ALTE STAATSMASCHINE DURCH DIE ARBEITER-, BAUERN- UND SOLDATENSOWJETS, DURCH DAS RÄTESYSTEM, ERSETZTE, HAT SIE DEM ALTEN IDOL DES BUREAUKRATISCHEN STAATES DEN SCHWERSTEN SCHLAG IN DER GESCHICHTE VERSETZT.

Unser Parteiprogramm sagt über diese Frage:

„In dem erbitterten Kampf, den die russische kommunistische Partei gegen den Bureaukratismus begonnen hat, empfiehlt sie zur vollständigen Überwindung dieses Übels folgende Maßnahmen: 1. Die obligatorische Eingliederung jedes Mitgliedes der Sowjets in eine bestimmte Arbeit in der Staatsverwaltung. 2. Einen fortwährenden Wechsel in diesen Tätigkeiten, so daß jedes Mitglied nach und nach an allen Teilen der Verwaltung Anteil nimmt. 3. Eine allmähliche Einbeziehung der ganzen arbeitenden Bevölkerung bis zum letzten Mann in die Arbeit der Staatsverwaltung. Durch eine wirkliche und allseitige Ausführung dieser Maßnahmen — die ein weiterer Schritt auf dem Wege sind, den einst die Pariser Kommune zuerst betreten hat — wird eine Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit und eine allgemeine Erhebung der kulturellen Lage der Arbeiter herbeigeführt.“

Das Problem einer Sowjetbureaukratie ist nicht nur eine Frage von roten Litzen und einem angeschwollenen amtlichen Apparat. Im Grunde ist es eine Frage der Klassenrolle, die die Bureaukratie spielt, ihrer sozialen Bindungen und Sympathien, ihrer Macht und privilegierten Stellung, ihres Verhältnisses zu dem Nepmann und dem ungelernten Arbeiter, zu der Intelligenz und zu den Analphabeten, zu der Frau der Sowjet-, „Exzellenz“ und der

unwissendsten Bauernfrau usw. Auf welcher Seite steht der Beamte? Dies ist die Grundfrage, die jeden Tag von Millionen Arbeitern durch die Erfahrungen des Alltagslebens geprüft wird.

Am Vorabend der Oktoberrevolution hat Lenin mit einem Hinweis auf die Marxische Analyse der Pariser Kommune entschieden die Ansicht betont, daß „unter einer sozialistischen Verwaltung die Menschen aufhören werden, Bürokraten zu sein, ‚Tschinowniks‘ zu sein. Sie werden insoweit aufhören, es zu sein, als wir nicht nur das Wahlprinzip bei ihnen einführen, sondern auch die Absetzung, den Grundsatz einer Bezahlung nach dem Durchschnittslohn der Arbeiter und schließlich die Ersetzung parlamentarischer Institute durch arbeitende Institute, das heißt durch solche, die Gesetze geben und sie dann auch in die Wirklichkeit umsetzen.“

In welcher Richtung entwickelt sich der Apparat des Sowjetstaates seit einigen Jahren? In der Richtung einer Vereinfachung und der Herabsetzung der Kosten? Der Proletarisierung? Nähert er sich den arbeitenden Massen in Stadt und Land? Verringert er den Abgrund zwischen den Herrschenden und den Beherrschten? Wie stehen die Dinge in bezug auf eine Durchführung größerer Gleichheit in den Lebensbedingungen? Machen wir auf diesem Gebiete Fortschritte? Es ist ganz klar, daß man auf keine einzige dieser Fragen eine bejahende Antwort geben kann. (Man braucht natürlich nicht erst zu erwähnen, daß eine tatsächliche und vollständige Gleichheit nur durch die Zerstörung der Klassen erreicht werden kann.)

In der Epoche der Nep, der Möglichkeit einer neuen Privatwirtschaft, ist die Erzielung einer Gleichheit behindert und hinausgeschoben, aber sie ist nicht unmöglich. Für uns ist die Nep nicht ein Weg zum Kapitalismus, sondern ein Weg zum Sozialismus. Darum bleibt die allmähliche Einbeziehung der ganzen arbeitenden Bevölkerung bis zum letzten Mann in das System der Staatsverwaltung,

der planmäßige Kampf um eine größere Gleichheit, unter der Nep eine der wichtigsten Aufgaben der Partei. Dieser Kampf kann nur auf der Grundlage einer wachsenden Industrialisierung des Landes und einer Zunahme der Herrschaft des Proletariats in allen Zweigen des materiellen und kulturellen Aufbaus erfolgreich sein. Dieser Kampf um eine größere Gleichheit schließt in der Übergangsperiode eine höhere Bezahlung der gelernten Arbeiter, eine Hebung der materiellen Lage der Spezialisten, keineswegs aus. Ebenso schließt er für Lehrer und dergleichen eine bessere Bezahlung aus, als sie in den bürgerlichen Staaten üblich ist.

Man muß bedenken, daß die Armee der Beamten in diesen letzten Jahren beständig an Zahl zugenommen hat. Die Beamten konsolidieren sich, erheben sich über die allgemeine Bevölkerung und verweben sich mit den wohlhabenderen Elementen in Stadt und Land. Die Erlasse von 1925, durch die unzählige ausbeutende Elemente Wahlrecht bekamen, waren nur ein klarer Ausdruck der Tatsache, daß der bürokratische Apparat bis zu seiner Spitze hinauf dem beharrlichen Drucke der wohlhabenden, kapitalansammelnden Elemente der Allgemeinheit zu erliegen beginnt. Die Aufhebung dieser Instruktionen — die tatsächlich eine Verletzung der Sowjetverfassung waren — geschah nur infolge der Kritik der Opposition. Aber die erste Wahl unter den neuen Instruktionen hat schon in einer Anzahl von Ortschaften ein von oben ermutigtes Bestreben gezeigt, die Erwerbung des Wahlrechts in den wohlhabenden Gruppen zu erleichtern. Doch nicht hierin liegt der Kernpunkt dieser Frage. Unter dem fortwährenden Anwachsen der neuen Bourgeoisie und des Kulaks und ihrer Annäherung an die Bürokratie, wie sie der falsche Kurs unserer Führerschaft mit sich bringt, bleiben der Kulak und der Nepmann, selbst wenn sie der Wahlrechte beraubt sind, doch imstande, den Verwaltungsstab und die Politik, zum mindesten der unteren

Sowjetorgane, zu beeinflussen, obgleich sie sich dabei selbst hinter der Szene halten.

Die Durchdringung der Sowjets mit den unteren Kulak-elementen und dem städtischen Bürgertum, die 1925 begann und zum Teil wieder infolge der Angriffe der Opposition zum Halt gebracht wurde, ist ein tiefgehender Prozeß, dessen Ignorierung oder Vertuschung die proletarische Diktatur mit sehr schlimmen Folgen bedrohen würde.

Die Stadtsowjets, das Hauptmittel, um die Arbeiter und die unteren Massen bis zum letzten Mann and die Aufgaben der Staatsverwaltung heranzubringen, haben in diesen letzten Jahren jede Bedeutung verloren. Dies ist der Ausdruck für eine unzweifelhafte Verschiebung des Verhältnisses der Klassenkräfte zum Nachteil des Proletariats. Man kann solche Erscheinungen nicht einfach durch eine von oben herab angeordnete behördliche „Neubelebung“ überwinden. Man kann ihnen nur durch eine feste Klassenpolitik entgegentreten — durch einen entschiedenen Kampf gegen die neuen Ausbeuter und eine stärkere Betätigung und Bewertung des Proletariats in allen Einrichtungen und Organen des Sowjetstaates ohne Ausnahme.

Die „Theorie“ Molotows, wir könnten nicht ein Heranziehen des Arbeiters an den Staat und des Staates an den Arbeiter fordern, weil ja der Staat schon in sich ein Arbeiterstaat sei, ist die boshafteste bürokratische Formel, die man sich vorstellen kann. Sie sanktioniert von vornherein jede nur mögliche bürokratische Verschlechterung. Jede Kritik einer solchen antileninistischen Theorie — einer Theorie, die die offene oder geheime Sympathie breiter Kreise des Sowjet beamtentums genießt — wird unter der gegenwärtigen Führerschaft als eine sozialdemokratische Ketzerei bezeichnet. Aber eine schroffe Verurteilung dieser und aller ähnlicher Theorien ist eine unumgängliche Bedingung für jeden wirklichen Kampf

gegen bürokratische Übel. Ein solcher Kampf besteht nicht einfach darin, eine bestimmte Anzahl von Arbeitern zu Beamten zu machen. Er besteht darin, den gesamten staatlichen Apparat mit seiner ganzen täglichen Arbeit an die Arbeiter und die ärmeren Bauern heranzubringen.

Der augenblickliche behördliche Kampf gegen den Bürokratismus, der nicht auf der Klassentätigkeit der Arbeiter beruht, sondern diese durch eine Tätigkeit des Apparates selbst zu ersetzen sucht, wird und kann keine durchgreifenden Resultate ergeben. In vielen Fällen wird er sogar den bestehenden Bürokratismus fördern und verstärken.

Im inneren Leben der Sowjets kann man auch in den letzten Jahren eine Reihe von durchaus reaktionären Prozessen beobachten. Die Sowjets haben immer weniger und weniger mit der Entscheidung wichtiger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Fragen zu tun. Sie werden immer mehr zu Anhängseln der Exekutivausschüsse und des Präsidiums. Die eigentliche Regierung konzentriert sich vollständig in der Hand des Präsidiums. Die Diskussion über Probleme auf den großen Sowjetversammlungen sind bloße Scheindiskussionen. Zu gleicher Zeit wird die Periode zwischen den Wahlen der Sowjetorgane verlängert, und die Unabhängigkeit dieser Organe von der Masse der Arbeiter dadurch verstärkt. Alles dieses vermehrt in hohem Maße den Einfluß der behördlichen Elemente auf die Entscheidung aller Fragen.

Die Leitung von riesigen Abteilungen der städtischen Wirtschaft liegt oft in der Hand von einem oder von zwei Kommunisten, die sich ihren eigentlichen Stab und ihre eigenen Spezialisten wählen und manchmal ganz von ihnen abhängig werden. Es ist keine richtige Heranbildung der Sowjetmitglieder vorhanden. Sie lernen nicht die Arbeit vom Boden bis zur Spitze hinauf kennen. Daher kommt die fortwährende Klage über den Mangel an

erfahrenen Arbeitern im Sowjetapparat. Daher auch das noch immer zunehmende Abgeben der Macht an das Beamtentum.

Die gewählten Führer und Leiter auf wichtigen Gebieten der Sowjetarbeit werden beim ersten Konflikt mit dem Präsidenten des Sowjets entfernt. Sie werden noch schneller im Fall eines Konflikts mit dem Sekretär des Provinzausschusses der Partei entfernt. Infolgedessen ist das Wahlprinzip zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken, und die Verantwortlichkeit gegenüber den Wählern verliert jeden Sinn.

Es ist notwendig:

1. Eine feste Politik des Kampfes gegen das Beamtentum zu unternehmen, diesen Kampf durchzuführen, wie Lenin es getan hätte, nämlich ihn zu einem wirklichen Krieg zu machen gegen die Ausbeutungsbestrebungen der neuen Bourgeoisie und des Kulak durch eine ständige Entwicklung der Arbeiterdemokratie in der Partei, in den Gewerkschaften und in den Sowjets.

2. Das Programm anzunehmen, den Arbeiter, den Tagelöhner, den armen und mittleren Bauern — gegen den Kulak — in engen Kontakt mit dem Staat zu bringen, und den ganzen Staatsapparat bedingungslos den Lebensinteressen der arbeitenden Massen dienstbar zu machen.

3. Als Grundlage für eine Neubelebung der Sowjets die Klassentätigkeit der Arbeiter, der Tagelöhner, der armen und mittleren Bauern zu heben.

4. Die Stadtsowjets in wirkliche Organe proletarischer Macht und in Werkzeuge zur Einführung der breiten Massen in die Regierungsarbeit des sozialistischen Unternehmens umzuwandeln — die Kontrolle der Stadtsowjets über die Arbeit der provinzialen Vollzugsausschüsse und der ihnen unterstellten Organe wirklich und nicht nur in Worten in die Tat umzusetzen.

5. Ein für allemal mit der Entfernung gewählter Sowjetbeamter aufzuhören, ausgenommen, wenn eine wirkliche

und unbedingte Notwendigkeit vorliegt, in welchem Falle aber der Grund den Wählern klargemacht werden müßte.

6. Wir müssen es dahin bringen, daß der rückständigste ungelernte Arbeiter und die unwissendste Bauernfrau durch eigene Erfahrung überzeugt werden, daß sie in jedem beliebigen staatlichen Institut Aufmerksamkeit, Rat und alle mögliche Hilfe finden.

DIE NATIONALE FRAGE

DIE VERLANGSAMUNG DES ALLGEMEINEN TEMPOS der sozialistischen Entwicklung; das Anwachsen der neuen Bourgeoisie in Stadt und Land; die Stärkung der bürgerlichen Intelligenzschichten; die Vermehrung des Bureaukratismus in den staatlichen Organen; die schlechte Parteileitung; und in Verbindung mit alledem das Anschwellen eines Großmachtchauvinismus und ein nationalistisches Denken im allgemeinen — alles dieses findet seinen höchst ungesunden Ausdruck in dem Problem der Nationalitäten und der autonomen Republiken innerhalb der Sowjetunion. Die Schwierigkeiten verdoppeln sich dadurch, daß in einigen dieser Republiken noch Überreste einer vorkapitalistischen Kultur vorhanden sind.

Unter der neuen Wirtschaftspolitik verstärkt sich die Rolle des Privatkapitals mit besonderer Schnelligkeit in den industriell rückständigen Grenzgebieten. Hier verlassen sich die wirtschaftlichen Organe oftmals ganz und gar auf die Privatkapitalisten. Sie setzen Preise fest, ohne die wirkliche Lage der armen und mittleren Bauernmassen zu beachten. Sie senken künstlich die Löhne der ländlichen Arbeiter. Sie verbreiten maßlos das System privater Vermittlungsagenturen zwischen den Industrien und den Bauern, die Rohmaterial brauchen. Sie leiten die Genossenschaften in die Richtung größerer Dienstleistungen gegenüber den reichen Schichten in den Dörfern. Sie vernachlässigen die Interessen jener besonders rückständigen Gruppe, der Viehzüchter und Kleinviehzüchter. Die wichtigste Aufgabe — die Durchführung einer planmäßigen Industrieentfaltung, besonders in der Bearbeitung ländlicher Rohprodukte — bleibt vollständig im Hintergrund.

Bureaukratismus, gestützt auf Großmachtchauvinismus, hat es dahin gebracht, die Sowjetzentralisierung zu einer Quelle von Streitereien über die Verteilung von behördlichen Stellen unter den Nationalitäten zu machen (die südkaukasische Föderation). Er hat die Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Grenzbezirken verdorben.

Er hat ganz unbestreitbar den Begriff des Sowjets der Nationalitäten zu einem Nichts herabgesetzt. Er hat die bürokratische Bevormundung der autonomen Republiken so weit gebracht, daß diese nicht einmal mehr das Recht haben, Landstreitigkeiten zwischen der eingeborenen und der russischen Bevölkerung zu entscheiden. Bis zum heutigen Tag bleibt dieser Großmachtchauvinismus, besonders wie er sich durch den Regierungsapparat ausdrückt, der Hauptgegner eines Zusammenrückens und Verschmelzens der Arbeiter verschiedener Nationalitäten.

Eine wirkliche Unterstützung der Armen, ein engeres Band zwischen den mittleren Bauern, den armen Bauern und den Landarbeitern, eine Organisierung der letzteren zu einer unabhängigen Klassenmacht — alles dieses ist von besonderer Wichtigkeit in den nationalen Territorien und Republiken. Ohne eine wirkliche Organisation der Landarbeiter, ohne genossenschaftliche und organisatorische Zusammenfassung der Armen, laufen wir Gefahr, unsere rückständigen östlichen Regionen in ihrem herkömmlichen Zustand der Sklaverei zu lassen und unsere Parteizentren in diesen Regionen ganz der ehrlichen Mitglieder aus den unteren Klassen zu berauben.

Es sollte die Aufgabe der Kommunisten im Bereich der mehr rückständigen oder gerade erwachenden Nationalitäten sein, den Prozeß des nationalen Erwachens in sowjetsozialistische Kanäle zu leiten. Wir sollten die arbeitende Masse für das wirtschaftliche und kulturelle Werk des Aufbaus heranziehen, besonders durch die Entwicklung der lokalen Sprachen und Schulen und durch Nationalisierung des Sowjetapparates.

In Regionen, in denen eine Reibung mit andern Nationalitäten oder nationalen Minderheiten herrscht, wird der Nationalismus, wenn er von einem Anwachsen bürgerlicher Elemente begleitet ist, oft ganz aggressiv. In solchen Fällen wird die Nationalisierung meist auf Kosten der nationalen Minderheiten durchgeführt. Grenzfragen wer-

den zu einer Quelle nationalen Grolls. Die Atmosphäre in der Arbeit der Partei, des Sowjet und der Gewerkschaften ist dann durch Nationalismus vergiftet.

Ukrainisierung, Türkisierung usw. kann auf richtige Weise nur nach Ausrottung der bürokratischen Bestrebungen und Großmachtneigungen in den Einrichtungen und Organen der Union durchgeführt werden. Sie kann nur dann in richtiger Weise fortschreiten, wenn die beherrschende Rolle des Proletariats in der nationalen Republik gewahrt bleibt, wenn wir uns auf die unteren Klassen stützen und einen unaufhörlichen und unerbittlichen Kampf gegen den Kulak und die chauvinistischen Elemente führen.

Diese Fragen sind besonders wichtig in solchen industriellen Zentren, wie der Donniederung oder in Baku, deren proletarische Bevölkerung in ihrer breiten Masse eine andere Nationalität hat, als das umgebende Land. In diesen Fällen verlangt eine richtige kulturelle und politische Beziehung zwischen Stadt und Land ein besonders aufmerksames und echt brüderliches Achten der Städte auf die materiellen und geistigen Bedürfnisse des anders gearteten Landes, ferner einen entschlossenen Widerstand gegen jeden bürgerlichen Versuch, zwischen Stadt und Land durch bürokratische Anmaßung gegenüber den ländlichen Bezirken, oder durch den reaktionären Haß des Kulak gegen die Stadt einen Keil zu treiben.

Unsere bürokratische Regierung überläßt die Rolle, eine oberflächliche Schein„nationalisierung“ vorzutäuschen, ganz den Beamten, Ingenieuren und kleinbürgerlichen Lehrern, die durch unzählige wirtschaftliche und kulturelle Fäden mit den oberen Schichten von Stadt und Land verbunden sind. Dies reißt den eingesessenen Armen aus der Partei und dem Sowjetverband und treibt ihn in die Arme der Handelsbourgeoisie, der Wucherer, der reaktionären Priester und feudalpatriarchalischen Elemente. Zur gleichen Zeit wirft unsere bürokratische Leitung die echt kommunistischen Elemente in der Nationalität zum

Tor hinaus, verfemt sie als Ketzer und verfolgt sie auf jede nur mögliche Art. Dies erlebte zum Beispiel eine bedeutende Gruppe alter georgischer Bolschewisten, die sich das Mißfallen der Stalingruppe zuzogen und von Lenin in seiner letzten Lebenszeit glühend verteidigt wurden.

Die durch die Oktoberrevolution ermöglichte Erhebung der arbeitenden Massen der nationalen Republiken und Territorien ist der Grund, warum diese Massen nach einer unmittelbaren und freien Teilnahme am öffentlichen Leben streben. Unsere bürokratische Regierung versucht diese Teilnahme dadurch zu lähmen, daß sie die Massen durch ihr Geschrei über lokalen Nationalismus erschreckt.

Der zwölfte Kongreß unserer Partei betonte die Notwendigkeit eines Kampfes gegen „die Überbleibsel von Großmachtchauvinismus“, gegen „die wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheit der Nationalitäten innerhalb der Sowjetunion“, gegen „die Überbleibsel von Nationalismus in einer ganzen Reihe von Völkern, die das schwere Joch russischer Unterdrückung ertragen haben“. Die vierte Konferenz der Partei mit den verantwortlichen Leitern der nationalen Republiken und Territorien (1923) erklärte, es sei „die Bildung und Entwicklung von kommunistischen Organisationen unter den proletarischen und halbproletarischen Elementen der lokalen Bevölkerung in den nationalen Republiken und Territorien ein Grundproblem der Partei“. Die Konferenz betonte einmütig, daß Kommunisten, die vom Zentrum nach den rückwärtigen Republiken und Territorien gingen, nicht die Rolle von „Pädagogen und Kindermädchen, sondern von Helfern“ zu spielen hätten. Während der letzten Jahre hat sich die ganze Sache genau in entgegengesetzter Richtung entwickelt. Die Häupter des nationalen Parteiapparats nehmen, geleitet durch das Sekretariat des Zentralaussschusses, die tatsächliche Entscheidung aller Partei- und Sowjetfragen auf sich. Sie machen die wirklichen Arbeiter der Nationalitäten zu einer Art Zweiterklasse-Kommunisten,

die man bei dem Geschäft nur zuläßt, damit sie eine rein formale, repräsentative Rolle spielen (Krim, Kasakstan, Turkmenistan, Tartarei, die Bergprovinzen des nördlichen Kaukasus usw.). Eine von oben betriebene künstliche Einteilung aller lokalen Parteiarbeiter in „Rechte“ und „Linke“ wurde eigens geschaffen, um es dem durch die Zentralleitung ernannten Sekretär zu ermöglichen, nach Wahl über beide Gruppen zu verfügen.

Auf dem Gebiete unserer Nationalitätenpolitik ist es ebenso wie auf andern Gebieten notwendig, zu dem leninistischen Standpunkt zurückzukehren:

1. Man muß sich viel bewußter und gründlicher bemühen, die nationalen Zwistigkeiten zwischen den Arbeitern verschiedener Völkerschaften zu überwinden — vor allem durch eine besondere Rücksicht auf neu angekommene „nationale“ Arbeiter, indem man ihnen in der Arbeit hilft und ihre Lebens- und Kulturbedingungen verbessert. Man muß immer bedenken, daß der wirkliche Hebel zur Überleitung der rückständigen nationalen Distrikte in das Sowjetwerk des Aufbaus das Schaffen und Entwickeln proletarischer Zellkerne in der lokalen Bevölkerung ist.

2. Man muß in den wirtschaftlichen Fünfjahresplan ein schnelleres Tempo der Industrieentwicklung gerade in den rückwärtigen Grenzgebieten hineinbringen und einen Fünfzehnjahresplan aufstellen, der die Interessen der nationalen Republiken und Territorien mehr beachtet. Man muß unsere Handelspolitik mehr der Förderung von Spezialkulturen unter den armen und mittleren Besitzern anpassen (Baumwolle in Zentralasien, Tabak in der Krim, in Abchas usw.). Die Politik des genossenschaftlichen Kredits und die der Bodenverbesserung (in Zentralasien, im südlichen Kaukasus usw.) sollten streng nach den Regeln des Klassenkampfes und im Sinne des sozialistischen Aufbaus durchgeführt werden. Eine größere Aufmerksamkeit sollte auf die Entwicklung der Viehzuchtgenossen-

schaften und auf das Problem der Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichem Rohmaterial gerichtet werden. Unsere ganze Kolonisierungspolitik sollte in ehrlicher Weise die Fragen der Nationalitäten berücksichtigen.

3. Man muß überall in den Sowjets, in der Partei, den Gewerkschaften und Genossenschaften die Nationalisierung durchführen, ohne dabei die Bedeutung der Klassenpolitik und der internationalen Beziehungen außer acht zu lassen. Man muß einen wirklichen Kampf beginnen gegen die schlechte Lage der Ansiedler in den Wirkungskreisen der staatlichen, genossenschaftlichen und sonstigen Organe und alle bürokratischen Einmischungen in die Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Grenzbezirken verhindern.

4. Jedes Hindernis, das einer möglichst vollständigen Vereinigung und Verschmelzung der Arbeiter verschiedener Nationalitäten in der Sowjetunion auf der Grundlage des sozialistischen Aufbaus und der internationalen Revolution entgegensteht, sollte planmäßig entfernt und es sollte ein entschiedener Kampf gegen den mechanischen Druck der vorherrschenden nationalen Sprache auf die Arbeiter und Bauern anderer Nationalitäten begonnen werden. In sprachlichen Fragen sollten die arbeitenden Massen volle Freiheit der Wahl haben. Die wirklichen Rechte jeder nationalen Minderheit müßten in den Provinzen jeder nationalen Republik garantiert sein, und vor allem müßte man dabei auf außergewöhnliche Verhältnisse achten, wie sie zwischen früher unterdrückten Nationalitäten und den Nationalitäten, die einst ihre Unterdrücker waren, sich bilden können.

5. Ein demokratisches Verhalten im innern Parteileben aller nationalen Republiken und Territorien; eine unbedingte Vermeidung aller Bevormundungen von Nicht-russen, besonders durch Behörden; eine Verwerfung der Politik der Zwangseinteilung der nichtrussischen Kommunisten in rechte und linke; eine höchst sorgsame För-

derung und Unterrichtung der Parteimitglieder aus den unteren proletarischen und halbproletarischen Schichten.

6. Eine Verwerfung aller neubürgerlichen Tendenzen und Großmachtbestrebungen — besonders im Zentralkommissariat und in den Staatsbehörden im allgemeinen. Ein Erziehungskampf gegen lokalen Nationalismus auf der Grundlage einer klaren und beharrlichen Klassenpolitik in der nationalen Frage.

7. Umgestaltung der Nationalitätensowjets in wirklich funktionierende Organe, die mit dem Leben der nationalen Republiken und Territorien verbunden und tatsächlich imstande sind, ihre Interessen zu verteidigen.

8. Gleichmäßige Beachtung der nationalen Frage in der Gewerkschaftsarbeit und der Frage der Bildung nationaler proletarischer Verbände. Die Geschäftsführung in diesen Verbänden sollte in der lokalen Sprache vor sich gehen, und die Interessen aller Nationalitäten und nationalen Minderheiten sollten darin geschützt werden.

9. Keinerlei Wahlrechte unter irgendwelchen Umständen für ausbeutende Elemente.

10. Die fünfte Nationalitätenkonferenz müßte auf der Grundlage einer wirklichen Vertretung der unteren Klassen einberufen werden.

11. Lenins Brief über das nationale Problem, der eine Kritik des Stalinschen Kurses in dieser Frage enthält, sollte in der Presse veröffentlicht werden.

DIE PARTEI

KEINE PARTEI DER WELTGESCHICHTE HAT JE einen so gewaltigen Sieg errungen wie unsere Partei, die nun seit zehn Jahren an der Spitze eines Proletariats gestanden und seine Diktatur durchgeführt hat. Die russische kommunistische Partei ist das wesentlichste Werkzeug der proletarischen Revolution. Die russische kommunistische Partei ist die führende Partei der Komintern, der kommunistischen Internationale. Keine andere Partei trug jemals eine solche weltbedeutende, historische Verantwortung wie die unsrige. Aber gerade aus diesem Grunde und wegen der Macht, über die sie verfügt, sollte unsere Partei furchtlos ihre eigenen Fehler kritisieren. Sie sollte ihre schwachen Seiten aufdecken und die Gefahr einer tatsächlichen Entartung klar ins Auge fassen, um bei Zeiten Maßregeln zu ihrer Verhinderung zu ergreifen. So wurde es immer zur Zeit Lenins gehalten, der uns stets vor der Gefahr gewarnt hat, zu einer „Partei von eingebildeten Pedanten“ zu werden. Indem wir das folgende Bild der augenblicklichen Lage unserer Partei mit allen ihren dunklen Seiten geben, drücken wir, die Opposition, die feste Hoffnung aus, daß die Partei mit einer echten leninistischen Politik ihre Schwächen überwinden und sich zur Höhe ihrer historischen Aufgabe aufschwingen kann.

1. Die soziale Zusammensetzung unserer Partei hat sich während der letzten Jahre dauernd verschlechtert. Am 1. Januar 1927 hatten wir in der Partei in runden Zahlen:

Wirklich in der Industrie und im Transportwesen	
beschäftigte Arbeiter	430000
In der Landwirtschaft und bei Bauern beschäf-	
tigte Arbeiter.	15700
Bauern (von denen mehr als die Hälfte jetzt	
Regierungsangestellte sind)	303000
Beamte (von denen die Hälfte ehemalige Arbeiter	
sind)	462000

So bestand unsere Partei am 1. Januar nur zu einem Drittel aus in Betrieben beschäftigten Arbeitern und zu zwei Dritteln aus Bauern, Beamten, früheren Arbeitern und „Verschiedenen“.

In den letzten anderthalb Jahren hat unsere Partei ungefähr 100000 Arbeiter aus den Betrieben verloren. Die „automatischen“ Austritte aus der Partei betrugen 1926 25000 kommunistische Mitglieder, von denen 76,5 Prozent Industriearbeiter waren. Der kürzlich erfolgte, sog. „Aussiebungsprozeß“, der die neue Eintragung der Mitglieder begleitete, verursachte nach den offiziellen Angaben (die zweifellos die Tatsachen abschwächen) eine Ausscheidung von etwa 80000 Mitgliedern, meist von Industriearbeitern, aus der Partei. „In relativen Zahlen umfaßt die Neueintragung beim Beginn des jetzigen Jahres 93,5 Prozent der Parteimitglieder.“ So wurden durch den einfachen Prozeß einer neuen Registrierung 6,5 Prozent der gesamten Parteimitgliedschaft (das heißt etwa 80000 Mitglieder) „ausgesiebt“. Unter diesen „Ausgesiebteten“ befanden sich etwa 50 Prozent gelernte und mehr als ein Drittel angelernte Arbeiter. Der Versuch des Apparats des Zentralausschusses, diese schon genügend verkleinerten Angaben noch weiter abzuschwächen, hatte offenbar keinen Erfolg. Als Gegengewicht zu unserem „leninistischen Vorwärtstreiben“ haben wir ein stalinistisches „Aussieben“.

Auf der anderen Seite sind seit dem vierzehnten Kongreß 100000 Bauern, in der Mehrzahl Mittelbauern, in die Partei aufgenommen worden. Der Prozentsatz der Landarbeiter ist ganz geringfügig.

2. Die soziale Zusammensetzung der leitenden Organe der Partei hat sich noch mehr verschlechtert. In den Uyesdausschüssen (den kleinen Distriktausschüssen) sind 29,5 Bauern (der Herkunft nach); 24,4 Prozent sind geistige Arbeiter usw.; 81,8 Prozent der Mitglieder dieser Ausschüsse sind Angestellte in den staatlichen Institu-

tionen. Die Zahl der Industriearbeiter in den Stäben dieser regierenden Parteiorgane ist fast gleich Null. In den Oblast- und Guberniaausschüssen (den mittleren und größeren Distriktsausschüssen) beträgt sie 13,2 Prozent; in den Uyesdausschüssen 9,8 bis 16,1 Prozent.

In der Partei selbst sind ungefähr ein Drittel der Mitglieder Industriearbeiter, und in den entscheidenden Organen der Partei sind es nur ein Zehntel. Dies bildet eine schwere Gefahr für die Partei. Die Gewerkschaften sind den gleichen Weg gegangen. Man sieht daraus, welch einen riesigen Teil der Macht die aus kleinbürgerlichen Kreisen kommenden „Verwaltungsbeamten“ und ebenso die „Arbeiterbureaukraten“ uns schon genommen haben. Es ist dies der sicherste Weg zur „Entproletarisierung“ der Partei.

3. Die Bedeutung der Sozialrevolutionäre und Menschewisten im Parteiapparat und in den leitenden Posten im allgemeinen hat zugenommen. Zur Zeit des vierzehnten Kongresses waren 38 Prozent der verantwortlichen und leitenden Personen in unserer Presse solche, die von andern Parteien zu uns gekommen waren. Zur Zeit sind die Verhältnisse noch schlimmer. Die tatsächliche Leitung der bolschewistischen Parteipresse befindet sich entweder in den Händen der revisionistischen Schule der „Jungen“ (Sliepkow, Stietzki, Marietzki und anderer) oder früherer Mitglieder anderer Parteien. Ungefähr ein Viertel von solchen an der Spitze der Parteileitung Befindlichen sind führende Sozialrevolutionäre und Menschewisten.

4. Bureaukratismus wächst auf allen Gebieten, aber ihr Anwachsen ist besonders verderblich in der Parteileitung. Der heutige Parteibureaukrat betrachtet die Dinge in folgender Art:

„Wir haben Parteimitglieder, die nur sehr unzulänglich die Partei, wie sie wirklich ist, verstehen. Sie glauben die Partei erhebt sich aus der Ortschaft — Ortschaft ist der erste Stein, dann kommt der Rayonausschuß, und es geht

immer höher und höher, bis man zum Zentralausschuß kommt. Das ist nicht richtig(!!!). Unsere Partei muß von der Spitze herab betrachtet werden. An dieser Anschauung muß in allen praktischen Beziehungen und beim ganzen Parteiwerk festgehalten werden.“

Die Definitionen über innerparteiliche Demokratie, die uns Genossen von größter Verantwortlichkeit wie Uglanow, Molotow, Kaganowitsch usw. gegeben haben, kommen im wesentlichen zu der gleichen Auffassung.

Diese neue Auffassung ist aber außerordentlich gefährlich. Wenn unsere Partei wirklich „von oben herab betrachtet werden müßte“, dann wäre sie überhaupt keine leninistische Partei, keine Partei der Arbeitermassen mehr.

5. In den letzten paar Jahren hat unter Verletzung der ganzen Tradition der bolschewistischen Partei, unter Verletzung der direkten Beschlüsse einer Reihe von Parteikongressen, eine systematische Zerstörung der innerparteilichen Demokratie stattgefunden. Das wirkliche Wählen von Beamten ist in der jetzigen Praxis im Aussterben begriffen. Die organisatorischen Grundsätze des Bolschewismus werden bei jedem Schritt verfälscht. Die Parteiverfassung wird planmäßig geändert, um die Befugnisse der Leitung zu vergrößern und die Rechte der gewöhnlichen Parteigenossen zu vermindern. Die Wahltermine der verschiedenen Bezirksausschüsse sind durch den Zentralausschuß um ein, um zwei und mehr Jahre verschoben worden.

Die Häupter der höheren Ausschüsse sind tatsächlich unabsetzbar geworden, indem sie für Perioden von drei bis fünf Jahren und mehr ernannt werden. Das Recht der Parteimitglieder, bei „grundsätzlichen Zwistigkeiten an den Gerichtshof der ganzen Partei appellieren zu dürfen“, ist in Wirklichkeit aufgehoben. Die Kongresse und Konferenzen werden einberufen, ohne daß vorher (wie es immer

unter Lenin gehalten wurde) eine freie Besprechung aller Fragen durch die ganze Partei stattfand. Das Verlangen nach einer solchen Besprechung wird als eine Verletzung der Parteidisziplin behandelt. Vollständig vergessen ist das Wort Lenins, daß „der Bolschewisten,stab‘ wirklich getragen werden muß durch die Armee, die ihrem Stabe folgt, aber zur gleichen Zeit ihren Stab leitet“.

Als eine natürliche Begleiterscheinung des jetzigen allgemeinen Kurses greift in der Partei der äußerst bezeichnende Prozeß um sich, die alten Parteimitglieder auszuschließen, die die zaristische Periode oder wenigstens den Bürgerkrieg durchgemacht haben und unabhängig genug sind, ihre eigenen Ansichten zu haben. Man ersetzt sie durch neue Elemente, die sich vor allem durch ihren unbedingten Gehorsam auszeichnen. Dieser Gehorsam der, von oben herab unter dem Namen einer revolutionären Disziplin kultiviert wird, hat in Wirklichkeit ganz und gar nichts mit revolutionärer Disziplin zu tun. Nicht selten sind neue Kommunisten aus der Zahl jener Arbeiter ausgewählt worden, die sich stets durch ihre Unterwürfigkeit gegenüber den alten zaristischen Autoritäten ausgezeichnet hatten, und sie stiegen nun zu leitenden Stellungen in den Lokalverbänden der Arbeiterklasse und in der Verwaltung empor. Sie schmeicheln sich ein durch ihr scharf feindliches Verhalten gegen die alten Arbeitermitglieder, gegen die Führer der arbeitenden Klasse in den schwersten Augenblicken der Revolution.

Dieselbe Erscheinung zeigt sich in einer viel häßlicheren Form im staatlichen Apparat, wo man oft die vollendete Figur des echten, streberischen Sowjetbeamten trifft. Bei feierlichen Gelegenheiten schwört er auf den Oktobertag; er zeichnet sich durch eine vollständige Gleichgültigkeit gegen die ihm übertragene Aufgabe aus; er lebt mit allen Wurzeln in einem bürgerlichen Milieu, schimpft im Privatleben auf die Parteiführer, und auf Parteiversammlungen „besorgt er es“ der Opposition.

Die wirklichen Rechte eines führenden Parteimitgliedes, vor allem des Sekretärs, sind sehr viel größer als die tatsächlichen Rechte von Hunderten von untenstehenden Mitgliedern. Diese zunehmende Ersetzung der Partei durch ihren eigenen Beamtenapparat wird befördert durch eine „Theorie“ Stalins, die den für jeden Bolschewisten unverletzlichen leninistischen Grundsatz leugnet, daß die Diktatur des Proletariats nur durch eine Diktatur der Partei durchgeführt werden kann und soll.

Das Aussterben des demokratischen Verhaltens im innerparteilichen Leben führt zum Aussterben der Arbeiterdemokratie im allgemeinen — sowohl in den Gewerkschaften wie in allen andern nicht parteilichen Massenorganisationen.

Innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten werden verzerrt. Eine bösertige Polemik wird durch Monate und Jahre hindurch gegen die Ansichten von Bolschewisten geführt, die als die Opposition denunziert werden. Und diesen Bolschewisten ist es nicht gestattet, ihre wirklichen Ansichten in den Spalten der Parteipresse zu veröffentlichen. „Genossen“ dagegen, die gestern noch Menschenwisten, Sozialrevolutionäre, Kadetten und Zionisten waren, attackieren und verleumden in den Spalten der Prawda Dokumente, die dem Zentralausschuß durch dessen Mitglieder vorgelegt worden sind. Sie reißen einzelne Sätze in diesen Dokumenten aus dem Zusammenhang heraus und verdrehen sie. Aber die Dokumente selbst werden nie gedruckt. Örtliche Parteiversammlungen werden gezwungen, gegen Dokumente, die ihnen völlig unbekannt sind, Anklage zu erheben.

Die Partei ist gezwungen, unsere Zwistigkeiten auf der Grundlage von offiziellen „Auslegungen“ und Auszügen zu beurteilen, die oft sowohl unverständlich wie falsch und für jedermann ekelzerregend sind. Der Ausspruch Lenins, „Wer an Dinge glaubt auf ein bloßes Gerede hin, ist ein hoffnungsloser Idiot“, ist durch eine neue Formel

ersetzt worden: „Wer nicht an das offizielle Gerede glaubt, ist ein Oppositionist.“ Industriearbeiter, die zur Opposition neigen, müssen für ihre Meinung mit Arbeitslosigkeit bezahlen. Die einfachen Parteimitglieder dürfen ihre Meinung nicht laut aussprechen. Alte Parteiarbeiter werden ihrer Rechte beraubt, sich in der Presse oder auf den Versammlungen auszusprechen.

Bolschewisten, die die Ideen Lenins verteidigen, werden verleumderisch angeschuldigt, sie wollten „zwei Parteien“ schaffen. Diese Anschuldigung ist ausdrücklich erfunden worden, um die Arbeiter, die natürlich mit Leidenschaft die Einheit ihrer Partei verteidigen, gegen die Opposition aufzubringen. Jedes Wort der Kritik gegen die groben menschewistischen Fehler Stalins (bei den Problemen der chinesischen Revolution, dem anglorussischen Ausschuß usw.) wird als ein „Kampf gegen die Partei“ bezeichnet. Dies alles, obgleich Stalin die Partei niemals vorher befragt hat, weder in bezug auf seine Politik in China, noch wegen eines andern wichtigen Problems. Diese Beschuldigung, die Opposition strebe danach, „zwei Parteien“ zu schaffen, wird täglich von Leuten wiederholt, deren eigene Absicht es ist, aus der Partei die bolschewistisch-leninistischen Mitglieder hinauszudrängen, um eine freie Hand zur Durchführung ihrer opportunistischen Politik zu haben.

6. Fast die ganze erziehliche Arbeit der Partei und das ganze Unternehmen der Verbreitung politischer Bildung ist jetzt hinabgedrängt auf ein allgemeines Hetzen gegen die Opposition. Die Methode der Überzeugung ist nicht nur fast gänzlich durch eine Methode des Zwangs ersetzt worden, sie wird auch noch durch die Methode der Täuschung der Partei ergänzt. Seitdem man die Parteierziehung auf eine einfache offizielle Propaganda hinabgedrängt hat, geht die allgemeine Tendenz dahin, sie überhaupt zu vermeiden. Der Besuch der Versammlungen, der Parteischulen und Kurse, ist, da sie nur noch der Hetze gegen die Opposition dienen, außerordentlich gesunken.

Die Partei beginnt passiven Widerstand gegen den gegenwärtigen, falschen Kurs ihres Apparats auszuüben.

7. In der Partei sind aber nicht nur Streberei, Bürokratismus und Bevorzugung im Wachsen begriffen, es fließen auch schmutzige Ströme aus fremden und klassenfeindlichen Quellen herein — zum Beispiel Antisemitismus. Der einfache Selbsterhaltungstrieb der Partei verlangt einen rücksichtslosen Kampf gegen solche Besudelung.

8. Im Gegensatz zu diesen Tatsachen werden unterdrückende Maßregeln ausschließlich gegen die Linke angewandt. Es ist ein allgemeiner Gebrauch geworden, die Anhänger der Opposition wegen ihrer Reden in den lokalen Versammlungen, wegen scharfer Zurufe, wegen Versuchen, das Testament Lenins vorzulesen, einfach auszuschließen. In der Höhe des politischen Verständnisses und, was wichtiger ist, in der Hingabe an die Parteisache stehen die Ausgeschlossenen manchmal weit über den Ausschließenden. Indem nun die Genossen sich jetzt außerhalb der Partei befinden, fahren sie doch fort, das Leben der Partei zu leben. Sie dienen ihm treuer, als manche der Streber und Spießbürger, die ruhig in der Partei bleiben.

9. Der augenblickliche Hagel von Unterdrückungen und Bedrohungen, der sich mit dem Herannahen des fünfzehnten Kongresses gewaltig verstärkt, ist dazu bestimmt, die Partei noch mehr einzuschüchtern. Ein Beweis dafür ist auch der Umstand, daß die vereinte Gruppe der Stalin und Rykow, um ihre politischen Fehler zu vertuschen, zu den äußersten Mitteln greifen muß. Sie stellt die Partei vor jedem Kongreß und vor jeder Konferenz vor eine vollzogene Tatsache.

10. Der ganze politische Kurs des Zentralausschusses ist falsch. Obgleich unter Schwankungen bewegt er sich un-
aufhörlich weiter nach rechts, und die Zerstörung der innerparteilichen Demokratie ist eine unvermeidliche Folge davon. Soweit der Zentralausschuß den Druck der kleinbürgerlichen Elemente, den Einfluß der nichtproletarischen

Schichten, die unsere Partei umgeben, widerspiegelt, muß er unvermeidlich durch Gewalt von oben weitergeführt werden.

Auf dem theoretischen Gebiete hat die sog. „Schule der Jungen“ ein Monopol. Dies ist eine Schule von Revisionisten, die in jedem Augenblick bereit sind, die literarischen Befehle des Parteiapparates auszuführen. Die besten Elemente der bolschewistischen Jugend, die von den echten Traditionen der bolschewistischen Partei durchtränkt sind, werden nicht nur hinausgedrängt, sondern direkt verfolgt.

Auf dem organisatorischen Gebiet ist die gänzliche Unterwerfung des politischen Bureaus unter das Sekretariat, und des Sekretariats unter den Generalsekretär eine längst vollzogene Tatsache. Die schlimmste Befürchtung, die Lenin in seinem Testament zum Ausdruck gebracht hat — die Befürchtung, Stalin würde nicht genügend loyal sein, er würde die „übergroße Macht“, die er „in seinen Händen konzentriert hatte“, nicht im Parteisinne anwenden — hat sich bestätigt.

Augenblicklich befinden sich drei Grundströmungen im Zentralausschuß und in den allgemeinen regierenden Organen der Partei.

Die erste Strömung ist ein freies und offenes Streben nach rechts. Diese Strömung erhält nun wieder zwei Gruppen. Eine davon drückt in ihren Opportunismus und ihrer Schmiegsamkeit den starken Einfluß der wohlhabenden Mittelbauern aus. Ihr Kurs wird durch diese Klasse und ihre Ideale gelenkt. Es ist dies die Gruppe der Genossen Rykow, A. P. Smirnow, Kalinin, G. Petrowski, Chubar, Kaminski und anderer. Um sie herum und in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft arbeiten die „unparteilichen“ Politiker, die Kondratiews, Sadyrins, Tschajanows und andere Repräsentanten der wohlhabenden Bauernschaft, indem sie mehr oder weniger offen die neubürgerlichen

Lehren Ustrialows predigen. Die andere Gruppe in dieser allgemeinen Strömung setzt sich aus Gewerkschaftsführern zusammen, die die besser bezahlte Klasse der Arbeiter und kaufmännischen Angestellten repräsentieren. Diese Gruppe ist besonders charakterisiert durch ein Verlangen nach engerem Anschluß an die Amsterdamer Internationale. Ihre Führer sind die Genossen Tomski, Melnischanski, Dogadow und andere. Zwischen diesen beiden Gruppen gibt es bis zu einem gewissen Grade Reibungen, aber sie sind einig in dem Bestreben, den Kurs der Partei und des Sowjetstaates sowohl in der internationalen, wie in der einheimischen Politik nach rechts herumzuwerfen. Sie zeichnen sich beide aus durch ihre Verachtung der leninistischen Theorien und ihre Neigung, auf die Taktik der Weltrevolution zu verzichten.

Die zweite Strömung ist der „Zentrismus“ des offiziellen Apparats. Die Führer dieser Strömung sind die Genossen Stalin, Molotow, Uglanow, Kaganowitsch, Mikojan, Kirow. Sie sind in Wirklichkeit das augenblickliche politische Bureau. Bucharin, der von einer Seite zur andern schwankt, verwässert noch die Politik dieser Gruppe. An sich lehnt sich diese zentristisch-offizielle Gruppe am wenigsten von allen an irgendeine breite Masse an, aber sie versucht trotzdem — und nicht ohne Erfolg — sich an die Stelle der Partei zu setzen. Die Kaste der „Verwaltungsbeamten“ beläuft sich jetzt — in der Partei, in den Gewerkschaften, in den Industrieleitungen, in den Genossenschaften und im staatlichen Apparat — auf Zehntausende. Unter diesen befindet sich eine kleine Zahl von „Arbeiter“-bureaukraten — von früheren Arbeitern, das heißt von solchen, die jede Verbindung mit der arbeitenden Masse verloren haben.

Natürlich braucht man nicht erst zu erwähnen, daß sich in den für das Schicksal der Revolution so enorm wichtigen Organen der Verwaltung und Führerschaft noch viele Tausende von unbeugsamen Revolutionären befinden, von

Arbeitern, die ihre Verbindungen mit den Massen nicht abgebrochen haben, sondern sich mit Herz und Seele der Sache der Arbeiterschaft widmen. Sie betreiben die wirkliche Arbeit des Kommunismus in diesen Institutionen.

Dies ändert aber nicht die Tatsache, daß die Entartung unseres politischen Kurses und unserer Parteileitung eine unzählbare Kaste von echten Bürokraten hervorbringt.

Die tatsächliche Macht dieser Kaste ist gewaltig. Es ist gerade diese Gruppe von „Verwaltungsbeamten“, die auf „Ruhe“, auf „Weiterarbeiten“ — und vor allem auf „nicht Diskutieren“ hält. Es ist gerade diese Gruppe, die zufrieden ankündigt (und es manchmal sogar ehrlich glaubt), daß wir schon „beinahe den Sozialismus erreicht“ haben, daß „neun Zehntel des Programms“ der sozialistischen Revolution schon in Erfüllung gegangen sind. Es ist diese Gruppe, die „von oben herab“ die ganze Partei, und noch mehr von oben herab die ungelernten Arbeiter, die Arbeitslosen, die ländlichen Arbeiter betrachtet. Diese Gruppe sieht ihren Hauptfeind auf der linken Seite — das heißt, unter den revolutionären Leninisten. Diese Gruppe gibt die Losung: „Gefahr von links!“

Die dritte Strömung ist die sog. Opposition. Sie ist der leninistische Flügel der Partei. Die erbärmlichen Versuche, aus ihr eine Opposition von rechts, eine sozialdemokratische Ketzerei zu machen, entspringen dem Verlangen der herrschenden Gruppe, ihren eigenen Opportunismus zu verstecken. Die Opposition ist für Einigkeit der Partei. Stalin propagiert sein eigenes Programm — die Opposition zu entfernen — unter der falschen Flagge des Vorgebens, die Opposition wolle eine „zweite“ Partei gründen. Die Opposition antwortet mit ihrer Losung: „Einigkeit der leninistischen russischen kommunistischen Partei unter allen Umständen.“ Das Programm der Opposition ist in dem vorliegenden Dokument dargestellt. Die Arbeitersektionen

der Partei und alle echten leninistischen Bolschewisten werden dafür sein.

Einzelne Austritte aus der Opposition sind unter den harten Umständen, unter denen sie für die Sache des Leninismus zu kämpfen gezwungen ist, unvermeidlich. Umgruppierungen von Führern dieser drei Strömungen werden immer wieder vorkommen, aber sie werden an dem zugrunde liegenden Tatsachenmaterial nichts ändern.

11. Alle die vorstehend angeführten Tatsachen bilden zusammen eine Parteikrisis. Die innerparteilichen Zwistigkeiten haben sich seit dem Tode Lenins fortwährend vertieft, indem sie auf einen immerzu wachsenden Kreis von sich vertiefenden Problemen übergriffen.

Die Grundstimmung der Parteimassen ist ein Verlangen nach Einigkeit. Die augenblickliche Leitung hindert die Partei am Erkennen der Richtung, von der aus ihrer Einigkeit Gefahr droht. Die Tätigkeit Stalins geht immer wieder dahin, die Parteimitglieder bei jeder gefährlichen oder wichtigen Frage vor die einzige Wahl zu stellen, entweder ihrer eigenen Meinung zu entsagen oder unter die Anklage des Strebens nach Parteizersplitterung zu fallen.

Unsere Aufgabe ist, die Einigkeit der Partei unter allen Umständen zu wahren, entschieden einer Politik der Zersplitterung, der Amputierung, der Ausschließung, der Ausstoßung usw. zu widerstehen — aber zugleich der Partei im Rahmen dieser Einigkeit das Recht auf eine freie Diskussion und Entscheidung über alle zur Debatte stehenden Fragen zu garantieren.

Indem die Opposition die Fehler und Unregelmäßigkeiten der augenblicklichen Lage der Partei klarlegt, ist sie aufs tiefste überzeugt, daß die große Masse der Arbeitersektion der Partei imstande sein wird, trotz allem die Partei auf den leninistischen Weg zurückzuführen. In dieser Bemühung zu helfen, ist die Hauptaufgabe der Opposition.

Praktische Vorschläge

Es ist notwendig:

1. Sich für den fünfzehnten Kongreß unter Anerkennung einer wirklichen innerparteilichen Demokratie zu rüsten, wie wir es zu Lenins Zeit getan haben. „Jedes Mitglied der Partei“, schrieb Lenin, „sollte leidenschaftlos und mit höchster Ehrlichkeit beginnen, erstens das eigentliche Wesen der Zwistigkeiten und zweitens den Weg der Entwicklung des Konflikts zu studieren... Es ist notwendig, sowohl das eine wie das andere zu studieren und dabei unbedingt zu verlangen, daß absolut genaue Dokumente gedruckt und der Überprüfung von allen Seiten freigegeben werden.“ Der Zentralausschuß sollte es jedem Mitglied der Partei ermöglichen, sowohl das eigentliche Wesen der augenblicklichen innerparteilichen Zwistigkeiten, wie auch den Weg der Entwicklung des augenblicklichen Kampfes zu studieren. Er sollte dies tun, indem er in der Presse und in besonderen Sammlungen und Flugschriften alle die Dokumente veröffentlicht, die er bis heute vor der Partei verheimlicht hat.

Jeder Genosse und jede Gruppe von Genossen sollten Gelegenheit haben, ihre Ansichten vor der Partei in der Presse, auf Versammlungen usw. zu verteidigen. Kurze Darstellungen von Ansichten (Programmdarlegungen des Zentralausschusses, der Lokalorganisationen, einzelner Mitglieder oder Gruppen von Mitgliedern) sollten in der Prawda, oder in Beilagen der Prawda, und ebenso in den lokalen Parteiblättern mindestens zwei Monate vor dem fünfzehnten Kongreß veröffentlicht werden.

Die Debatte sollte in einer sachlichen und streng parteigenössischen Art ohne persönliche Angriffe und Erregungen geführt werden. Die wichtigste Losung für die ganze Vorbereitung auf den fünfzehnten Kongreß sollte Einigkeit sein — aber nicht eine scheinbare, sondern eine echt leninistische Einigkeit der russischen kommuni-

stischen Partei und der ganzen kommunistischen Internationale

2. Es ist notwendig, sofort eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei und ihrer leitenden Organe zu treffen. Zu diesem Zwecke müssen wir aufs neue die EntschlieÙung des dreizehnten Kongresses betonen, daß „in naher Zukunft eine ungeheuerere Majorität der Parteimitglieder aus direkt in der Industrie beschäftigten Arbeitern bestehen müÙte“. In den nächsten zwei oder drei Jahren müÙten wir im allgemeinen in die Partei ausschließlich wirklich arbeitende Männer und Frauen aufnehmen. Aus andern sozialen Gruppen sollten wir Mitglieder nur auf der Grundlage einer streng persönlichen Auslese aufnehmen: die roten Soldaten oder Matrosen nur, wenn sie aus der Arbeiterklasse, aus dem ländlichen Proletariat oder dem armen Bauernstand herkommen; die armen und kleinen Bauern nur, wenn man sie mindestens für eine Dauer von zwei Jahren in der sozialpolitischen Arbeit geprüft hat. Die Aufnahme von Mitgliedern, die zu uns von andern Parteien herkommen, sollte aufhören.

Wir müssen die Entscheidung des dreizehnten Kongresses durchführen — tatsächlich wurde sie durch den vierzehnten Kongreß gegen den Willen der Opposition wieder aufgehoben — die dahin ging, daß in den Stäben der Bezirksausschüsse nicht weniger als 50 Prozent Arbeiter aus den Betrieben sein müÙten. In den Industriezentren müÙten wir eine feste Majorität von Fabrikarbeitern (von nicht weniger als Dreiviertel des ganzen Stabes), in den kleineren Ausschüssen eine gleiche Majorität von Arbeitern, Landarbeitern und kleinen Bauern haben.

3. Wir müssen den Beschluß auf innerparteiliche Demokratie bestätigen und wirklich ausführen, wie er durch den zehnten Parteikongreß angenommen, durch den Zentralausschuß und den Zentralkontrollausschuß am 5. De-

zember 1923 und durch den zwölften und dreizehnten Parteikongreß bestätigt worden ist.

Wir müssen im Namen der ganzen Partei versichern, daß — im Gegensatz zu den neuen antileninistischen Definitionen der innerparteilichen Demokratie — „Arbeiterdemokratie die Freiheit eines offenen Urteils für alle Parteimitglieder über die wichtigen Fragen des Parteilebens, eine freie Diskussion und unbeschränkte Wahl des verantwortlichen regierenden Personals bedeutet“. Wir müssen Strafmaßnahmen gegen jeden anwenden, der dieses Grundrecht jedes Parteimitgliedes wirklich verletzt.

Der Gesichtspunkt der Parteiminorität in jeder grundsätzlichen Frage sollte jedesmal durch die Parteiblätter usw. zur Kenntnis aller Mitglieder gebracht werden. Ausnahmen dürften nur gestattet sein, wenn geheimzuhaltende Angelegenheiten besprochen werden. Es ist selbstverständlich, daß nach Annahme eines Entschlusses dieser mit eiserner bolschewistischer Disziplin durchgeführt wird. Das Netzwerk von Diskutierklubs sollte in der Partei verbreitert und eine wirkliche Kritik der Fehler der Parteileitung in den Parteiorganen (durch Diskussionsbeilagen, gedruckte Sammlungen usw.) ermöglicht werden.

Alle Veränderung zum Schlimmeren, die seit dem vierzehnten Kongreß in die Parteiverfassung eingefügt worden sind, müssen aufgehoben werden.

4. Wir müssen einen festen Kurs zu einer Proletarisierung des ganzen Parteiapparates einschlagen. Fabrikarbeiter, fortgeschrittene Parteikommunisten, die mit der Partei und den außerhalb der Partei stehenden Massen auf vertrautem Fuße stehen, sollten die entscheidende Mehrheit des ganzen Parteiapparats bilden. Der Apparat sollte durchaus nicht nur aus bezahlten Angestellten bestehen und regelmäßig aus der Zahl der Arbeiter erneuert werden. Der Etat der lokalen Organisationen sollte grundsätzlich aus Beiträgen der Mitglieder bestehen. Die lokalen Organisationen sollten regelmäßig einen Bericht über ihre

Einnahmen und Ausgaben vor den Parteimitgliedern erstatten. Der augenblickliche, geschwollene Etat der Partei und die Gehälter, die an den Apparat bezahlt werden, sollten nachdrücklich beschnitten werden. Ein beträchtlicher Teil der Parteiarbeit könnte durch Parteimitglieder, denen man außerhalb ihrer industriellen oder sonstigen Tätigkeit Zeit dafür gäbe, gratis erledigt werden. Eine Maßnahme zur Neubelebung des Parteiapparats würde die systematische Entsendung eines Teils der Genossen von dem Apparat in die Fabriken und zur Arbeit der unteren Klassen sein. Wir müssen gegen das Bestreben der Sekretäre kämpfen, sich unabsetzbar zu machen. Wir müssen bestimmte Grenzen für die Zeit der Besetzung von Sekretärstellen und andern wichtigen Posten festlegen. Wir müssen rücksichtslos kämpfen gegen die tatsächlich bestehende Korruption und den Verfall in den meisten Gruppen, gegen Protektion, „Bureausolidarität“ usw.

5. Schon auf dem zehnten Kongreß wurden unter der Leitung Lenins eine Reihe von Entschlüssen angenommen, die die Notwendigkeit einer größeren Gleichheit in der Partei und unter den arbeitenden Massen betonten. Schon auf dem zwölften Kongreß machte die Partei auf die Gefahr aufmerksam, daß Parteiarbeiter durch ihre Berührung mit der Bourgeoisie entarten könnten. Es ist notwendig, „wirklich ausreichende Mittel zu schaffen, um Ungleichheiten (in den Lebensbedingungen, in Löhnen usw.) zwischen den Ingenieuren und gehobenen Arbeitern auf der einen Seite und der Masse der Arbeiter auf der andern Seite zu zerstören, falls diese Ungleichheiten die Demokratie untergraben, und eine Quelle der Korruption in der Partei und einer Schwächung der Autorität der Kommunisten sind“. Angesichts der Tatsache, daß in den letzten Jahren die Ungleichheit in einem außerordentlich schnellen Tempo gewachsen ist, müssen wir diese Frage wieder vorbringen und sie als Revolutionäre lösen.

6. Es ist notwendig, die parteiliche Erziehung in der Richtung neu zu beleben, daß die Werke von Marx, Engels und Lenin studiert und die falschen Nachahmungen des Marxismus und des Leninismus, die man jetzt in Massen herstellt, beseitigt werden.

7. Es ist notwendig, die ausgeschlossenen Oppositionsmitglieder sofort wieder in die Partei aufzunehmen.

8. Es ist notwendig, den Zentralen Kontrollausschuß wirklich im Geiste Lenins zu erneuern. Mitglieder des Kontrollausschusses müssen eng verbunden mit den Massen, unabhängig vom Parteiapparat und im Besitz von Autorität in der Partei sein.

Nur so kann man ein wirkliches Vertrauen zum Zentralen Kontrollausschuß wieder herstellen und seine Autorität auf die nötige Höhe bringen.

9. Bei der Auswahl des Stabes des Zentrallausschusses und des Zentralen Kontrollausschusses und ihrer Organe müssen wir uns durch den Rat Lenins leiten lassen, wie er ihn uns in seinen Briefen vom 25. und 26. Dezember 1922 und vom 4. Januar 1923 (in seinem Testament) gegeben hat. Diese Briefe müßten zur Belehrung aller Parteimitglieder veröffentlicht werden. „Von den Arbeitern, die Mitglieder des Zentrallausschusses sind, sollte der größere Teil auf einer geringeren wirtschaftlichen Stufe stehen als diejenigen, die sonst in den letzten fünf Jahren in Sowjetstellungen aufgerückt sind“ — so schrieb Lenin in seinem Briefe vom 26. Dezember 1922 —, „und sie sollten enger verbunden sein mit der Masse der Arbeiter und derjenigen Bauern, die weder direkt noch indirekt zur Klasse der Ausbeuter gehören ... Arbeiter, die in den Zentrallausschuß eintreten, sollten nach meiner Meinung nicht vorwiegend solche sein, die schon für längere Zeiten Sowjetstellungen bekleidet haben ... weil diese Arbeiter schon gewisse Gewohnheiten und gewisse Vorurteile angenommen haben, gegen die wir gerade anzukämpfen wünschen.“

Diese Briefe wurden durch Lenin zu einer Zeit geschrieben, als er der Partei seinen letzten und höchst sorgsam abgewogenen Rat über die Grundprobleme der Revolution gab.

Unser fünfzehnter Parteikongreß sollte seinen Zentralschuß genau nach den Gesichtspunkten des vorstehend zitierten Leninschen Rates wählen.

DER BUND DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND

DER FALSCHER POLITISCHE KURS UND DIE UNTERDRÜCKUNG jeder selbständigen Meinung sind besonders stark auch in den Bund der kommunistischen Jugend eingetragen worden. Die internationale Erziehung des jungen Arbeiters ist mehr und mehr in den Hintergrund geraten. Alles kritische Denken hat man unterdrückt und verfolgt. Für leitende Stellungen in der kommunistischen Jugendorganisation verlangt der Parteiapparat vor allem einmal Gehorsam und dann Bereitwilligkeit, sich an der Verfolgung der Opposition zu beteiligen. Der proletarische Teil der unteren Organisationen, der wirklich gesunde Teil, wird durch ein solches Regime aller Persönlichkeitswirkung beraubt. Hier bereitet die verkehrte Politik, die die Parteispitze verfolgt, noch mehr als in der Partei selbst, allen kleinbürgerlichen Einflüssen den Weg.

In den letzten Jahren hat der Bund der kommunistischen Jugend sehr schnell an Mitgliedern zugenommen, aber leider auf Kosten einer sozialen Zusammensetzung. Seit der Zeit des dreizehnten Parteikongresses ist der proletarische Kern in dieser Organisation von 40,1 Prozent auf 34,4 Prozent und die Zahl der in den Industrien beschäftigten jungen Arbeiter von 49,8 Prozent auf 47 Prozent gesunken. Die politische Aktivität der jungen Arbeiter läßt ebenfalls nach.

Unter diesen Umständen war es ein außerordentlich grober Fehler — zu dem man nur infolge der sich erweiternden Kluft zwischen dem Bund und der Masse der Arbeiterjugend kommen konnte —, daß man durch eine Reihe neuerlicher Bestimmungen unter Verletzung der Entschlüsse des vierzehnten Kongresses die soziale Lage der jungen Arbeiter noch mehr gesenkt hat (durch Beschneidung der Schutzbestimmungen für Lehrlinge, der besonderen Lohnskala für Lehrlinge, durch Verminderung der Zahl der Lehrlinge in den Industrieschulen und, was

auch hierher gehört, durch den Versuch, unbezahlte Lehr-
lingsarbeit einzuführen).

Der Bund der kommunistischen Jugend auf dem Lande verliert immer mehr seinen proletarischen und kleinbäuerlichen Zustrom. Seine kulturelle, wirtschaftliche Arbeit bewegt sich auf dem Lande grundsätzlich in der Richtung einer Förderung individueller Unternehmungen. Der verhältnismäßige Einfluß der Armen sinkt überall — in der allgemeinen Zusammensetzung der ländlichen Lokalverbände, im aktiven Stab, in dem aus Parteimitgliedern zusammengesetzten Kern. Gleichlaufend mit dieser fortwährenden Verminderung des Einflusses der jungen Stadtarbeiter, füllt sich der Bund auf dem Lande mit mittlerer und wohlhabender Bauernjugend.

Wie in der Stadt, so wächst auch auf dem Lande das Bestreben der kleinbürgerlichen Elemente, die Leitung des Bundes in seine Hände zu bekommen. Die Gruppe der geistigen Arbeiter und der „Verschiedenen“ spielt mehr und mehr eine beträchtliche Rolle, besonders in den ländlichen Organisationen.

Sechsenddreißig Prozent aller neuen Parteimitglieder kommen aus den Reihen des Bundes der kommunistischen Jugend. Nun sind aber in dem Parteikern des Bundes ein Viertel bis ein Drittel Nichtproletarier. In den Parteikernen der ländlichen Organisationen vermehren sich die Mittelbauern rapide auf Kosten der Landarbeiter und der armen Bauern. (20 Prozent waren 1925 Mittelbauern, 32,5 Prozent im Jahre 1927.) So hat sich der Bund der kommunistischen Jugend in eine Quelle zur Durchsetzung der Partei mit kleinbürgerlichen Elementen verwandelt. Um eine weitere Schwächung der beherrschenden Rolle des proletarischen Kerns und seine Rückwärtsdrängung durch Neulinge aus den Kreisen der Intelligenz, der geistigen Arbeiter und der wohlhabenden Landschichten, die unvermeidlich eine kleinbürgerliche Entartung des Bundes

mit sich bringen müßte, zu verhindern, sind folgende Maßnahmen notwendig:

1. Sofort mit der allmählichen Vernichtung unserer revolutionären Eroberungen auf den Arbeits- und Erziehungsgebieten des jungen Proletariats aufzuhören und die neuerdings eingetretene Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen wieder zu beseitigen. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Kampf gegen ungesunde Tendenzen im Bunde der kommunistischen Jugend, gegen Trunksucht, Roheiten und dergleichen.

2. Gleichzeitig mit dem allgemein wachsenden Wohlstande der Arbeiterklasse auch die materielle und kulturelle Lage der jungen Arbeiter durch höhere Löhne, durch Vermehrung der Industrieschulen und Handelskurse zu heben.

3. Die Beschlüsse früherer Kongresse durchzuführen, im Verlaufe von einigen Jahren die gesamte Jugend der städtischen Arbeiter und des ländlichen Proletariats in dem Bunde zu organisieren.

4. Mit besonderer Energie daranzugehen, die arme Bauernjugend in den Bund hineinzubringen.

5. Die ärmeren Mittelbauern in den Bund hineinzubringen, und von den andern Mittelbauern nur diejenigen, die sich in der sozialen Arbeit und besonders im Kampfe gegen den Kulak bewährt haben.

6. Den Bund zu einem Anwalt der ländlichen Armut zu machen, indem er auf dem Lande eine neue Gesellschaft heranzieht, nicht auf der Grundlage individueller Bereicherung, sondern der gemeinsamen, kollektivistischen Arbeit in der Landwirtschaft.

7. Die soziale Zusammensetzung des Parteikerns dadurch zu verbessern, daß in den nächsten zwei Jahren nur noch unter Arbeitern, Landarbeitern und armen Bauern Mitglieder geworben werden.

8. Die Leitung der Organe der kommunistischen Jugend zu proletarisieren, indem man planmäßig und entschlossen

nur noch Landarbeiter und Arme in die Führerstellungen hineinbringt. Anzuordnen, daß in den großen Industriezentren die Bezirksausschüsse mit ihren Bureaus in überwältigender Mehrheit aus Fabrikarbeitern bestehen sollen und daß diesen eine wirkliche Führerarbeit übertragen wird.

9. Einen ernsten Kampf gegen alles Bureaukratenwesen im Bunde zu beginnen und das bezahlte Beamtentum abzubauen, indem man es auf ein unbedingt notwendiges Minimum herabsetzt. Die Arbeit des Bundes wenigstens zur Hälfte und in den Industriezentren zu drei Vierteln durch unbezahlte Hilfe ihrer Mitglieder auszuführen und gerade die einfachen Mitglieder dazu heranziehen.

10. Die kulturelle und erziehliche Arbeit des Bundes engste mit einer aktiven, täglichen Teilnahme an dem allgemeinen politischen Leben der Partei, der Sowjets, der Gewerkschaften und Genossenschaften zu verbinden.

11. Dem bureaukratischen Aktenregime, dem ertöten- den Regime obrigkeitlicher Verordnungen, dem verlogenen und unwissenden Regime von Anweisungen zur Verfolgung der Opposition ein Ende zu machen. An seine Stelle und auf der Grundlage lebendigen Urteils, kameradschaftlichen Meinungs austausches und wirklichen Lernens das Studium des Marxismus und Leninismus zu setzen.

12. In Taten, nicht in Worten, das demokratische Prinzip anzunehmen und mit der Unterdrückung und Verfolgung derjenigen, die noch an selbständigen Ansichten in Partei- und Bundesfragen festhalten, endlich aufzuhören.

UNSERE INTERNATIONALE LAGE UND DIE KRIEGSGEFAHR

Die Sowjetunion in der Weltarena

EIN KRIEG DER IMPERIALISTEN GEGEN DIE Sowjetunion ist nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich.

Diese Gefahr hinauszuschieben, möglichst viel Zeit zur Stärkung der Sowjetunion und zur Vereinigung des internationalen revolutionären Proletariats zu gewinnen, sollte eine unserer hauptsächlichsten Bemühungen sein. Nur eine siegreiche proletarische Revolution in den beherrschenden Ländern könnte letzten Endes diese Gefahr beseitigen.

Die Gefahr eines Weltkrieges ist aus folgenden Gründen im Wachsen begriffen:

1. Durch die Anstrengungen, die das Kapital in den letzten Jahren gemacht hat, wieder zu Kräften zu kommen, und durch den dabei zum Teil erzielten Erfolg ist die Frage der Absatzmärkte zur brennenden Frage für alle führenden Länder geworden.

2. Die imperialistische Bourgeoisie hat sich von dem unzweifelhaften Anwachsen der wirtschaftlichen Macht der Sowjetunion überzeugt, sieht aber auch ein, daß die proletarische Diktatur, gestützt auf das Monopol des Auslandshandels, niemals den Kapitalisten einen freien Markt in Rußland gewähren wird.

3. Die imperialistische Bourgeoisie spekuliert auf innere Schwierigkeiten in der Sowjetunion.

4. Der Zusammenbruch des englischen Generalstreiks und der darauffolgende Zusammenbruch der chinesischen Revolution haben die Imperialisten mit der Hoffnung erfüllt, sie könnten auch die Sowjetunion erdrücken.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion hatte schon lange gedroht und wurde dann durch die Niederlage der chinesischen Revolution beschleunigt. Insofern ist er eine Folge der

Weigerung unseres Zentralausschusses, in China eine wirkliche bolschewistische Politik durchzuführen. Es wäre nun ein großer Irrtum, sich einzubilden, die ganze Sache käme auf eine andere Form des Handelsverkehrs zwischen England und uns heraus („Wir werden mit ihnen Handel treiben wie mit den Amerikanern“). Es ist jetzt vollkommen klar, daß das imperialistische England viel weitgehendere Pläne hat. Im Besitz eines „moralischen Mandats“ der Bourgeoisie verschiedener Länder bereitet es einen Krieg gegen die Sowjetunion vor und beabsichtigt, auf die eine oder andere Weise Polen, Rumänien und die baltischen Staaten, vielleicht auch Jugoslawien, Italien und Ungarn in diesen Krieg gegen uns zu verwickeln.

Polen würde wohl lieber eine längere Zeit zur Kriegsvorbereitung gegen uns haben, aber es ist nicht unmöglich, daß es durch England schneller, als es wünscht, zum Kampf gezwungen wird.

In Frankreich wird der englische Druck zu einer Einheitsfront gegen die Sowjetunion durch einflußreiche Teile der Bourgeoisie unterstützt. Sie werden immer ungestümer in ihrem Vorgehen und schrecken natürlich im geeigneten Augenblick vor einem diplomatischen Bruch nicht zurück.

Je mehr sich Deutschlands Diplomatie neuerdings bloßstellt, desto klarer wird ihre allgemeine Orientierung nach dem Westen. Die deutsche Bourgeoisie erklärt bereits öffentlich, daß in einem Kriege gegen die Sowjetunion Deutschland wohl zunächst neutral bleiben würde (wie es Amerika 1914 tat). Sie rechnet darauf, durch den Krieg soviel wie möglich zu verdienen und nachher offen ihre Neutralität an die westlichen Imperialisten zu einem hohen Preise zu verkaufen. Nichts könnte für die Grundinteressen der Sowjetunion schlimmer sein, als den Übergang der deutschen Bourgeoisie zur westlichen Orientierung nicht zu bemerken. Ein unerwarteter Schlag von der deutschen Bourgeoisie würde vielleicht eine entscheidende Be-

deutung für uns haben. Nur ein ganz offenes „Aussprechen der Dinge, wie sie sind“, nur ein wachsames Verhalten der Arbeiter in der Sowjetunion und in Deutschland kann uns gegen diesen Schlag sichern, oder es wenigstens der deutschen Bourgeoisie schwermachen, ihn auszuteilen.

Die japanische Bourgeoisie manöviert nicht weniger geschickt als die deutsche gegen die Sowjetunion. Sie weiß klug ihre Spuren zu verstecken und stellt sich freundlich gesinnt. Sie verhinderte sogar für eine Zeit die Besetzung der chinesischen Ostbahn durch Tschang Tsolin. Aber im geheimen hält sie die Zügel in China fest und wird vielleicht bald ihre Maske uns gegenüber abwerfen.

Im nahen Osten, in der Türkei und in Persien, haben wir keineswegs Verhältnisse erreicht, die uns eine bestimmte Neutralität im Falle eines imperialistischen Angriffs gegen uns garantieren. Es wäre daher das klügste, wenn wir uns darauf vorbereiten, daß die Regierungen dieser Staaten in einem solchen Falle unter einem gewissen Druck dem Vorgehen der Imperialisten folgen werden.

Amerika, das bisher seine unversöhnliche Haltung gegenüber der Sowjetunion niemals aufgegeben hat, würde bei einem Angriff auf uns die Rolle der Nachhut spielen. Die Bedeutung dieser Rolle dürfte um so größer sein, als sie gerade die Finanzierung dieses Krieges bedeuten würde.

Zusammenschließend: Wenn die Jahre 1923 bis 1925 Jahre der Anerkennung der Sowjetunion durch eine Reihe von bürgerlichen Staaten waren, so wird die jetzt beginnende Periode eine solche des Abbruchs von Beziehungen sein. Die Anerkennungen der verflossenen Periode bedeuteten nicht unbedingt, daß der Friede gesichert war, daß die Atempause von Dauer sein würde. Die Abbrüche der gegenwärtigen Periode bedeuten nicht unbedingt, daß der Krieg in naher Zukunft unvermeidlich ist. Daß wir aber in eine neue Zeit einer höchst gespannten internationalen Lage mit der Möglichkeit von Angriffen gegen

die Sowjetunion eingetreten sind, unterliegt keinem Zweifel.

Die Gegensätze in der kapitalistischen Welt sind sehr groß, und es wird für die Weltbourgeoisie außerordentlich schwierig sein, auf eine lange Zeit eine einheitliche Front gegen uns zusammenzuhalten. Aber ein Zusammenschluß einzelner bürgerlicher Staaten gegen uns ist für eine bestimmte Zeit durchaus möglich.

Alles dieses sollte unsere Partei zu der Erkenntnis bringen, daß die internationale Lage gefährlich ist. Es sollte sie veranlassen, das Problem der internationalen Politik wieder vor die breiten Massen unserer Bevölkerung zu bringen und eine ernstliche und allseitige Verteidigung für den Fall eines Krieges vorzubereiten.

Die bürgerlichen Parteien und natürlich auch die offizielle Sozialdemokratie werden in jeder Weise ihre Völker über den wahren Charakter des durch den Imperialismus gegen die Sowjetunion vorbereiteten Krieges zu täuschen suchen. Unsere Aufgabe ist es, gerade jetzt den breiten Volksmassen der ganzen Welt zu erklären, daß dies ein Krieg von Imperialisten und Ausbeutern gegen den ersten proletarischen Staat und seine Diktatur — daß es ein Krieg des Kapitalismus gegen den Sozialismus ist. In diesem Kriege wird die imperialistische Bourgeoisie im Grunde für die Erhaltung des Systems der kapitalistischen Lohnsklaverei kämpfen. Die Sowjetunion aber wird für die Sache des internationalen Proletariats kämpfen, für die kolonialen und unterdrückten Länder, für die internationale Revolution und den Sozialismus.

Zur Durchführung unserer Aufgabe müßten wir folgende Leitsätze aufstellen: 1. Nieder mit dem Krieg der Imperialisten gegen den Arbeiterstaat und die proletarische Diktatur. 2. Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg in allen, die Sowjetunion angreifenden Staaten. 3. Krieg allen bürgerlichen Staaten, die die Sow-

jetunion bekriegen. Jeder ehrliche Proletarier der kapitalistischen Länder müßte aktiv daran arbeiten, „seine“ Regierung zu stürzen. 4. Übertritt jedes ausländischen Soldaten, der den Arbeitsausbeutern „seines“ Landes nicht helfen will, zur roten Armee. Die Sowjetunion ist das Vaterland aller Arbeiter. 5. Die Losung „Verteidigung des Vaterlandes“ ist eine täuschende Verkleidung der Interessen des Imperialismus in allen Bourgeoisländern, ausgenommen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, in denen ein nationalrevolutionärer Krieg gegen die Imperialisten stattfindet. In der Sowjetunion wird die Losung „Verteidigung des Vaterlandes“ deshalb eine aufrichtige sein, weil wir ein sozialistisches Vaterland und die Gründung einer weltumspannenden Arbeiterbewegung verteidigen. 6. Wir sind „Verteidiger des Vaterlandes“ seit dem 25. Oktober 1917. Unser „patriotischer“ Krieg wird ein Krieg für die Sowjetrepublik sein, für das erste „Regiment in der internationalen Armee des Sozialismus“. „Unser patriotischer Krieg ist keine Stufe zu einem bürgerlichen Staat, sondern eine Stufe zu einer internationalen sozialistischen Revolution“ (Lenin). Unsere Verteidigung des Vaterlandes ist die Verteidigung der proletarischen Diktatur. Unser Krieg wird von Arbeitern, Landarbeitern und armen Bauern gegen die reichen Bauern, die neue Bourgeoisie, die Bürokraten und die zaristischen Emigranten unternommen werden. Unser Krieg wird wirklich ein gerechter Krieg sein. Wer nicht ein Verteidiger der Sowjetunion ist, ist unbedingt ein Verräter am internationalen Proletariat.

Der Zusammenbruch der chinesischen Revolution und seine Ursache

Der Zusammenbruch der chinesischen Revolution hat, wenn auch nur vorübergehend, das Gleichgewicht der Kräfte zum Vorteil des Imperialismus verändert. Neue

revolutionäre Konflikte, eine neue Revolution, sind in China unvermeidlich. Das ergibt sich mit Sicherheit aus der ganzen Lage.

Die opportunistischen Führer versuchen ihre Niederlage als unvermeidliche Folge der ganzen Verhältnisse zu erklären, vergessen aber, daß sie noch gestern eine schnell sich ausbreitende Revolution als Folge derselben Verhältnisse prohezeit haben.

Die entscheidende Ursache des unglücklichen Ausgangs der chinesischen Revolution war die durchaus verkehrte Politik der Leiter der russischen kommunistischen Partei und der ganzen Internationalen. Diese Politik war schuld daran, daß gerade in der entscheidenden Stunde in China keine wirkliche bolschewistische Partei bestand. Jetzt die ganze Schuld allein auf die chinesischen Kommunisten abzuschieben, ist dumm und verächtlich.

Was in Rußland vorging, war ein klassisches Beispiel einer bürgerlich-demokratischen Revolution, und dies ist auch der Grund, warum das chinesische Proletariat keinen, dem unsern ähnlichen Erfolg erringen konnte, sondern sich mit der Rolle begnügen mußte, die das europäische Proletariat in den Revolutionen von 1848 spielte. Trotzdem liegt das Eigenartige der chinesischen Revolution unter den augenblicklichen internationalen Umständen nicht in dem Bestehen einer sog. „revolutionären“ liberalen Bourgeoisie, auf die die Stalinsche Politik ihre Hoffnung gesetzt hatte, sie liegt auf ganz andern Gebieten.

Die chinesische Bauernschaft, die viel unterdrückter war als die russische unter dem Zarismus, und die nicht nur unter dem Joch einheimischer, sondern auch fremder Ausbeuter litt, konnte sich endlich erheben, und sie erhob sich mächtiger, als es die russische Bauernschaft in der Revolution von 1905 tat.

Schon 1920 schlug Lenin den Chinesen vor, Sowjets, Räte zu schaffen, und wie sehr er damit das Richtige traf,

zeigt die ganze Lage der Jahre 1926 und 1927, in denen ein chinesisches Rätssystem eine Bauernherrschaft unter Führung des Proletariats herbeigeführt hätte. Die Räte wären wirkliche Organe der revolutionären, demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft und eine entscheidende Hilfe für die bürgerliche Kuomintang, für die bürgerliche Revolution, geworden.

Die Lehre Lenins, daß eine bürgerlich-demokratische Revolution nur durch ein Zusammengehen der Arbeiter und der von ihnen geführten Bauern gegen die eigentliche Bourgeoisie durchgeführt werden kann, ist nicht nur auf China, sondern auch auf alle ähnlichen kolonialen und halbkolonialen Länder anwendbar und bietet den einzigen Weg zum Siege in diesen Ländern.

Aus dem allen folgt, daß in China eine auf Sowjets gestützte revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauern unter den gegenwärtigen Verhältnissen imperialistischer Kriege und proletarischer Revolutionen alle Möglichkeiten besessen hätte, sich verhältnismäßig schnell in eine sozialistische Revolution umzuwandeln.

Außer dieser Politik gab es nur den menschewistischen Weg einer Union mit der liberalen Bourgeoisie, der aber unvermeidlich zur Niederlage der Arbeiterklasse führt. Dies ist es ja auch, was sich tatsächlich 1927 in China ereignete.

Alle Beschlüsse, die zu Lebzeiten Lenins von dem zweiten und vierten Kongreß der kommunistischen Internationale gemacht worden sind — die Beschlüsse über die Sowjets im Orient, über die völlige Unabhängigkeit der kommunistischen Arbeiterparteien in Ländern mit einer nationalrevolutionären Bewegung und über das Zusammengehen der Arbeiterklasse mit den Bauern gegen ihre Bourgeoisie und die ausländischen Imperialisten — sie waren vollständig vergessen.

Der Beschluß des siebenten verstärkten Plenums der Internationale vom November 1926 vermied nicht nur eine wirklich leninistische Beurteilung der sich bereits mächtig entwickelnden Verhältnisse in China, sondern er ging zu einem ganz und gar bürgerlich-menschewistischen Kurs über. In diesem Beschlusse wurde, so unglaublich es klingt, auch nicht ein Wort über den ersten konterrevolutionären Staatsstreich Tschang Kai-scheks vom März 1926 gesagt. Nicht ein Wort über das Erschießen von Arbeitern und Bauern und über andere Unterdrückungsmaßregeln, die die Kantonregierung während des Frühlings und Sommers 1926 in einer ganzen Reihe von Provinzen durchführte. Nicht ein Wort über die gegen die Arbeiterklasse gerichteten Zwangsentscheidungen. Nicht ein Wort über die Niederschlagung der Arbeiterausstände durch die Kantonregierung, über den Schutz, den sie den gelben Arbeitergewerkschaften angedeihen ließ. Nicht ein Wort über die Bemühungen der Kantonregierung, die Bauernbewegung zu erdrosseln und zu verleumden und ihre Ausbreitung zu verhindern. In dem Beschluß des siebenten Plenums ist kein Aufruf zur Bewaffnung der Arbeiter, zum Kampf gegen den konterrevolutionären Generalstab. Die Truppen Tschang Kai-scheks werden in diesem Beschluß eine revolutionäre Armee genannt. Keine Aufforderung zur Schaffung einer täglich erscheinenden kommunistischen Presse befindet sich darin, und es wird nicht einmal klar und deutlich ausgesprochen, daß wir eine ehrliche und unabhängige kommunistische Partei in China haben müssen. Zu dem allen kommt noch, daß das siebente Plenum die Kommunisten drängte, in die nationale Regierung einzutreten, was unter den augenblicklichen Verhältnissen nur das denkbar größte Unheil herbeiführen würde.

Der Beschluß der Internationale sagt: „Das System der nationalen revolutionären Regierung (damit ist die Regierung Tschang Kai-scheks gemeint) bietet einen wirklichen Weg zur Solidarität mit den Bauern.“ Ferner sagt er (im

November 1926!): „Selbst gewisse Schichten der Großbourgeoisie können eine Zeitlang Hand in Hand mit der Revolution marschieren.“

Der Beschluß des siebenten Plenums ging schweigend über die Tatsache hinweg, daß der Zentralaussschuß der chinesischen Partei nach März 1926 die Verpflichtung annahm, den Sun-Yatsenismus nicht zu kritisieren; daß er auf die Grundrechte einer unabhängigen Arbeiterpartei verzichtete, ein reaktionäres liberales Bauernprogramm annahm und schließlich dem Sekretär seines Zentralaussschusses, dem Genossen Tschen Duschiu, erlaubte, in einem offenen Briefe vom 4. Juli 1926 den Sun-Yatsenismus als die „allgemeine Ansicht“ der Arbeiter und Bürger in der nationalen Bewegung anzuerkennen.

Annähernd zu der gleichen Zeit erklärten höchst verantwortliche russische Genossen, die Ausbreitung eines Bürgerkrieges in China würde die Kampffähigkeit der revolutionären Regierung schwächen, mit andern Worten, sie verhinderten offiziell die Entwicklung der agrarischen Revolution.

Am 5. April 1927, als die ganze Lage schon genügend klar sein konnte, erklärte Genosse Stalin auf einer Versammlung der Moskauer Parteileitung, Tschang Kai-schek sei ein Kämpfer gegen den Imperialismus, er habe sich den Grundsätzen der Kuomintangpartei unterworfen und müsse daher als zuverlässiger Bundesgenosse angesehen werden. Mitte Mai, als sich die Lage noch mehr geklärt hatte, erklärte Genosse Stalin, die Kuomintang in Wuhan sei eine revolutionäre Regierung, sei ein revolutionäres, von allen rechtsstehenden Elementen gesäubertes Zentrum.

Das achte verstärkte Plenum der Internationale vom Mai 1927 fand nicht in sich die Kraft, diese menschenwristischen Irrtümer zu korrigieren.

Die Opposition brachte auf diesem achten Plenum folgende Darlegung ein:

„Das Plenum würde richtig handeln, wenn es die Resolution Bucharins ganz verwürfe und statt dessen eine Resolution nach folgenden Gesichtspunkten annähme: Die Bauern und Arbeiter sollten den Führern der Kuomintang nicht trauen, sondern sich in Gemeinschaft mit den Soldaten ihre eigenen Sowjets schaffen. Die Sowjets sollten die Arbeiter und die Avantgarde der Bauern bewaffnen. Die kommunistische Partei sollte eine völlige Unabhängigkeit besitzen, eine täglich erscheinende Presse gründen und die Führung in der Errichtung der Sowjets übernehmen. Das Land sollte den Gutsherren sofort genommen werden. Die reaktionäre Bürokratie sollte sofort beseitigt werden. Gegen verräterische Generale und überhaupt gegen Konterrevolutionäre sollte ohne Verzug vorgegangen werden. Das allgemeine Ziel müßte eine demokratische Diktatur durch die Sowjets der Arbeiter- und Bauernvertreter sein.“

Der Versuch der Opposition, die Partei darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung in Wuhan durchaus nicht revolutionär sei, wurde von Stalin und Bucharin als „ein Kampf gegen die Partei“, als „ein Angriff auf die chinesische Revolution“ bezeichnet.

Nachrichten, die den wirklichen Verlauf der Revolution und Konterrevolution in China kennzeichneten, wurden verheimlicht oder gefälscht. Die Sache ging so weit, daß das Zentralorgan unserer Partei die Entwaffnung der Arbeiter durch die chinesischen Generale unter der Überschrift „Verbrüderung der Soldaten mit den Arbeitern“ ankündigte. In Verhöhnung der Lehren Lenins versicherte Stalin, das Verlangen der Errichtung von Sowjets in China bedeute das Verlangen einer sofortigen Diktatur des Proletariats. Tatsächlich hat Lenin schon während der Revolution von 1905 die Sowjets als Organe einer demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauern verlangt. Das von der Opposition zur rechten Zeit gestellte Verlangen nach Errichtung von Sowjets in China wurde

von Stalin und Bucharin mit der Beschuldigung einer „Unterstützung und Förderung der Konterrevolution“ beantwortet. Als die Häuser der revoltierenden Bauern und Arbeiter durch die „revolutionären“ Generale zerstört wurden, erhoben Stalin und Bucharin, um ihren Bankrott zu verschleiern, plötzlich selbst die Forderung der Errichtung von Sowjets in China — und dann vergaßen sie es schon am nächsten Morgen wieder.

Zuerst wurde die chinesische kommunistische Partei als „eine Mustersektion der Internationale“ bezeichnet, und die leiseste Kritik, die sich die Opposition über sie erlaubte — zu einer Zeit, da Fehler noch korrigiert werden konnten —, wurde unterdrückt und als ein „verächtlicher Angriff“ auf die chinesische Partei beschimpft. Später, als der traurige Fehlschlag der Martinow, Stalin und Bucharin völlig klar wurde, versuchte man alle Schuld auf die junge chinesische kommunistische Partei zu schieben.

Diese menschwistische Politik erhält ihren schärfsten Ausdruck durch eine freie und offene Verfälschung der revolutionären Lehren Lenins. Stalin, Bucharin und die „Schule der Jungen“ sind jetzt dabei, zu beweisen, daß die Lehren Lenins über die nationalen revolutionären Bewegungen auf eine Empfehlung des Zusammenwirkens mit der Bourgeoisie hinauslaufen.

Im Jahre 1920, auf dem zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale, sagte Lenin: „Es hat eine gewisse Annäherung der bürgerlichen Klassen der imperialistischen und kolonialen Ländern stattgefunden, so daß sehr häufig, ja in den meisten Fällen, die Bourgeoisie des unterdrückten Landes, obgleich sie die nationale Bewegung begünstigt, zur selben Zeit gemeinsam mit der imperialistischen Bourgeoisie gegen alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen kämpft.“

Lenin würde mit denselben Worten heute diejenigen verurteilen, die sich auf ihn beziehen, um ihr mensche-

wistisches politisches Zusammengehen mit Tschang Kaischek und andern zu rechtfertigen. Lenin sagte gerade über diese Frage im März 1917:

„Unsere Revolution ist bürgerlich, und darum sollten die Arbeiter die Bürger unterstützen“, sagen unnütze Politiker aus dem Lager der Nutznießer der Revolution. „Unsere Revolution ist bürgerlich“, sagen wir Marxisten, „darum müßten die Arbeiter dem ganzen Volke die Augen öffnen über die Betrügereien der bürgerlichen Politiker und das Volk lehren, den Worten dieser Politiker nicht zu glauben, sondern sich auf ihre eigene Kraft, ihre eigene Organisation, ihre eigenen Verbände, ihre eigenen Waffen und Munitionen verlassen.“

In den Augen des internationalen Proletariats dürfte es kein größeres Verbrechen geben, als ein solcher Versuch, Lenin als den Apostel eines Bündnisses mit der Bourgeoisie hinzustellen. Man wird in der Geschichte der revolutionären Bewegung kaum einen Fall finden, wo marxistische Prophezeiungen sich so rasch erfüllt haben, wie die der Opposition über die Probleme der chinesischen Revolution in den Jahren 1926 und 1927.

Ein Studium des Verlaufs der Ereignisse in der chinesischen Revolution und der Ursachen ihres Zusammenbruchs ist eine wichtige und dringende Aufgabe für die Kommunisten der ganzen Welt.

Diese Fragen werden morgen Lebensfragen für die ganze Arbeiterbewegung nicht nur in China, sondern auch in Indien und den andern östlichen Ländern — und so für das internationale Proletariat überhaupt werden. In den Debatten über diese Fragen, die die Grundlagen der marxistischen Weltanschauung berühren, handelt es sich um die Heranbildung von Regimentern echter Bolschewisten für die kommende Revolution.

Die Wiedererstarkung des Kapitalismus und die Taktik der kommunistischen Internationale

Einer der Hauptlehrsätze des Bolschewismus ist der, daß mit dem Weltkrieg und unserer Revolution die Epoche der sozialistischen Revolution begonnen hat. Die kommunistische Internationale wurde als eine „Partei der Weltrevolution“ gegründet. Eine Anerkennung dieser Tatsache wurde in den „einundzwanzig Punkten“ festgelegt. Und es war in erster Linie auf diesem Gebiete, daß die Kommunisten sich mit den sozialdemokratischen, unabhängigen Menschewisten aller Schattierungen entzweiten.

Natürlich bedeutet eine Anerkennung der Tatsache, daß mit dem Kriege und dem Oktobertag eine Epoche der Weltrevolution begonnen hat, noch nicht, daß wir zu jeder gegebenen Zeit unmittelbar vor einer revolutionären Situation stehen. In gewissen Perioden, in einzelnen Ländern und in besonderen Produktionszweigen ist der „sterbende Kapitalismus“ (Lenin) einer gewissen Wiederherstellung seiner Wirtschaft und selbst einer Weiterentwicklung seiner produktiven Kräfte fähig. Die Epoche der Weltrevolution wird ihre Perioden der Hebungen und Senkungen haben. Um so wichtiger wird es für die arbeitende Klasse und ihre Partei sein, sich bereit zu halten, nicht dem Einfluß der konterrevolutionären Sozialdemokratie zu verfallen und eine tüchtige Führerschaft in der Internationale zu besitzen. Aber diese Ebbe und Flut in der Revolution ändert nichts an der grundsätzlichen Leninschen Einschätzung unserer gegenwärtigen Epoche im ganzen. Nur diese Einschätzung kann die Grundlage der revolutionären Strategie der kommunistischen Internationale bilden.

Nun ist aber die Stalin-Gruppe infolge einer Reihe von Niederlagen der internationalen revolutionären Bewegung und der daraus entstandenen pessimistischen Stimmung, ohne daß sie es selbst merkte, zu einer vollständig „neuen“ und im Grunde sozialdemokratischen Einschät-

zung der augenblicklichen Epoche gekommen. Die neue „Theorie“, daß der Sozialismus auch in einem bestimmten Lande allein durchgeführt werden könnte, entspringt natürlich der Annahme, die Wiedererstarkung des Kapitalismus würde noch eine Reihe von Dekaden andauern. Es ist kein Zufall, daß die Theorie eines Sozialismus in einem einzelnen Lande von den Sozialrevolutionären sowohl des rechten wie des linken Flügels warm begrüßt wurde. Tschernow hat anlässlich dieses Themas über den „Kommunistischen Populismus“. Stalins und Bucharins geschrieben. Das Organ der linken Sozialrevolutionäre schrieb: „Stalin und Bucharin versichern, genau wie Narodniks, daß der Sozialismus auch in einem Einzelland gewinnen kann.“ Die Sozialrevolutionäre unterstützen diese Theorie deshalb, weil sie darin einen Verzicht auf die Taktik der Weltrevolution sehen.

In dem auf einen Bericht Stalins durch den vierzehnten Parteikongreß angenommenen Beschluß befindet sich folgende, offenbar falsche Feststellung: „Auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen haben wir eine Verstärkung und Verlängerung der ‚Atempause‘, die sich zu einer ganzen Periode ausdehnt.“ Auf dem siebenten verstärkten Plenum stellte Stalin am 7. Dezember 1926 in seinem Bericht die ganze Politik der Internationale auf die gleiche, vollständig falsche Einschätzung der Welt-situation ein. Diese Einschätzung hat sich inzwischen als offensichtlich falsch erwiesen.

Die Resolution des vereinigten Plenums des Zentral-ausschusses und des zentralen Kontrollausschusses von Juli und August 1927 spricht ohne die geringste Einschränkung von der technischen, wirtschaftlichen und politischen Wiedererstarkung des Kapitalismus. Dies bringt die Stalinsche Einschätzung der Weltlage noch viel näher an die der Führer der zweiten Internationale (an Otto Bauer, Hilferding, Kautsky und andere) heran.

Seit dem vierzehnten Kongreß sind etwas über andert-halb Jahre verflossen. Im Verlauf dieser Zeit hatten wir, um nur die allerwichtigsten Ereignisse anzuführen, den Generalstreik in England, die gewaltigen Ereignisse der chinesischen Revolution, den Arbeiteraufstand in Wien. Diese mit ihrer ganzen explosiven Kraft hinter den Verhältnissen der „Wiedererstarkung“ versteckten Ereignisse zeigen uns, wie viel an zerstörendem Material der Kapitalismus angesammelt hat, wie schwach es in Wirklichkeit mit seiner Erstarkung steht. Diese Ereignisse widersprechen direkt der Theorie des Sozialismus in einem einzelnen Land.

Andere dunkle Seiten der Erstarkung des Kapitalismus sind die 20 Millionen Arbeitslose, die kolossale Untätigkeit des produktiven Apparats, das ungesunde Wachsen der militärischen Rüstungen, die außerordentliche Unsicherheit der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen. Nichts enthüllt so sehr die Eitelkeit der Hoffnung auf eine lange Friedensperiode als die Kriegsgefahr, die gerade jetzt wieder über Europa hängt. Nur der Kleinbürger träumt, verblendet durch den Sieg des Kapitalismus über die Arbeiter, verblendet durch den technischen, wirtschaftlichen und politischen Erfolg des Kapitalismus, von einer Verfestigung der Verhältnisse für Dekaden. Aber die wirklichen Tatsachen, die sich in der Richtung auf einen Krieg hin entwickeln, werden jede Wiedererstarkung in die Luft sprengen. Außerdem werden die Arbeiterklassen und die unterdrückten, kolonialen Massen des Ostens immer wieder versuchen, mit Gewalt diese Erstarkung zu vernichten. Jetzt in England, jetzt in China, jetzt in Wien. Wir hatten einen Generalstreik in England bei nur 5000 Mitgliedern der englischen kommunistischen Partei. Wir hatten einen Arbeiteraufstand in Wien bei nur 6000 Mitgliedern der österreichischen kommunistischen Partei. Wir hatten einen bewaffneten Aufstand der Arbeiter- und Bauernmassen in

China, während der Zentralaussschuß der chinesischen kommunistischen Partei, wie sich jetzt herausstellt, nur ein Anhängsel der bürgerlichen Führerschaft der Kuomintang war. Dies sind die schreienden Widersprüche der gegenwärtigen Weltlage. Dies sind die Tatsachen, die die Erstarkung des Kapitalismus stützen und verlängern sollen. Unser großes Problem ist heute, die kommunistischen Parteien zu der Höhe der riesigen Anforderungen hinaufzuentwickeln, die die Gegenwart an sie stellt. Aber das verlangt in erster Linie ein richtiges Verstehen der ganzen Weltlage durch die kommunistische Internationale selbst.

Die internationale kommunistische Partei müßte sich die Aufgabe stellen, die ganze internationale Arbeiterklasse zusammenzufassen zur Verhinderung des Krieges, zur Verteidigung der Sowjetunion und zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Krieg für den Sozialismus. Dazu sollte man aber vor allem auch die revolutionär gesinnten, noch nicht kommunistischen Arbeiter gewinnen, die Nichtorganisierten, die Syndikalist, Anarchisten, Gewerkschaftler und sogar die ehrlichen Arbeiter, die noch Mitglieder rein bürgerlicher Organisationen sind. „Unter der vereinten Arbeiterfront muß man die Einheit aller Arbeiter verstehen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, und dies schließt auch diejenigen Arbeiter ein, die den anarchistischen Syndikalist, usw. folgen. In den romanischen Ländern ist die Zahl solcher Arbeiter noch recht beträchtlich.“ So lautete die Resolution des vierten Kongresses der kommunistischen Internationale unter Lenin. Sie behält noch heute ihre volle Kraft und Geltung. Das gegenwärtige Handeln der Führer der zweiten Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zeigt ganz deutlich, daß sie in einem zukünftigen Krieg in ihrer Unehrlichkeit und ihrem gewissenlosen Verrat noch die Rolle übertreffen werden, die sie 1914

bis 1918 gespielt haben. Der Franzose Paul-Boncour hat ein Gesetz eingebracht, das den Verrat der Arbeiterklasse schon jetzt durch einen für den Krieg vorgesehenen bürgerlichen Diktator sichert. Der Generalausschuß der englischen Gewerkschaften verteidigt die Mörder Woikows und billigt die Verschiffung von Truppen nach China. Kautsky in Deutschland predigt einen bewaffneten Aufstand gegen die russische Sowjetmacht, und der Zentralausschuß der deutschen Sozialdemokratie organisiert einen „Handgranatenfeldzug“. Die sozialdemokratischen Minister Finnlands und Litauens und die Führer der polnisch sozialistischen Partei sind ständig bereit, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Die Führer der amerikanischen Gewerkschaftsunion reden wie die giftigsten Reaktionäre und kämpfen offen gegen die Anerkennung der Sowjetunion. Die „Sozialisten“ der Balkanstaaten unterstützen die Henker ihrer eigenen Arbeiter und werden ebenfalls ständig bereit sein, einen Krieg gegen die „feindliche“ Sowjetunion mitzumachen. Die österreichischen sozialdemokratischen Führer sind in Worten „für die Sowjetunion“, aber Leute, die ihren Faschisten geholfen haben, sich bei dem Aufstand in Wien im Blute der Arbeiter zu baden, werden natürlich im entscheidenden Augenblick auf der Seite der Kapitalisten stehen. Die russischen Menschewisten und Sozialrevolutionäre treten nur deswegen nicht für eine Intervention gegen die Sowjetunion ein, weil bisher noch keine von den stärkeren Nationen zur Intervention bereit sind. Die Führer der sogenannten „linken Sozialdemokratie“, die ihre im Grunde konterrevolutionären Ansichten verbergen, bilden die Hauptgefahr, weil sie mehr als sonst jemand die Arbeiter, die noch dem sozialdemokratischen Banner folgen, daran hindern, endgültig mit diesen Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung zu brechen. Ehemalige Mitglieder der kommunistischen Internationale (wie Katz, Schwartz, Korsch und Rosenberg) spie-

len dadurch, daß sie mit dem Kommunismus durch eine Ultralinksschwenkung gebrochen haben, dieselbe Verräterrolle.

Ein Liebäugeln mit diesen sozialdemokratischen Führern (die in allen ihren Schattierungen, von den offen Rechtsgerichteten bis zu den angeblich Linksgesinnten, absolut antirevolutionär sind) wird immer gefährlicher werden, je mehr sich uns der Krieg nähert. Die Taktik der vereinten Front dürfte unter keinen Umständen zu einer Vereinigung mit den Verrätern des Generalaussschusses der Gewerkschaften oder zu einer Verständigung mit Amsterdam führen. Solch eine Politik würde die Arbeiterklasse verwirren und schwächen, die Stellung der zweifellosen Verräter stärken und die höchste Anspannung unserer Kräfte hindern. Der falsche Kurs, der in der Stalinschen Phrase „Gefahr von links!“ gipfelt, hat es in den letzten zwei Jahren so weit gebracht, daß heute die vorherrschende Führerschaft in den wichtigsten Sektionen der Internationale gegen den Willen der Arbeiterkommunisten in die Hände des rechten Flügels geraten sind. (Dies ist in Deutschland, in Polen, in der Tschechoslowakei, Italien und England, in Frankreich geschehen.)

Die Politik dieser herrschenden rechten Gruppen geht dahin, den ganzen linken Flügel der kommunistischen Internationale auszuschneiden, wodurch die Macht der ganzen Partei geschwächt und unheilvolle Gefahren heraufbeschworen werden.

Besonders hat sich diese Politik der Beseitigung des ganzen linken Flügels der Internationale beim Ausschluß der Urbangruppe in Deutschland gezeigt. Indem man einige scharfe, polemische Ausdrücke, die die Parteigänger Urbans und Maslows gebrauchten, um sich gegen Beschimpfungen wie „Renegaten“, „Konterrevolutionäre“, „Agenten Chamberlains“ usw. zu wehren, in ungehöriger Weise hervorhob, hat die Stalingruppe es so weit

gebracht, die deutsche Linke mit Gewalt auf den Weg der Gründung einer zweiten Partei zu bringen. Sie tut überhaupt ihr Bestes, um die Spaltung in den Reihen der deutschen Kommunisten zu einer dauernden Tatsache zu machen.

In Wirklichkeit verteidigt die Urbangruppe in allen Grundfragen der internationalen Arbeiterbewegung die Ansichten Lenins. Sie verteidigt die Sowjetunion und wird sie auch im entscheidenden Augenblick bis zum letzten Blutstropfen verteidigen. Sie umfaßt Hunderttausende der alten Arbeiterbolschewisten, die mit den breiten Massen des Proletariats verbunden sind. Sie besitzt auch die Sympathie vieler Tausende von Arbeiterkommunisten, die in der deutschen kommunistischen Partei verblieben sind.

Eine Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Genossen, die die Autorität des Kongresses der Internationale anerkennen — vor allem der Genossen aus der Urbangruppe — ist der erste Schritt dazu, Stalins Handeln, das auf eine Zersplitterung der Partei gerichtet war, wieder gut zu machen. In seiner Schrift „Kinderkrankheiten der Linksbewegung“, in denen Lenin die Irrtümer der Ultralinksgerechtigten schilderte, sagte er, der Hauptfeind des Bolschewismus in der Arbeiterbewegung sei und bleibe der Opportunismus. „Dieser Feind bleibe auch der Hauptgegner auf dem internationalen Gebiete.“ Dieser Feststellung fügte Lenin auf dem zweiten Kongreß der Internationale noch hinzu, daß „im Vergleich mit diesem Problem es ein leichtes sein würde, Irrtümer des linken Flügels im Kommunismus wieder gut zu machen“. Als Lenin von der Linken sprach, dachte er an die Ultralinksgerechtigten, während Stalin, wenn er von dem Kampfe gegen die äußerste Linke spricht, die revolutionären Leninisten im Auge hat.

Ein entschiedener Kampf gegen die rechtsgerichtete opportunistische Bewegung als dem Hauptfeind und eine

Verbesserung der Irrtümer der linksgerichteten Bestrebungen — das war das Programm Lenins. Wir, die Anhänger der Opposition, schlagen dasselbe Programm vor.

Die Macht des „sozialistischen“ Opportunismus ist letzten Endes die Macht des Kapitalismus. Während der ersten Jahre der Nachkriegskrisis (1918—1921), als der Kapitalismus schnell dem Abgrund entgegenglitt, sank mit ihm auch die offizielle Sozialdemokratie. Die Niederlage der italienischen Arbeiter in den Jahren 1920 und 1921, die des deutschen Proletariats 1921 bis 1923, der Zusammenbruch der großen Streiks in England 1926 und die Besiegung des chinesischen Proletariats 1927 haben, was auch sonst die Ursachen davon waren, eine zeitweilige Unterdrückung der revolutionären Welle in den oberen Schichten des Proletariats zur Folge gehabt. Sie haben für eine gewisse Zeit die Sozialdemokratie auf Kosten der kommunistischen Partei gestärkt. Und innerhalb der kommunistischen Partei geben sie dem rechten Flügel eine vorübergehende Herrschaft auf Kosten des linken Flügels. Die Rolle der Arbeiteraristokratie, der Arbeiterbureaukratie und ihrer kleinbürgerlichen Verbündeten wird in einer solchen Zeit besonders stark und besonders rückschrittlich.

In gewisser Hinsicht müssen diese Prozesse unvermeidlich die kommunistische Partei der Sowjetunion beeinflussen. Die behördliche Zentrale richtet ihr Feuer ausschließlich nach links und hat so einfach auf mechanische Weise das Schwergewicht der Kräfte noch mehr zuungunsten des linken, leninistischen Flügels verschoben. Es hat sich eine Situation herausgebildet, in der die Partei überhaupt nicht mehr bestimmt, sondern nur noch der Apparat.

Dies sind die allgemeinen Gründe für den sinkenden Einfluß des leninistischen Flügels auf die Politiker der Internationale, der russischen kommunistischen Partei und

den Sowjetstaat. Die Folge davon ist nun, daß die rechtsstehenden, halbsozialdemokratischen Elemente, die sich noch lange nach der Oktoberrevolution in den Reihen unserer Feinde befanden und schließlich wie zur Probe in die kommunistische Internationale aufgenommen wurden (hierzu gehören Martinow, Schmeral, Rafies, D. Petrowski, Pepper und andere) jetzt immer häufiger und immer lauter im Namen der Internationale sprechen. Und zu ihnen muß man die Namen von absoluten Abenteurern hinzufügen, wie es Heinz Neumann und ähnliche Menschen sind. In den Massen aber schließen sich die Elemente zu einer neuen Bewegung nach links, zu einer neuen revolutionären Erhebung, bereits zusammen. Die Opposition ist dabei, sich auf diesen Tag theoretisch und politisch vorzubereiten.

Die Hauptschlußfolgerungen

1. In den herrschenden Kreisen unserer Majorität werden unter dem Einfluß unseres Zerwürfnisses mit England und anderer auswärtiger und einheimischer Schwierigkeiten folgende Pläne erwogen: Man will die zaristische Staatsschuld anerkennen. Man will mehr oder weniger das Monopol des auswärtigen Handels aufheben. Man will sich von China zurückziehen, das heißt, man will für eine Zeit auf eine Unterstützung der chinesischen Revolution und der allgemeinen nationalrevolutionären Bewegung verzichten. Man will sich im Lande nach rechts entwickeln und der Nep, dem Privatkapitalismus, eine kleine Ausdehnung gestatten. Um diesen Preis hofft man, die Kriegsgefahr abzuwenden, die internationale Lage der Sowjetunion zu verbessern und auch die inneren Schwierigkeiten zu beseitigen, oder wenigstens zu vermindern. Der ganze Plan basiert auf der einzigen Annahme, daß der Kapitalismus auf Jahrzehnte hinaus gesichert ist.

In Wirklichkeit bedeutet dieses „Manöver“ unter den augenblicklichen Umständen eine völlige Kapitulation der Sowjetmacht, den Weg von der Nep, vom kapitalistischen Einzelunternehmer, zum Kapitalismus überhaupt. Die Imperialisten würden alle unsere Zugeständnisse annehmen, um um so schneller zu neuen Angriffen und selbst zum Kriege überzugehen. Die Kulaken, die Nepleute und die Bürokraten würden auf unsere Konzessionen hin um so beharrlicher alle antikommunistischen Kräfte gegen unsere Partei organisieren. Unsere ganze „Taktik“ würde nur unsere neue Bourgeoisie so eng wie möglich mit der ausländischen Bourgeoisie verbinden. Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion würde unter die völlige Kontrolle des internationalen Kapitals geraten, so daß wir jeden geliehenen Penny mit einem Rubel Sklaverei bezahlen müßten. Und die Arbeiterklasse und die große Masse der Bauern, sie würden ihren Glauben an die Macht des Sowjetstaates und an seine Führung verlieren.

Wir müssen natürlich versuchen, uns, wenn es möglich ist, vom Kriege „loszukaufen“. Aber gerade aus diesem Grunde müssen wir stark und geeint bleiben, müssen wir unentwegt die Taktik der Weltrevolution verteidigen und die Internationale zu stärken suchen. Nur auf diese Art haben wir eine ernstliche Möglichkeit, den Krieg genügend lang hinauszuschieben, ohne dabei einen Preis zu bezahlen, der die Grundlage unserer Macht zerstört und uns, falls der Krieg sich als unvermeidlich erweisen sollte, der Unterstützung des internationalen Proletariats und der Möglichkeit des Siegens beraubt.

Lenin machte den Imperialisten gewisse wirtschaftliche Zugeständnisse, um sich vom Kriege loszukaufen, oder um internationales Kapital zu billigen Bedingungen heranzuziehen. Aber weder unter diesen Umständen, noch in den schwierigsten Augenblicken der Revolution hat Lenin je daran gedacht, das Monopol des auswärtigen Handels

zu zerstören, den wohlhabenden Bauern politische Rechte einzuräumen, von der Unterstützung der Weltrevolution und deren Taktik abzugehen.

Wir müssen daher in erster Linie rückhaltlos und mit aller Kraft für die Ermutigung und Stärkung der internationalen Revolution eintreten. Wir müssen uns entschlossen allen diesen pseudostaatsmännischen Tendenzen des Nachgebens entgegenstellen, die sich in Bemerkungen zeigen, wie diesen, wir hätten kein Recht gehabt, uns in die chinesischen Verhältnisse einzumischen, wir sollten lieber so schnell wie möglich uns aus China hinausmachen, wenn wir uns vernünftig benähmen, würden uns die andern schon in Ruhe lassen, usw. Die „Theorie“ des Sozialismus in einem einzelnen Lande spielt jetzt eine tatsächlich zersetzende Rolle und verhindert offenbar den Zusammenschluß der internationalen Kräfte des Proletariats um die Sowjetunion. Sie lullt die Arbeiter der anderen Länder ein, indem sie ihr Gefühl für die augenblicklichen Gefahren abstumpft.

2. Eine andere Aufgabe von gleicher Wichtigkeit ist die Festigung unserer Parteireihen, ist die Beschneidung der Möglichkeit für die Imperialisten und die Führer der Sozialdemokratie, offen auf eine Zersplitterung der Partei und auf weitere Ausschließungen zu hoffen. Alles dieses hat eine direkte Verbindung mit der Kriegsfrage, denn die ganzen gegenwärtigen Versuche der Imperialisten stützen sich auf solche politische Stimmungsmomente. Alle Organe der internationalen Bourgeoisie und Sozialdemokratie zeigen jetzt ein ganz ungewöhnliches Interesse für unsere inneren Parteistreitigkeiten. Sie ermutigen und hetzen offen die jetzige Majorität des Zentralausschusses, die Opposition aus den leitenden Organen der Partei, und wenn möglich, auch aus der Partei selbst zu entfernen, ja sich gänzlich ihrer zu entledigen. Von der reichsten bürgerlichen Zeitung, der New York Times an, bis zu dem höchst geschmeidigen Organ der zweiten

Internationale, der Wiener Arbeiterzeitung Otto Bauers, beglückwünschen alle Organe der Bourgeoisie und der Sozialdemokraten die „Regierung Stalins“ zu ihrem Kampf gegen die Opposition. Sie drängen diese Regierung, auch weiterhin ihre „staatsmännische Klugheit“ zu zeigen durch eine entschlossene Beseitigung dieser oppositionellen „Propagandisten der internationalen Revolution“. Bei sonst gleichbleibenden Verhältnissen wird ein Krieg um so später eintreten, je länger die Hoffnungen des Feindes auf eine Ausschließung der Opposition unerfüllt bleiben. Ja, wir können uns sogar, wenn dies möglich ist, von einem Kriege loskaufen und, wenn wir zum Kriege gezwungen werden, siegreich behaupten — aber einzig nur, wenn wir einig bleiben, wenn wir die Hoffnung der Imperialisten auf eine Spaltung oder eine Verstümmelung zuschanden machen. Denn diese würden nur den Kapitalisten nützen.

3. Es ist notwendig, unsern Klassenstandpunkt in der internationalen Arbeiterbewegung stärker zu betonen, den Kampf gegen den linken Flügel der Internationale zu beenden, die ausgeschlossenen Mitglieder, soweit sie sich den Kongreßbeschlüssen fügen, wieder aufzunehmen und ein für allemal die Politik des „herzlichen Einvernehmens“ mit den verräterischen Führern des englischen Gewerkschaftsausschusses zu verdammen. Ein Bruch mit ihnen wird in der gegenwärtigen Lage dieselbe Bedeutung haben, wie es 1914 der Bruch mit dem internationalen sozialistischen Bureau der zweiten Internationale hatte. Lenin verlangte diesen Bruch in einem Ultimatum von jedem Revolutionär. Ein weiteres Verbleiben in einer Gemeinschaft mit diesem Gewerkschaftsausschuß heißt heute wie damals, den konterrevolutionären Führern der zweiten Internationale helfen.

4. Wir müssen entschieden unsern Standpunkt in der nationalrevolutionären Bewegung verbessern — vor allem in China, aber auch in einer Reihe von andern Län-

dern. Wir müssen die Politik der Mattinow, Stalin und Bucharin aufgeben und zu dem Kurs zurückkehren, den Lenin in den Beschlüssen des zweiten und vierten Kongresses der kommunistischen Internationale festgelegt hat. Im andern Falle werden wir statt eines Förderers, ein Hemmschuh der nationalrevolutionären Bewegung sein und unvermeidlich die Sympathien der Arbeiter und Bauern des Ostens verlieren. Die chinesische kommunistische Partei muß jede organisatorische und politische Abhängigkeit von der Kuomintang beseitigen, sie muß die Kuomintang aus ihren eigenen Reihen entfernen.

5. Wir müssen beharrlich, planvoll und entschlossen für den Frieden kämpfen. Wir müssen den Krieg hinauschieben, „uns von der Kriegsdrohung loskaufen“. Alles, was uns möglich und erlaubt ist, müssen wir zu diesem Zwecke tun. Zur gleichen Zeit müssen wir uns aber auch sofort für einen Krieg bereitmachen und keinen Augenblick die Hände in den Schoß legen. Vor allem aber sollten wir dem unnützen, zersetzenden Geschwätz, ob eine unmittelbare Kriegsgefahr drohe, ein Ende machen.

6. Wir müssen entschieden unseren Klassenstandpunkt auf dem Lande verbessern. Wenn der Krieg unvermeidlich ist, dann kann nur eine unbedingt bolschewistische Politik den Sieg erringen, eine Politik, in der Arbeiter, Landarbeiter und arme Bauern im Bündnis mit den Mittelbauern gegen den reichen Bauern, gegen den Privatkapitalisten, gegen den Bürokraten kämpfen.

7. Wir müssen unsere ganze Wirtschaft, unseren Etat usw. für den Kriegsfall vorbereiten.

Der Kapitalismus ist in eine neue Störungsperiode eingetreten. Ein Krieg mit der Sowjetunion würde, ebenso wie ein Krieg mit China, eine Reihe von Katastrophen für den internationalen Kapitalismus bedeuten. Der Krieg von 1914 bis 1918 war ein gewaltiger „Beschleuniger“ (Lenin) der sozialistischen Revolution. Neue Kriege, und besonders ein Krieg gegen die Sowjetunion, würden, wenn

wir uns einer korrekten Politik befleißigten, uns die Sympathie der arbeitenden Massen der ganzen Erde gewinnen und dann zu einem noch stärkeren „Beschleuniger“ des Niederganges des Weltkapitalismus werden. Sozialistische Revolutionen entwickeln sich auch ohne neue Kriege, aber neue Kriege führen unvermeidlich zu einer sozialistischen Revolution.

DIE ROTE ARMEE UND DIE ROTE FLOTTE

DIE INTERNATIONALEN VERHÄLTNISSE STELLEN die Frage der Verteidigung der Sowjetunion immer mehr in den Vordergrund. Die Partei, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft werden sich mit erneuter und größerer Aufmerksamkeit der Roten Armee und der Roten Flotte zuwenden müssen.

Alle Einzelheiten unseres wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens sind mit dem Problem der Verteidigung verknüpft, und die Armee spiegelt unsere ganze soziale Struktur wieder. Aber sie zeigt nicht nur in der allerschärfsten Weise die starke, sondern auch die schwache Seite unserer Regierung. Erfahrung lehrt, daß man sich gerade auf diesem Gebiet am allerwenigsten auf den bloßen Anschein verlassen darf. Es ist hier besser, etwas zu weit zu gehen im immer erneuten Untersuchen und Kritisieren, als in einem bequemen Vertrauen und Zufriedensein.

Die Frage der gegenseitigen Beziehungen unserer Volksklassen und einer richtigen Politik auf diesem Gebiete ist von entscheidender Bedeutung für die innere Solidarität der Armee und das Verhältnis der Soldaten zu dem kommandierenden Stab. Die Frage der Industrialisierung hat eine entscheidende Bedeutung für die technischen Hilfsquellen unserer Verteidigung. Alle Maßnahmen, die sonst in diesem unserem Programm empfohlen sind — auf den Gebieten der internationalen Politik und der internationalen Arbeiterbewegung, der Industrie, des Ackerbaus, des Sowjetsystems, der nationalen Frage, der Partei und des Bundes der kommunistischen Jugend — alle diese Fragen sind von allergrößter Wichtigkeit für die Stärkung der Roten Armee und der Roten Flotte.

Unsere praktischen Vorschläge auf diesem Felde haben wir dem politischen Bureau eingereicht.

WIRKLICHE UND ANGEBLICHE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN

NICHTS BEWEIST SO KLAR DEN FALSCHEN POLITISCHEN Kurs der Stalingruppe, wie ihr beharrliches Ankämpfen, nicht gegen unsere wirklichen Meinungen, sondern gegen angebliche Meinungen, die wir gar nicht haben und nie gehabt haben.

Wenn die Bolschewisten mit den Menschewisten, Sozialrevolutionären und anderen kleinbürgerlichen Richtungen disputierten, dann erklärten sie vor den Arbeitern das wirkliche System der von ihren Gegnern vorgebrachten Ansichten. Wenn aber die Menschewisten oder Sozialrevolutionäre mit den Bolschewisten disputierten, dann unterschoben sie, statt die wirklichen Meinungen der Bolschewisten zu widerlegen, ihnen Dinge, die diese nie behauptet hatten. Die Menschewisten und Sozialrevolutionäre durften gar nicht die Ansichten der Bolschewisten vor den Arbeitern einigermaßen gerecht auseinanderlegen, denn dann hätten die Arbeiter sich auf die Seite der Bolschewisten gestellt. Überhaupt verstanden diese kleinbürgerlichen Gruppen unter Klassenkampf nichts anderes, als die Bolschewisten anzugreifen und sie Verschwörer, Verbündete der Gegenrevolution und später Agenten Wilhelms zu nennen. Genau in der gleichen Weise darf jetzt eine kleinbürgerliche Clique in unserer Partei gegen unsere leninistischen Ansichten kämpfen, indem sie uns Worte unterschiebt, die wir nie gesagt haben. Die Stalingruppe weiß ganz genau, daß, wenn wir unsere wirkliche Meinung auch nur mit einer Spur von Freiheit aussprechen dürften, eine ungeheure Mehrheit von Parteimitgliedern sich auf unsere Seite stellen würde.

Selbst die einfachsten Grundsätze einer ehrlichen innerparteilichen Auseinandersetzung werden nicht beachtet. Über die Frage der chinesischen Revolution, eine Frage von Weltbedeutung, hat der Zentralausschuß bis jetzt auch nicht ein Wort von allem, was die Opposition darüber gesagt hat, drucken lassen. Nachdem man die Oppo-

sition ganz von der Presse ausgeschlossen und der Partei gehörig die Augen verschlossen hat, bekämpft man uns immer wieder mit dem gleichen Argument, indem man uns eine fortwährend anwachsende Reihe von Dummheiten und Verbrechen vorwirft. Die Parteimitglieder zeigen aber mit jedem Tag geringere Neigung, diese Anklagen zu glauben.

1. Wenn wir feststellen, daß die gegenwärtige Erstarkung des Kapitalismus keine Erstarkung für Jahrzehnte ist und daß unsere Epoche, wie es Lenin gesagt hat, eine Epoche imperialistischer Kriege und sozialer Revolutionen bleibt, so unterschiebt uns die Stalingruppe, wir leugneten die Erstarkung des Kapitals überhaupt.

2. Wenn wir, wiederum in den Worten Lenins, sagen, daß zur wirklichen Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande der Sieg einer proletarischen Revolution in einem oder mehreren der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder nötig und daß der endgültige Sieg des Sozialismus in einem Lande allein, und dazu noch in einem rückständigen, unmöglich sei, wie es auch Marx, Engels und Lenin überzeugend nachgewiesen haben, dann behauptet die Stalingruppe fälschlicherweise, wir glaubten überhaupt nicht an den Sozialismus und an die Möglichkeit seines Aufbaus in der Sowjetunion.

3. Wenn wir, Lenin folgend, auf den anwachsenden Bureaukratismus in unserem proletarischen Staat hinweisen, dann schiebt uns die Stalingruppe die Meinung zu, unser Sowjetstaat sei überhaupt nicht proletarisch. Wenn wir vor der ganzen kommunistischen Internationale ankündigen, daß „jeder unserer Anhänger, der den proletarischen Charakter unserer Partei und unseres Staates und den sozialistischen Charakter des Aufbauwerks der Sowjetunion leugnet, rücksichtslos von uns bekämpft und aus unseren Reihen entfernt wird“, dann unterschlägt die Stalingruppe unsere Ankündigung und fährt fort, gegen uns zu hetzen.

4. Wenn wir darauf hinweisen, daß die thermidorischen, die antirevolutionären Elemente mit dem ziemlich ernsthaften Charakter unserer Wirtschaftslage im Lande zunehmen; wenn wir fordern, daß die Parteileitung diesen Erscheinungen und ihrem Einfluß auf gewisse Glieder unserer Partei einen entschlosseneren und festeren Widerstand entgegensetzen sollte, dann macht die Stalingruppe daraus die Behauptung, die Partei sei thermidorisch, und die proletarische Revolution sei degeneriert. Wenn wir der ganzen Internationale sagen: „Es ist nicht wahr, daß wir der Mehrheit unserer Partei ein Abweichen nach rechts vorwerfen; wir glauben nur, daß es rechtsgerichtete Tendenzen und Gruppen in unserer Partei gibt, die einen unverhältnismäßig großen Einfluß haben, die aber durch die Partei überwunden werden können“ — dann unterschlägt die Stalingruppe unsere Erklärung und fährt fort, gegen uns zu hetzen.

5. Wenn wir auf das enorme Anwachsen der reichen Bauern, der Kulaken, hinweisen; wenn wir, Lenin folgend, immerzu versichern, daß „der Kulak nicht ruhig in den Sozialismus hineinwachsen kann“, daß er ein höchst gefährlicher Gegner der proletarischen Revolution ist — dann erhebt die Stalingruppe gegen uns die Anklage, wir wollten die Bauern berauben.

6. Wenn wir die Aufmerksamkeit unserer Partei auf das Erstarken des privaten Kapitals, auf seine immer größer werdende Anhäufung und auf seinen Einfluß im Lande richten, dann beschuldigt uns die Stalingruppe eines Angriffs auf die Nep, auf die das Privatkapital gestattende Wirtschaft und des Verlangens, zum militärischen Kommunismus zurückzukehren.

7. Wenn wir zeigen, wie falsch unsere Parteipolitik hinsichtlich der materiellen Lage unserer Arbeiter ist, wie unzulänglich die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot sind; wenn wir zeigen, daß der Anteil der nichtproletarischen Elemente am Nationaleinkommen un-

verhältnismäßig wächst — dann beschuldigt sie uns einer gildensozialistischen Ketzerei und des Demagogentums.

8. Wenn wir auf das allseitige Zurückbleiben der Industrie hinter den Anforderungen der öffentlichen Wirtschaft hinweisen und auf ihre unvermeidlichen Konsequenzen — auf das Mißverhältnis der Preise, auf Warenmangel, Differenzen zwischen Stadt und Land — so nennt sie uns „Überindustrialisten“.

9. Wenn wir die falsche Preispolitik beleuchten, die, statt die hohen Lebenskosten herabzusetzen, den Privatkapitalisten einen wahnsinnigen Profit erlaubt, dann beschuldigt uns die Stalingruppe, wir wollten höhere Preise herbeiführen. Als wir vor einem Jahre vor der ganzen Internationale erklärten: „Die Opposition hat nie in irgendeiner Äußerung höhere Preise verlangt oder vorgeschlagen, sondern sieht den Hauptfehler unserer Wirtschaftspolitik gerade in der Tatsache, daß wir nicht mit gehöriger Energie auf eine Beseitigung des Warenmangels und der damit unvermeidlich verbundenen hohen Detailpreise hinarbeiten“ — da wurde unsere Erklärung unterschlagen und die Hetze gegen uns fortgesetzt.

10. Wenn wir gegen das „herzliche Einvernehmen“ mit den Verrätern des Generalstreiks, den Konterrevolutionären des englischen Generalausschusses, die offen die Rolle von Agenten Chamberlains spielen, auftreten, dann klagt man uns als Gegner des Zusammenarbeitens der Kommunisten mit den Gewerkschaften, als Gegner der Taktik der gemeinsamen Front an.

11. Wenn wir Widerspruch gegen den Eintritt der Gewerkschaften der Sowjetunion in die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale oder gegen irgendein Liebäugeln mit den Führern der zweiten Internationale erheben, dann beschuldigt man uns einer sozialdemokratischen Ketzerei.

12. Wenn wir einer Politik widersprechen, die sich auf die chinesischen Generale stützt, wenn wir einer Unter-

werfung der chinesischen Arbeiterklasse unter die bürgerliche Kuomintang widersprechen, wenn wir der in China geübten menschewistischen Taktik unserer jetzigen Regierung widersprechen, dann wirft man uns vor, wir seien gegen die agrarische Revolution in China, wir seien die Spießgesellen Tschang Kai-scheks.

13. Wenn wir auf Grund unserer Ansicht über die Weltlage zu dem Schluß kommen, daß ein Krieg im Anzuge ist, und die Partei rechtzeitig warnen, so erheben die Stalinisten gegen uns die schimpfliche Anklage, wir sehnten einen Krieg herbei.

14. Wenn wir, getreu den Lehren Lenins, daran erinnern, daß gerade die Kriegsgefahr dringend eine feste und scharfumrissene Klassenpolitik verlangt, behaupten die Stalinisten ohne Scham, wir wollten überhaupt nicht die Sowjetrepublik verteidigen, wir seien Angsthasen und Defaitisten.

15. Wenn wir auf die unzweifelhafte Tatsache hinweisen, daß die gesamte kapitalistische und sozialdemokratische Presse der Welt auf Seite Stalins in seinem Kampf gegen die Opposition in der russischen kommunistischen Partei steht, daß sie Stalin wegen seiner Unterdrückung des linken Flügels belobt und ihn ermuntert, die Opposition aus dem Zentralausschuß und aus der Partei auszuschließen, dann behaupten die Prawda und die ganze Parteipresse fälschlich, die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie seien für die Opposition.

16. Wenn wir uns dem Übergang der Führerschaft der kommunistischen Internationale in die Hände des rechten Flügels und der Ausschließung Hunderttausender von Arbeiterbolschewisten widersetzen, so beschuldigt uns Stalin des Versuchs einer Spaltung der kommunistischen Internationale.

17. Wenn unter dem jetzigen verderbten Parteiregime Oppositionsangehörige, die glühende Parteianhänger sind, Mitglieder über ihre Ansichten aufzuklären suchen, dann

werden sie aus der russischen kommunistischen Partei hinausgeworfen. Man beschuldigt sie der Stiftung von Zwietracht und beginnt gerichtlich gegen sie wegen versuchter Parteispaltung vorzugehen. Die allerwichtigsten Parteifragen werden, anstatt daß man sie bespricht, unter einem Wirrwarr von Phrasen zur Seite geschoben.

18. Aber die Lieblingsanklage der letzten Jahre besteht doch darin, wir glaubten an den „Trotzkismus“. Wir haben vor der ganzen kommunistischen Internationale gesagt: „Es ist nicht wahr, daß wir Trotzkismus verteidigen. Trotzki hat der Internationale erklärt, daß in allen grundsätzlichen Fragen, über die er sich mit Lenin gestritten hatte, Lenin im Recht war — besonders in der Frage der ständigen Revolution und des Bauerntums.“ Diese, für die ganze kommunistische Internationale bestimmte Aussage weigert sich die Stalingruppe zu drucken. Sie fährt fort, uns des Trotzkismus zu beschuldigen. Natürlich bezieht sich diese Aussage auf zurückliegende Meinungsverschiedenheiten mit Lenin und nicht auf die von Stalin und Bucharin gewissenlos erfundenen angeblichen Zwistigkeiten. Alles, was sie über unsere Differenzen in jüngerer Vergangenheit, besonders aus der Zeit der Oktoberrevolution, entdeckt haben wollen, ist Einbildung.

Die Stalingruppe reißt einzelne Sätze von uns aus dem Zusammenhang, sie mißbraucht in einer brutalen und unehrlichen Weise falsch ausgewählte, alte polemische Bemerkungen Lenins, wobei sie vor der Partei andere und spätere Bemerkungen verbirgt, sie fälscht direkt die Parteigeschichte und die Tatsachen der Vergangenheit, und was noch wichtiger ist, sie verdreht und ändert einfach alles, was wir über die gegenwärtig zur Debatte stehenden Fragen schreiben. Dadurch entfernt sich die Gruppe der Stalin und Bucharin immer weiter von den Grundsätzen Lenins und versucht zugleich die Partei in den Glauben zu versetzen, es handele sich um einen Kampf zwischen Leninismus und Trotzkismus. Tatsächlich han-

delt es sich aber um einen Kampf zwischen Leninismus und dem Stalinschen Opportunismus. Unser unbekümmerter, gemeinsamer Kampf gegen den Stalinkurs war nur möglich, weil wir uns alle durchaus einig waren in dem Wunsch und der Entschlossenheit, den echt leninistischen, proletarischen Kurs zu verteidigen.

Das vorliegende Programm ist die beste Antwort auf die Anklage des „Trotzkismus“. Jeder, der es durchliest, weiß, daß es vom ersten bis zum letzten Wort auf den Lehren Lenins beruht. Es ist durchtränkt von dem echten Geist des Bolschewismus.

Möge die Partei unsere wirklichen Ansichten herausfinden. Möge sie die wirklichen Unterlagen unserer Zwistigkeiten kennen lernen — vor allem unserer Zwistigkeiten in der Frage von internationaler historischer Wichtigkeit, der chinesischen Revolution. Lenin hat uns gelehrt, im Falle von Meinungsverschiedenheiten nicht an ein bloßes Gerede zu glauben, sondern Dokumente zu verlangen, beide Parteien anzuhören, leere Behauptungen zurückzuweisen und deutlich herauszufinden, wie es um die Sache steht. Wir, die Opposition, wiederholen den Rat Lenins.

Wir müssen ein für allemal unmöglich machen, daß, wie es auf dem vierzehnten Kongreß geschehen ist, Meinungsverschiedenheiten plötzlich, zwei oder drei Tage vor dem Kongreßbeginn, der Partei vorgelegt werden. Wir müssen eine ehrliche Besprechung und eine ehrliche Entscheidung über den Grund der Meinungsverschiedenheiten ermöglichen, wie es unter Lenin auch immer der Fall war.

GEGEN DEN OPPORTUNISMUS — FÜR DIE EINHEIT DER PARTEI

WIR HABEN FREI UND OFFEN UNSERE MEINUNG über die schweren Fehler gesagt, die die Mehrheit des Zentralausschusses auf allen wichtigen Gebieten auswärtiger und inländischer Politik begangen hat. Wir haben gezeigt, wie durch diese Fehler des Zentralausschusses unsere Partei, die doch das Hauptwerkzeug der Revolution ist, geschwächt wurde. Wir haben gezeigt, wie aber trotzdem unsere Partei ihre Politik von innen heraus verbessern kann. Aber dazu ist erforderlich, daß wir klar und deutlich den Charakter der von der Parteiführung begangenen Fehler beschreiben.

Die Fehler, die gemacht wurden, waren opportunistische Fehler. Opportunismus ist in seiner entwickelten Form nach der klassischen Definition Lenins ein Block der Arbeiterführer mit der Bourgeoisie, der sich gegen die große Masse der Arbeiter richtet. Unter den Verhältnissen, wie sie jetzt in der Sowjetunion vorhanden sind, würde ein Opportunismus in seiner entwickelten Form das Streben der Arbeiterführer sein, mit der sich neu entwickelnden Bourgeoisie (den Kulaken und Nepleuten) und mit dem Weltkapitalismus auf Kosten der breiten Masse der Arbeiter und armen Bauern einen Kompromiß abzuschließen.

Wenn wir das Bestehen solcher Bestrebungen in gewissen Kreisen unserer Partei feststellen — in einigen fangen sie gerade an sich zu zeigen, in anderen sind sie schon voll entwickelt —, so ist es lächerlich, uns daraufhin der Parteiverleumdung zu beschuldigen. Wir wenden uns ja gerade an die Partei gegen diese sie bedrohenden Bestrebungen. Ebenso ist es lächerlich, zu behaupten, wir klagten diese oder jene Sektion des Zentralausschusses oder der Partei der Unehrllichkeit gegen die Revolution, des Verrats an den Interessen des Proletariats an. Ein falscher politischer Kurs kann durch die aufrichtigste Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterklasse diktiert

sein. Selbst die extremsten Vertreter des rechten Flügels sind überzeugt, daß die von ihnen beabsichtigten Kompromisse mit den bürgerlichen Elementen notwendig für die Interessen der Arbeiter und Bauern sind, daß sie nur eins von jenen Manövern sind, die Lenin für durchaus erlaubt hielt. Selbst jene rechte Gruppe, die ein offenes Bestreben zeigt, die proletarische Revolution im Stich zu lassen, wünscht nicht bewußt den Thermidor, den Sturz der Revolution, herbei. Und dies gilt noch mehr für die Mitte, die eine typische Politik der Illusion und der Selbsttäuschung betreibt.

Stalin und seine engsten Anhänger sind überzeugt, daß sie mit ihrem mächtigen Apparat die Kräfte der Bourgeoisie, denen sie sich offen nicht gewachsen fühlen, wenigstens überlisten können. Stalin und die Stalinisten glaubten zweifellos in aller Aufrichtigkeit, daß sie mit den chinesischen Generalen für eine gewisse Zeit spielen, und sie nachher, wenn sie sie für die Interessen der Revolution benutzt hätten, wie ausgesaugte Apfelsinen wegwerfen könnten. Stalin und die Stalinisten glauben noch jetzt in aller Aufrichtigkeit, daß sie ruhig ihrer Bourgeoisie Konzessionen machen und später ebenso ruhig diese Konzessionen wieder zurücknehmen können.

In ihrem bürokratischen Eigendünkel erleichtern sich die Stalinisten ihre Manöver, indem sie die Partei von allen wirklichen Entscheidungen fernhalten und so ihren Widerstand vermeiden. Aber dadurch schwächen oder lähmen sie gerade diejenigen Kräfte, die bei einem guten Manöver mit Nutzen entfaltet werden können, und die bei einem schlechten Manöver die Führer vor den schlimmen Folgen ihres Vorgehens schützen könnten. Das Gesamtergebnis aber der Kompromißbestrebungen des rechten Flügels des Zentralausschusses und seines Manövrierens kann nichts anderes sein als eine Schwächung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats im Sowjetstaat, eine Schwächung seines Bündnisses mit dem armen

Bauern und dem Mittelbauern, eine Bedrohung seiner Stellung im Staatsbetrieb und eine Verlangsamung der Industrieentwicklung. An diese Folgen der Politik des Zentralausschusses, nicht an seine Absichten, dachte die Opposition, als sie auf die Gefahr eines Thermidors — das heißt, eines Abweichens aus den Geleisen der proletarischen Revolution in die kleinbürgerlichen Geleise dachte. Der gewaltige Unterschied in der Geschichte und im Charakter unserer Partei von den Parteien der zweiten Internationalen ist jedermann klar. Die russische kommunistische Partei ist in den Feuern von drei Revolutionen geschmiedet worden. Sie hat die Macht ergriffen und sie gegen eine Welt von Feinden behauptet. Sie hat die dritte Internationale gegründet; ihr Schicksal ist das Schicksal der ersten siegreichen Revolution. Die Revolution bestimmt das Tempo ihres inneren Lebens. Alle intellektuellen Prozesse in der Partei haben, da sie unter dem starken Druck einer Klassenbewegung vor sich gehen, eine Tendenz, schnell sich zu entwickeln und heranzureifen. Gerade deshalb müssen wir in unserer Partei aber auch rechtzeitig und energisch gegen die ersten Bestrebungen eines Abweichens von der leninistischen Linie ankämpfen.

Die opportunistischen Tendenzen in der russischen kommunistischen Partei haben tiefgehende Wurzeln: 1. Die internationale Einkreisung durch bürgerliche Staaten und die vorübergehende Kräftigung des Kapitalismus verführen zu dem Glauben an eine dauernde Wiedererstarkung des Kapitalismus. 2. Die neue Wirtschaftspolitik, die bei uns einen gewissen Privatkapitalismus gestattet und als ein Übergang zum Sozialismus unbedingt notwendig war, hat durch die Neuschaffung von Kapitalismus auch wieder die dem Sozialismus feindlichen Kräfte neu belebt. 3. Die kleinbürgerlichen Elemente müssen in einem Lande, das in einer enormen Mehrheit aus Bauern besteht, nicht nur in die Sowjets, sondern auch in die Partei hineinfluten. 4. Die für die Revolution un-

bedingt notwendige Tatsache, daß die Partei auf politischem Gebiete ein Monopol hat, schafft noch eine weitere Reihe von Gefahren. Der elfte Parteikongreß unter Lenin wies direkt und offen darauf hin, daß in unserer Partei sich bereits ganze Gruppen von Leuten befänden (aus den Schichten der wohlhabenden Bauern und der Intelligenz), die sich in den sozialrevolutionären und menschenwristischen Parteien befinden würden, wenn diese Parteien nicht verboten wären. 5. Der staatliche Apparat durchtränkt die Partei, obgleich er von ihr geleitet wird, doch wieder mit vielem, was bürgerlich und kleinbürgerlich ist, und schafft so Opportunismus. 6. Durch die für unsere Aufbauarbeit notwendigen Ingenieure, Spezialisten und geistigen Arbeiter fließt in unseren staatlichen, wirtschaftlichen und parteilichen Apparat ein unaufhörlicher Strom nichtproletarischer Beeinflussung.

Dies sind die Gründe, warum die leninistische Opposition so beharrlich auf das von Tag zu Tag immer klarer werdende Abweichen der Stalingruppe hinweist. Es ist eine verbrecherische Leichtfertigkeit, zu behaupten, daß in der großen Vergangenheit der Partei und in seinen alten bolschewistischen Mitgliedern unter allen Umständen und für immer eine Garantie gegen die Gefahr einer opportunistischen Entartung läge. Solch eine Ansicht hat auch nicht das geringste mit dem Marxismus zu tun.

Es waren nicht solche Gedanken, die Lenin uns gelehrt hat. Auf dem elften Parteikongreß sagte Lenin: „Die Geschichte kennt Entartungen aller Art. Sich auf Überzeugung, Treue und ähnliche schöne Eigenschaften der Individuen zu verlassen — das heißt keine ernsthafte Politik treiben.“

Die Arbeiter, die die ungeheure Majorität der sozialistischen Parteien des Westens in der Zeit vor dem imperialistischen Krieg bildeten, waren unbedingte Gegner des Opportunismus. Aber sie widersetzten sich nicht von Anfang an den opportunistischen Fehlern ihrer Führer,

da diese Fehler zunächst nicht groß waren. Sie unterschätzten die Bedeutung dieser Fehler. Sie verstanden nicht, daß nach der langen friedlichen Entwicklungsperiode, die eine so mächtige Bureaukratie und Aristokratie unter den Arbeitern entwickelte, die erste ernstliche, historische Störung nicht nur die Opportunisten, sondern auch die Vertreter der Mitte zwingen würde, gerade im kritischen Augenblick waffenlos vor der Bourgeoisie zu kapitulieren. Wenn man den revolutionären Marxisten, die den linken Flügel der zweiten Internationale vor dem Kriege bildeten, einen Vorwurf machen kann, dann ist es nicht, daß sie die Gefahr des Opportunismus übertrieben, indem sie sie eine nationalliberale Arbeiterpolitik nannten, sondern daß sie sich zu sehr auf die Arbeitermitglieder der damaligen sozialistischen Parteien verließen. Sie verließen sich auf die revolutionären Instinkte des Proletariats und auf die Verschärfung der Klassenunterschiede. Sie unterschätzten die wirkliche Gefahr und mobilisierten gegen sie mit ungenügender Energie die revolutionären unteren Klassen. Wir wollen diesen Fehler nicht wiederholen, wir wollen zur rechten Zeit den Kurs der Parteiführer verbessern. Und das soll auch unsere Antwort auf die Anklage sein, wir beabsichtigen, die Partei zu spalten und eine neue zu bilden. Die Diktatur des Proletariats verlangt hier gebieterisch eine einzige und einheitliche proletarische Partei als Führerin der arbeitenden Massen und der Armen. Eine solche, von keinem fraktionellen Hader geschwächte Einheit braucht das Proletariat unbedingt zur Erfüllung seiner historischen Mission. Diese kann nur auf der Grundlage der Lehren von Marx und Lenin verwirklicht werden, wenn diese Lehren durch keine persönlichen Auslegungen verwässert und durch keinen Revisionismus verdorben werden.

Indem die Opposition für ein entschlossenes Tempo unserer Industrieentwicklung als der Vorbedingung unseres Aufbaus kämpft, indem sie kämpft gegen das An-

wachsen der wohlhabenden Bauern und seine Herrschaftsbestrebnungen auf dem Lande, indem sie für eine rechtzeitige Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Arbeiter, für Demokratie in der Partei, in den Gewerkschaften, in den Sowjets kämpft — kämpft sie keineswegs für Ideen, die die Arbeiter der Partei entfremden, sondern im Gegenteil für ein neues Erstarren der wirklichen Einheit der allgemeinen kommunistischen Partei. Ohne Verbesserung der opportunistischen Fehler gibt es nur eine Scheineinheit, die die Partei vor dem Angriff der wachsenden Bourgeoisie schwächt und sie im Falle eines Krieges zwingt, ihre Reihen auf dem Marsch und unter dem Feuer des Feindes umzuformen. Wenn der proletarische Kern unserer Partei unsere wirklichen Ansichten und Vorschläge erkennt, dann wird er — dessen sind wir sicher — sie annehmen und für sie, nicht als parteiliche Losungen, sondern als das rechte Banner der Parteeinigkeit kämpfen.

Unsere Partei hat die Fehler ihrer Führerschaft bis jetzt noch nicht richtig erkannt und sie deshalb auch nicht verbessert. Das außerordentlich schnelle Anwachsen unserer Industrie während der Restaurationsperiode war eine der Grundursachen jener opportunistischen Selbsttäuschung, die die Mehrheit des Zentralausschusses systematisch in der Partei und unter den Arbeitern gefördert hat. Die schnellen Anfänge einer Besserung der Lage der Arbeiter gegenüber den Verhältnissen während des Bürgerkrieges erweckten in weiten Kreisen der Arbeiterschaft die Hoffnung auf eine schnelle und schmerzlose Überwindung der Mißstände, die der Privatkapitalismus mit sich brachte. Dies hindert aber auch die Partei, zur rechten Zeit die Gefahr einer opportunistischen Abweichung zu erkennen.

Das Anwachsen der leninistischen Opposition in der Partei hat die schlimmsten Elemente der Bureaukratie zu Anwendungen von Mitteln getrieben, die bisher in

der Tätigkeit des Bolschewismus unerhört waren. Da sie nicht länger durch Verordnungen die Besprechung politischer Fragen in den Parteiverbänden verhindern konnten, haben sie jetzt — gerade vor dem fünfzehnten Kongreß — besondere Banden organisiert, die durch Schreien Pfeifen, Lichtauslöschen und dergleichen jede Diskussion unmöglich machen.

Dieser Versuch, in unserer Partei direkte physische Gewaltmethoden einzuführen, wird den Unwillen aller anständigen proletarischen Elemente erregen und sich unvermeidlich gegen ihre eigenen Urheber wenden. Keine noch so schlaun Gewaltmaßregeln des Parteiapparates werden aber die Masse der Partei von der Opposition trennen. Hinter der Opposition stehen die leninistischen Traditionen unserer Partei, steht die Erfahrung der ganzen internationalen Arbeiterbewegung, steht der augenblickliche Zustand der internationalen Politik und unserer wirtschaftlichen Aufbauarbeit, wie sie das Proletariat sieht. Die in der Restaurationsperiode unvermeidlich immer schärfer werdenden Klassenunterschiede werden unsere Ansichten über einen Ausweg aus der augenblicklichen Krisis bestätigen. Sie werden die Vorkämpfer des Proletariats in dem Kampf für den Leninismus vereinigen.

Die zunehmende Kriegsgefahr zwingt die Arbeiter bereits, tiefer über die Grundprobleme der Revolution nachzudenken. Ihre Gedanken werden sie unvermeidlich dahinbringen, wirksam an die Verbesserung der opportunistischen Fehler heranzugehen.

Die eigentlichen Arbeiter in unserer Partei sind in den letzten Jahren in weitem Maße aus der Parteileitung hinausgedrängt worden. Man hat sie dem vergiftenden Einfluß eines langen Verleumdungsfeldzuges unterworfen, dessen Ziel es war, zu beweisen, daß links rechts ist, und rechts links ist. Die Arbeiter in der Partei werden aber zu sich selber kommen; sie werden erkennen, was wirklich vorgeht, und das Schicksal der Partei in die eigene Hand

nehmen. Den Vorkämpfern der Arbeit bei diesem Vorgang zu helfen, ist die Aufgabe der Opposition, ist die Aufgabe dieses Programms.

Die wichtigste und tiefgehendste Frage, die Frage, die alle Mitglieder unserer Partei beunruhigt, ist die Frage der Einheit der Partei. Und in Wahrheit hängt auch gerade von dieser Frage das Schicksal der proletarischen Revolution ab. Unzählige Klassenfeinde des Proletariats beobachten gespannt unsere innerparteilichen Auseinandersetzungen und warten entzückt und ungeduldig auf eine Spaltung in unserer Partei. Eine solche Parteispaltung, die Bildung von zwei Parteien, würde eine ungeheure Gefahr für die Revolution bedeuten.

Wir, die Opposition, verdammen uneingeschränkt jeden Versuch, eine zweite Partei zu gründen. Es ist die Stalin-Gruppe, die in dem Bestreben, die leninistische Opposition aus der allgemeinen kommunistischen Partei hinauszudrängen, von dem Zweiparteien-Programm spricht. Wir wollen aber nicht eine neue Partei schaffen, sondern den Kurs der allgemeinen kommunistischen Partei richtigstellen. Die proletarische Revolution in der Sowjetunion kann letzten Endes nur durch eine geeinte bolschewistische Partei den Sieg erringen. Wir kämpfen in der kommunistischen Partei für unsere Ansichten und verdammen entschieden das Zweiparteiensystem als eine abenteuerliche Politik. Die Losung „Zwei Parteien“ drückt auf der einen Seite den Wunsch gewisser Elemente im Parteiapparat nach einer Spaltung aus und auf der anderen Seite eine verzweifelte Stimmung und eine Unfähigkeit, zu verstehen, daß es die Aufgabe der Leninisten sein muß, in der Partei trotz aller Schwierigkeiten die Ideen Lenins zum Siege zu bringen. Niemand, der ernstlich auf dem Boden Lenins steht, kann an ein Zweiparteiensystem oder an eine Spaltung denken. Nur wer Lenins Kurs mit einem anderen vertauschen will, kann mit solchen Gedanken spielen.

Wir werden mit aller Kraft gegen die Bildung zweier Parteien kämpfen, denn die Diktatur des Proletariats braucht als ihren innersten Kern eine einheitliche proletarische Partei. Sie verlangt eine einzelne Partei. Sie verlangt eine proletarische Partei — eine Partei, deren Politik durch die Interessen des Proletariats bestimmt und durch einen proletarischen Kern durchgeführt wird. Eine Verbesserung unserer Parteirichtung und ihrer sozialen Zusammensetzung — das ist nicht der Weg zu einem Zweiparteiensystem, sondern eine Stärkung und eine bessere Gewähr für die Einigkeit der revolutionären Partei des Proletariats.

Am zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution geben wir unserer tiefen Überzeugung Ausdruck, daß die Arbeiterklasse nicht deswegen ihre zahlreichen Opfer verloren und den Kapitalismus niedergeworfen hat, um sich jetzt als unfähig zu erweisen, die Fehler ihrer Führerschaft zu verbessern, die proletarische Revolution mit starker Hand weiterzuführen und die Sowjetunion, das Zentrum der Weltrevolution, zu verteidigen.

Gegen den Opportunismus! Gegen eine Spaltung! Für die Einheit der leninistischen Partei!

